

Wildcat-Zirkular

Nr.50/51 Mai/Juni 1999

8 Mark

Beilage:

Gilles Dauvé:
»Wenn die Aufstände
sterben«

Krieg ist
Frieden

Lüge ist Wahrheit
Freiheit ist
Sklaverei

Inhaltsverzeichnis:

Editorial: Der humanitärste Krieg, seit es die NATO gibt	1
Krieg dem Krieg-Bulletin	8
Flugblatt aus dem Veneto	10
Linke Bellizisten	12
Albanien – wenn die Aufstände sterben	16
Auch das jugoslawische Regime hatte Gründe für den Krieg	19
Geopolitische Aspekte des NATO-Kriegs in Jugoslawien	34
Zur Situation im Kosovo	39
Geschichtsrevisionismus und Krieg <i>K.H. Roth</i>	44
Das dritte internationalistische Lager <i>Henri Simon</i>	62
Indonesien/Ost-Timor: der nächste »Brandherd«	69
Leserbrief	75
Empfehlenswerte Literatur zum Jugoslawienkrieg	76
Flugblatt aus dem Veneto auf serbokroatisch	3. Umschlagseite

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Diskussionen über den Krieg haben die Produktion des Zirkular 50 erheblich durcheinander gebracht und verzögert. Wir haben irgendwann beschlossen, statt der ursprünglich geplanten Nummer ein Heft zum Krieg in Jugoslawien zu machen. Das wußten wir noch nicht, als wir im März die Beilage mit Gilles Dauvés Text »Wenn die Aufstände sterben« gedruckt haben. (Deshalb steht auch »Mai 1999« drauf und nicht Juni.) Wir legen sie nun einfach ohne Kommentar dieser Kriegsnummer bei und werden erst im nächsten Heft inhaltlich darauf eingehen.

Bitte beachtet die Änderung der Abo-Adresse und Kontonummer, die im übrigen keine Änderung in der Redaktion bedeutet. Shiraz e.V. ist ein gemeinnütziger Verein zur Erforschung der Weltgesellschaft, der über Spenden finanziert wird.

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin – jaa@wildber.aball.de

Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim suba@wildcat.rhein-neckar.de

NEUE Abo-Adresse:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Der humanitärste Krieg seit es die NATO gibt

Vor drei Tagen wurde im Zeichen des EU-Gipfels die Zustimmung des jugoslawischen Parlaments zum »Friedensplan« von EU und Rußland gefeiert. Auch wenn die Bombardements nun ausgesetzt werden *sollten*, der Krieg auf dem Balkan wird weitergehen.

Mehr als 11 Wochen Bombenkrieg der NATO gegen Jugoslawien hat die meisten Industriebetriebe des Landes und einen Großteil der Infrastruktur zerstört. Angeblich haben die NATO-Angriffe 1 500 zivile und 5 000 »militärische« Todesopfer gefordert. Da aber Heizkraftwerke, Strom- und Trinkwasserversorgung zerstört sind und ein Großteil des Landes durch die Bombardierung der Chemiefabriken vergiftet ist, werden noch sehr viele Menschen mit Verzögerung an den Folgen des Kriegs sterben.

Der Krieg gegen Jugoslawien war/ist nicht der blutigste Krieg der letzten Jahre. Die Kriege zwischen Eritrea und Äthiopien, in Tschetschenien, in Afghanistan haben viel mehr Menschen umgebracht. Er ist auch militärisch nicht der bedrohlichste, der Konflikt zwischen Indien und Pakistan könnte zu wesentlich schrecklicheren Konsequenzen führen. Und er ist nicht der einzige, den die USA gerade führen: in seinem Windschatten wurden in den letzten Wochen beständig Bomben auf den Irak abgeworfen, wurde die Aushungerungspolitik der Menschen im Irak noch einmal um sechs Monate verlängert.

Es ist der erste Krieg der NATO und der erste massive Bombenkrieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Art, wie er eingefädelt und durchgeführt wurde, die Art, wie Rußland und die UNO – wie auch schon während der Bombardierung Iraks im Dezember '98 – bewußt brüskiert wurden, zeigt an, daß ein neues Kapitel aufgeschlagen ist, daß die Nachkriegsordnung des kapitalistischen Weltsystems zerfällt.

Menschenrechts-Imperialismus

Warum waren wir gegen den Irak-Krieg mit Millionen auf der Straße und diesmal so erschreckend wenige, obwohl über die Hälfte der Menschen laut *Regierungsumfragen* gegen den Krieg ist?

● Seit 1991 wurden die Ereignisse in Jugoslawien von den Medien und interessierten Politikern so aufbereitet, daß die meisten Leute nur noch hilflos vor dem Maß an Grausamkeit zurückschreckten, zu dem die Menschen auf dem Balkan in nationalistisch aufgeheizten Auseinandersetzungen fähig sind. Zwar haben kritische Journalisten aufgedeckt, wie massiv bisher mit gefälschten Informationen und von Geheimdiensten inszenierten Massakern gearbeitet wurde. Doch diese Nachrichten scheinen kaum angekommen zu sein.

● Die Grünen, die im Irakkrieg noch auf der Protestwelle nach oben surften, sind inzwischen in der Staatsmacht angekommen und zeigen, daß sie für den Machterhalt auch über Leichenberge gehen. Trotzdem verkörpern sie so überzeugend das »Einerseits-Andererseits«, daß sie immer noch in der Lage sind, die Kriegsgegner in ihrem Gefolge (die Lehrer, die 1991 mit ihren Schulklassen auf die Straße gingen) zu neutralisieren.

● Die »Zivilgesellschaft« kommt im Krieg gegen Jugoslawien auf ihren Begriff, indem sie einerseits aktiv den Krieg propagiert, andererseits das »humanitäre« Flüchtlingsmanagement unter NATO-Kommando betreibt, und drittens ihre moralische Zerrissenheit dermaßen medienwirksam inszeniert, daß viele, die sonst aktiv geworden wären, sich davon lähmen ließen.

● Dies war und ist auch ein Krieg der west-europäischen Sozialdemokratie. Die neuen sozialdemokratischen Regimes haben demonstriert, daß ihr »Dritter Weg« mit der militärischen Absicherung »europäischer« Interessen verbunden ist – er markiert gleichermaßen eine Abkehr von der bisherigen sozialstaatlichen Programmatik wie von einer pazifistischen. Mit ihrer Fähigkeit, jeden Ansatz von Massenprotest gegen die Bombardements im innerparteilichen Ränkespiel zu ersticken, hat sie den Krieg im Interesse des Kapitals führbar gemacht.

warfare and workfare

Vor sechs Jahren haben wir uns in einem Artikel in der Wildcat 61 sehr vorsichtig an die These herangetastet, daß die Kriege in Jugoslawien gegen die Rigidität der jugoslawischen Arbeiterklasse geführt werden. Aber in Kriegszeiten lügen Bild und TAZ noch mehr als sonst: Die Massenmedien verbreiten wider besseres Wissen auch die dicksten Propagandalügen der NATO vom Kampf für die Menschenrechte und den »bedauerlichen Kollateralschäden«.

Aber wenn man die *Wirtschaftsseiten* der Zeitungen aufmerksam liest oder die »Hintergrund-Analysen« durchstöbert, die in Auflagen von wenigen hundert Stück verbreitet werden, dann ergibt sich durchaus ein direkter Zusammenhang zwischen der forcierten »Reform« der osteuropäischen Länder, Krieg und Klassenkampf. *Und* es gibt einen Zusammenhang zwischen Umstrukturierung der westeuropäischen Sozialsysteme (»workfare«), Krieg und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse (illegale Arbeit von WanderarbeiterInnen und Flüchtlingen).

Nach dem Kriseneinbruch 1992/93 formulierten Helmut Schmidt, Mercedes-Chef Reuter und andere Figuren in einem Manifest, das zum radikalen Umbau des Sozialstaats und zur Intensivierung der Ausbeutung aufrief, salopp: »*Warum sollte es uns so schwerfallen, freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzicht zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt.*« Ganz nebenbei hatten die Kapitalstrategen damit ausgesprochen, was eine zentrale Dimension jeden Krieges ist – selbst dann, wenn die Bomben nicht auf die eigenen Köpfe fallen: Krieg ist immer das Ende einer bestimmten Nor-

malität, er setzt bisherige Maßstäbe außer Kraft, macht selbstverständliche Ansprüche und Zukunftsvorstellungen der Menschen zunichte. Mit der Logik des Kriegs – so Schmidt und Konsorten – würden sich ganz andere soziale Zumutungen und Grausamkeiten durchsetzen lassen, könnten die vielbeschimpften »Starrheiten« der europäischen Arbeitsmärkte endlich aufgebrochen werden.

Und darum geht es bei den sozialpolitischen Strategien der sozialdemokratischen Hombachs und grünen Metzger. Um nach dem Debakel mit den 630-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit nun mit der Einführung eines Niedriglohns-sektors wieder in die Offensive zu kommen, braucht das sozialdemokratische Regime ein »Kriegs-Szenario«. Die Zustimmung eines Teils der Gewerkschaften zum Krieg der NATO läßt die Regierung hoffen, daß sie im Rahmen des »Bündnis für Arbeit« nun auch den Konsens für einen »Krieg gegen die Arbeitslosigkeit« organisieren kann, bei dem ein anderes von der »Zivilgesellschaft« verherrlichtes »Menschenrecht« – nämlich das »Recht auf Arbeit« – die schöne Fassade für einen neuen sozialen Angriff auf die Arbeiterklasse abgeben wird.

»Kriegsziele«

Die unterschiedlichen Ebenen, die in den folgenden Artikeln analysiert werden, widersprechen sich nicht, sondern sind Facetten, die sich so oder in einer ähnlichen Konstellation in den letzten zehn Jahren in jedem Krieg, in jedem »größeren Ereignis« gefunden haben (Irak-Krieg, NATO-Erweiterung, Wirtschaftskrise in Asien und Rußland, Einführung des Euro, Umstrukturierung des Sozialstaats in Europa, Migrationspolitik der EU ...). Der Krieg hat viele Ziele:

- * Dem Verfall der Profitrate entgegenwirken
- * Aufbrechen von erstarrten Verhältnissen im Verwertungsprozeß
- * Durchsetzen größerer Kontrollbefugnisse und Aufrüstung der Kontrolltechniken gegen ungewollte Bewegungen von Menschen (von der Kontrolle der Migration bis zu immer weiterer Durchdringung des »öffentlichen Raums«)
- * Aneignung vormals in irgendeiner Form vergesellschafteten Reichtums durch das Privatkapital bzw. durch »Umschuldungsverfahren«
- * Sicherung der Investitionen in Rohstoffvorkommen und der Verkehrswege
- * innerimperialistische Auseinandersetzungen zwischen USA und EU
- * Durchsetzung einer neuen Weltordnung, in Ost-Europa soziale, politische und eben auch militärische Absicherung der Ausbeutung.

Der Krieg ist vor allem ein Mittel, um den europäischen Arbeitsmarkt gewalt-sam neuuzuordnen: Menschen, die aus Jugoslawien vertrieben wurden, werden zu anderen Löhnen arbeiten müssen als früher die »jugoslawischen Gastarbeiter«; die ArbeiterInnen in Jugoslawien werden sich nicht mehr in den realsozialistischen Strukturen verschanzen können. Albanien, das bisher eine Drehscheibe der selbstorganisierten Migration in die EU war, wird unter NATO-Protectorat

gestellt. Ein Jugendoffizier der Bundeswehr sagte in einer Propaganda-Veranstaltung an einer Schule, »der Krieg in Jugoslawien [werde] von westeuropäischer Seite geführt, um zu verhindern, daß riesige Flüchtlingsmassen aus diesem Gebiet nach Westeuropa kommen und somit die Probleme des Balkans auf die westliche Staatengemeinschaft übertragen werden.« (Leserbrief in der MAZ vom 3.6.99) »Viele Kosovo-Flüchtlinge ... verwechseln die Evakuierungen in Drittländer nach Ansicht des UNHCR mit einem Angebot zur Auswanderung. »Für unseren Geschmack werden die Leute ein bißchen zu wählerisch« ...« (FR vom 4.6.99)

Normalerweise haben die Herrschenden für solche Auseinandersetzungen aber den BGS, die Polizei, die GES (Gemeinsame Ermittlung Schwarzarbeit), ihre Gesetze, Gewerkschaften und Gerichte. Daß der Klassenkampf von oben diesmal die Form des Bombenkriegs annahm, muß also weitere Gründe haben. Viele verweisen an der Stelle auf die Auseinandersetzungen um das Kaspische Meer und dessen Erdöl- und Gasvorräte seit Beginn des Jahrhunderts, auf die Bedeutung der Donau als Transportweg oder auf die Frage der Pipelines.

Aber auch solche Dispute werden *in der Regel* anders ausgetragen: der Mercedes von Schewardnadze fliegt in die Luft, »Terroristen« sprengen Wohnblocks in Südrußland, Regierungen werden eingesetzt, Kredite gewährt, es wird geputscht, Panzer gegen Demonstranten... In den letzten zehn Jahren wurde mit diesen Mitteln und immer wieder aufflammenden Bürgerkriegen in den ehemaligen Südrepubliken der Sowjetunion der Kampf ums Kaspische Meer geführt. Die Aufeinanderfolge der Kriege in Jugoslawien schien bis zum Dayton-Abkommen auch ganz im Sinn der »westlichen Staatengemeinschaft« zu laufen.

Aber dann kam der Volksaufstand 1997 in Albanien. »Die entscheidende Veränderung auf dem Balkan war die explosive Situation in Albanien, die zum ... Zusammenbruch des albanischen Staates und zur Destabilisierung Serbiens und Mazedoniens durch die UÇK führte.« (Peter Gowan → Literaturliste)

Dennoch sah es bis zum Herbst 1998 danach aus, als würden auch die Konflikte im Kosovo von Stellvertretern und mit polizeilichen Mitteln ausgefochten. Die USA bezeichneten im März die UÇK als »Terroristen«, ließen dem Milošević-Regime freie Hand bei ihrer Bekämpfung und taten gleichzeitig alles, um Rugova klein zu halten. Also das Modell, wie wir es aus dem Irak in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kennen: das Regime unterdrückt mit brutaler Grausamkeit die innere Opposition, garantiert die Stabilität in der Region, die USA gewähren freie Hand und liefern »notfalls« sogar die Waffen.

Zwischen dem Waffenstillstand am 13. Oktober und Dezember 98 machten die USA eine Wende um 180°: die UÇK wurde als reguläre Armee anerkannt und massiv aufgerüstet, und bei den Pariser Gesprächen legte Albright ein neues Papier vor, das den Kosovo zum NATO-Protectorat machen sollte.

Warum die USA ihre Linie änderten und den Krieg gegen Jugoslawien vorbereiteten, läßt sich heute noch nicht genau sagen. Der Rahmen, vor dem sich

diese Entscheidung abspielte, ist freilich klar: Im September mit dem Absturz des Rubel die ganze Tiefe der Krise in Rußland zutage, wieder einmal wurde deutlich, was der forcierte Transformationsprozeß der ost-europäischen Länder bedeutet: Verelendung, Armut und Hunger für Millionen Menschen. Und der Kampf der rumänischen Bergarbeiter im Dezember zeigte, wohin die Reise gehen könnte.

Das *Wie* der Kriegsvorbereitung ist hingegen klar und frappierend in der Parallelität zum Irak-Krieg: zunächst signalisiert die US-Diplomatie dem »Schurkenregime« freie Hand – und nimmt dann nimmt seine Taten als Grund für den militärischen Angriff, wobei man eventuelle Verhandlungen so führt, daß der gegnerischen Seite jede Kompromißlinie verlegt wird. Allerdings war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert. Ein solcher *casus belli* mußte im Kosovo erst gefunden – oder notfalls geschaffen – werden:

Am 15. Januar 1999 trat der US-amerikanische Leiter der OSZE-Delegation zur Untersuchung von Kriegsverbrechen William Walker in dem kleinen Dorf Racak im Kosovo vor die internationalen Fernsehkameras. Er gab bekannt, daß es zu einem Massaker an Zivilisten gekommen sei. Die serbische Regierung sei eindeutig der Urheber. William Walker ist ein in Sicherheitskreisen weltweit bekannter Agent der CIA. Er war mehrere Jahrzehnte zuständig für Lateinamerika und spielte eine wichtige Rolle im Iran/Contra-Waffendeal. Daß die USA ausgerechnet ihn für diesen Job auswählten, machte Eingeweihten deutlich, daß in den USA die Entscheidung zum Krieg gefallen war.

Im übrigen wurden die Ergebnisse einer Untersuchungskommission, ob es sich um Tote eines Gefechtes zwischen UÇK und serbischen Sicherheitskräften handelte oder um zivile Opfer eines Massakers, bis heute nicht veröffentlicht.

Die NATO *wollte* den Krieg, weil sie ihn *brauchte*.

»In den letzten Monaten wurde ein merkwürdiges Argument vorgebracht. Man behauptete, daß die USA die Serben bombardieren mußte, andernfalls würde ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Das ist eine merkwürdige Argumentation, weil sie sich im Kreis dreht. Wenn die NATO mit etwas droht und dies dann nicht tut, wäre natürlich ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Aber sie hätte zunächst einmal gar keine Drohung aussprechen müssen.

Oder sie mußte doch drohen. Vielleicht ist die politische Frage für die USA genau, daß sie eine Rechtfertigung für die Existenz der NATO selbst braucht, deren Rolle nicht mehr klar auf der Hand liegt, da die russische Armee so stark geschwächt ist. Aber warum wollen die USA die NATO überhaupt? Meiner Ansicht gibt es dafür zwei Hauptgründe. Der eine ist, daß ihre Existenz wiederum die laufenden Militärausgaben bzw. ihre tatsächliche Erhöhung in den USA rechtfertigt, was wirtschaftliche und innenpolitische Vorteile für die Regierung hat. Der zweite ist, daß die NATO notwendig ist, um die Westeuropäer daran zu hin-

dern, zu weit von der US-Kontrolle entfernt herumzustreuen und vor allem daran, neben der NATO eine eigene bewaffnete Struktur einzurichten.

Aber wird das funktionieren? Wenn die Jugoslawen hart bleiben ... würde eine weitere Militäraktion die Einbeziehung von Bodentruppen bedeuten. Können sich die USA ein zweites Vietnam leisten? Das scheint zweifelhaft. Und werden die Westeuropäer das Spiel weiter mitmachen? Es gibt schon Streitereien in der NATO, und dabei dauert der Krieg erst eine Woche.« (I. Wallerstein, Bombs away)

Diese Überlegungen von Anfang April gelten heute in zugespitzter Weise. Die Unterzeichnung des G8-Papiers durch Milošević Anfang Juni wurde in einem ARD-Kommentar am 4.6.99 als »größte Niederlage Albright's in ihrer Zeit als US-Außenministerin« bezeichnet. In den Tagen zuvor war immer offensichtlicher geworden, daß die Dauer des Bombardements nicht nur davon abhing, daß Rußland und die NATO sich einigen mußten, sondern daß die NATO selber zu keiner politischen Einigung fähig war. Wie viele »chinesische Botschaften« würden die amerikanischen Generäle noch finden, mit deren Bombardierung sie eine »europäische Friedenslösung« blockieren können?

Das Hauptproblem im Moment wird sein, wie weit die NATO das Milošević-Regime schwächen muß, um ohne eigenen Gesichtsverlust aus dem nicht erklärten Krieg herauszukommen – und wie weit sie es schwächen *kann*, ohne daß »albanische« bzw. wohl eher »rumänische« Zustände drohen. Wenn jetzt die jugoslawische Arbeiterklasse »ihre« Regierung stürzt – dann hätte (nicht nur!!) die NATO den Krieg wirklich verloren!

Überhaupt wird die weitere Entwicklung von Klassenseite aus gesehen vor allem davon abhängen, ob die ArbeiterInnen hier wie da kapieren, was die Stunde geschlagen hat. Das Einbunkern gegen die diversen IWF- und Deregulierungsangriffe haut nicht mehr hin, heute haben wir es mit einer neuen Qualität von Angriff zu tun! Die große defensive Stärke der jugoslawischen Arbeiterklasse einerseits, ihr geringes Engagement gegen die Bestialitäten »ihres« Regimes im Kosovo andererseits haben zur heutigen Konstellation geführt. Genau so läßt sich für die BRD sagen, daß sich *die* ArbeiterInnen hier massiv täuschen, die dem Gewerkschafts-Chauvinismus der Kriegsbefürwortung folgen, weil sie meinen, die NATO verteidigt auf dem Balkan auch ihre Rente. Und genauso täuscht sich die überwiegende Mehrheit derjenigen, die nicht gegen den Krieg aktiv werden, weil sie meinen, das ginge sie nichts an!

Die ArbeiterInnen hier wie dort haben noch nicht wirklich realisiert, daß ihre Widerstandsformen aus den 80er Jahren heute überholt sind. Seit dem Kriseneinbruch Anfang der 90er Jahre wird in ganz Europa eine Proletarisierung auf breiter Front durchgedrückt, der kombinierte Angriff an allen Fronten: workfare für die Arbeitslosen, Flexibilisierung und Lohnsenkung für die Arbeitenden, schärfere Kontrolle der MigrantInnen, Schleifen von sozialen Garantien in den »Transformationsländern« und Enteignung von »Besitzständen aller Art« ...

Der Kosovokrieg signalisiert diesen historischer Einschnitt, aber die Herrschenden haben ihre Probleme noch nicht gelöst:

- 1) die Lage in Jugoslawien unter Kontrolle bringen;
- 2) die Flüchtlinge in den Kosovo zurücktreiben. Der Berliner InnenseNATOR Werthebach sagte bereits am 4. Juni: »Die Rückkehr der Flüchtlinge muß ein zentraler Punkt eines Friedensabkommens sein.« Zur Zeit hielten sich in Berlin etwa 10 000 Kosovo-Albaner illegal auf; sie seien nur geduldet, solange im Kosovo Krieg herrsche und sie nicht per Flugzeug zurückgebracht werden können. Hinzu kommen 320 Kontingent-Flüchtlinge, der Anteil Berlins an im April aus den Flüchtlingslagern ausgeflogenen Flüchtlingen. Sie haben eine Aufenthaltsbefugnis von drei Monaten und müssen nach Ablauf der Frist innerhalb von vier Wochen in ihre Heimat zurückkehren. »Die Rückführung der Flüchtlinge muß schnell beginnen...« (Werthebach laut Berliner Zeitung vom 5.6.99)
- 3) den Europäern die sozialen Opfer verkaufen. Der neue Finanzminister Eichel tastet sich vorsichtig an einen propagandistischen Gebrauch des Kriegs für weitere Einsparungen heran.

An keiner der drei Fronten ist die Sache ausgemacht.

Potsdam, 7. Juni 1999

P.S. In unseren Diskussionen der letzten Wochen haben wir ein zentrales Problem nicht wirklich klar gekriegt: einerseits bestätigen sich in Europa gerade die Thesen über eine weltweite Proletarisierung in dramatischer Art und Weise, gleichzeitig zeigt dieser Krieg ebenso dramatisch, daß wir es mit etwas zu tun haben, das als »neuer Imperialismus« gefaßt werden muß. Wie geht das zusammen? Wie hängt die Klassenfrage mit den inzwischen deutlich hervortretenden imperialistischen Konflikten um Rohstoffgebiete usw. zusammen? Auf diese Fragen müssen wir demnächst zurückkommen. An den verschiedenen Beiträgen werdet Ihr sehen, daß wir uns hier noch keineswegs einig sind.

**Gegen das »soziale Europa«!
Kein Frieden mit dem Kapitalismus!
Stoppt den imperialistischen Krieg!**

Veranstaltung zu Krieg und Sozialpolitik im neuen Europa
(mit Beiträgen von Wildcat und Karl Heinz Roth)

Freitag, 18. Juni '99, 17 Uhr
Bürgerzentrum Alte Feuerwache – (Melchiorstr. 3, U-Bahn Ebertplatz)

boykottiert sabotiert desertiert – Krieg dem Krieg-Bulletin Nr.2

Wenn die Elefanten Liebe machen, wird das Gras zertrampelt.

Wenn die Elefanten kämpfen, wird das Gras zertrampelt.

(Afrikanisches Sprichwort)

»Lösungen« und »Probleme«

»Welche Lösung schlägt Ihr denn vor?«, so die immer wiederkehrende Frage der Kriegstreiber an die Menschen, die den NATO-Bombenterror gegen Jugoslawien verurteilen. Und viele von ihnen akzeptieren das Problem so, wie es gestellt wird: »Wie kann die Gemeinschaft der zivilisierten Völker die Vertreibung der albanisch-stämmigen Menschen durch die serbische Armee aus dem Kosovo beenden?« Die Antworten sind dann so hilflos wie hilfreich für die Kriegstreiber: »Embargo gegen Jugoslawien«, »politische Lösung«, »Verhandlungslösung« – und es ist klar, daß die NATO solche Antworten der Kriegsgegner mit entschlossenem Kopfnicken kommentieren kann.

Unter Computerleuten gibt's den alten, selbstironischen Spruch: Eine Lösung habe ich, das Problem werd ich auch noch finden. Sicher, es gab Vertreibungen schon vor den NATO-Bomben. Sicher, es gab jede Menge Verletzungen der Menschenrechte. Beides angestiftet, organisiert, durchgeführt oder mindestens geduldet durch alle beteiligten staatlichen und halbstaatlichen Parteien seit der Auflösung des alten Jugoslawien – einschließlich UN, OSZE, NATO, die Regimes von Kroatien, Slowenien, Rest-Jugoslawiens und die marodierenden Banden in Bosnien. Jetzt haben wir offenbar den Fall, daß die »Lösung« (der Bombenterror gegen Jugoslawien) das angebliche »Problem« (die Vertreibungen) erst in Dimensionen erzeugt hat, die vorher undenkbar waren.

Krieg erzeugt immer Kriegspropaganda und Rechtfertigungen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Darauf kann man nur mit der Einsicht reagieren: Glaubst nicht was sie sagen, guckt, was sie tun!

Wenn wir das für »beide Seiten« anwenden, dann wird schnell klar: Das Regime in Belgrad und die NATO führen einen Krieg gegen die Bevölkerung in Jugoslawien, sowohl in Serbien, als auch im Kosovo. Und wenn wir eine zweite, ebenfalls eigentlich selbstverständliche Überlegung anschließen: sowohl die NATO, als auch das Milošević-Regime wissen, was sie tun (das heißt, sie sind nicht aus purer Dummheit in den Krieg »hineingeschlittert«) – dann sagen wir:

Wir kennen die geheimen Pläne der Kriegsparteien nicht, aber bis zum Beweis des Gegenteils gehen wir davon aus:

Das, was passiert, war auch beabsichtigt.

Das gilt mindestens für die NATO – zu groß ist ihre militärische Überlegenheit, als daß man davon ausgehen könnte, daß ihr auf dieser Ebene etwas aus dem Ruder läuft. Milošević gilt heute so als »der Teufel in Menschengestalt« wie Saddam Hussein. Der wurde in einem sehr einseitigen »Krieg« in jeder Hinsicht »besiegt« – um anschließend um so fester im Sattel zu sitzen. Kurzum, der Golfkrieg hat Saddam Hussein gerettet und die Übermacht der US-Truppen und der Alliierten war so groß, daß man getrost davon ausgehen kann: das war der Zweck des Golfkrieges.

Das gilt auch für das Milošević-Regime. Mit dem wird verhandelt – während die Fabriken, die Wasserwerke, Kraftwerke und Brücken ohne Rücksicht zerstört werden. Dabei kommen nicht Menschen aus Versehen »ums Leben«, sondern der Angriff gilt ihnen: ihren Arbeitsplätzen, ihrem Lebensstandard, ihren Hoffnungen, Wünschen, ihrem Selbstbewußtsein. Also: wie heißt das »Problem« der NATO wirklich? Wenn wir 1. gucken, was sie tun und 2. davon ausgehen, daß sie sehr wohl wissen, was sie tun: dann heißt ihr Problem nicht »Milošević«, sondern die Bevölkerungen von Serbien und dem Kosovo, die bisher die Wirren der Auflösung Jugoslawiens relativ stabil überstanden hatten. Jetzt ist die Gesellschaft im Kosovo vollends aufgemischt (und kann neu zusammengesetzt werden) und große Teile der Bevölkerung in Serbien nähern sich rapide dem Zustand völliger Armut und Elends. Und auch die Gesellschaften der Länder, die zum Ziel der Vertriebenen geworden sind, die Gesellschaften der Nachbarländer, die ökonomisch unter dem Bombenkrieg leiden – also große Teile des Balkans (und Griechenland) stehen unter Druck dramatischer Veränderungen der ökonomischen und politischen Bedingungen. Überall Verarmung. Überall die »Drohung« eines entwurzelten und enteigneten (albanisch-stämmigen) Proletariats. Von dem die einen hoffen und die anderen befürchten, daß es jede neue Ausbeutungsordnung annehmen wird, wenn diese nur Stabilität verspricht.

Albanien z.B. war schon vorher die Niedriglohnecke Europas – aber es war auch das Land, das vor kurzem einen eindrucksvollen sozialen Aufstand erlebt hat, der nur mit Mühe unterdrückt werden konnte. »Angesichts der düsteren Lage richtet die Wirtschaft den Blick fest auf die Zeit nach dem Krieg: ›Wir stellen uns schon darauf ein, daß es losgeht«, meint Klette [Ostreferent des DIHT] zu künftigen Investitionen«, so das Handelsblatt vom 29.4.99. Und wie soll es losgehen? Auch dazu ein Bericht in der selben Ausgabe des Handelsblatt: »IWF verspricht Balkan schnelle Hilfen... Zwar wurde nicht konkret über Hilfsmittel beschlossen... Wenn die Krise nicht zu einer weiteren starken Verschuldung führen soll, müssen die Kredite unter strengen Auflagen vergeben werden...« Strenge Auflagen des IWF – das hieß bisher immer: radikale Kürzung der Sozialausgaben, Abschaffung von Sozial- und Arbeitsschutzgesetzen, niedrige Steuern für Investitionen usw. Auch wenn wir sagen: das was passiert, ist das, was hätte passieren sollen – dann heißt das nicht, daß das immer klappt.

Bomben werfen, Menschen umbringen und Fabriken zerstören, ist eine Sache. Am Ende bleiben doch immer Menschen übrig und sollen zum Zwecke der weiteren Ausplünderung und Ausbeutung auch übrig bleiben. Und die haben ihren eigenen Kopf und ihre Wut und ihren Mut. So wurde ziemlich schnell von Kriegstreibern wie Kriegsgegnern das »Ende der Opposition« in Jugoslawien heuchlerisch oder aufrichtig bedauert. Ein Irrtum, sie ist nicht tot! Und Millionen Menschen kollektiv zu entwurzeln, zu enteignen und auf den absoluten Status des »Nichts zu verlieren haben« zu reduzieren, ist ein gefährliches Spiel für die Reichen und Mächtigen. Ob die Menschen im Balkan wirklich zu demütigen, fleißigen, billigen und willigen Objekten der Neuen Weltordnung gebombt werden können, ist noch lange nicht ausgemacht. ★ (kdk, Mannheim, 4.5.99)

Der nächste Text stammt aus einer Serie von »Diskussionsblättern gegen den Krieg«, die im Veneto (Nordosten Italiens) von GenossInnen u.a. vor Fabriken verteilt wurden. Das Flugblatt war in vier Sprachen: Italienisch, Serbo-Kroatisch, Albanisch und Englisch.

Gegen den Krieg und gegen die Nationalismen

Das ist kein Krieg vor den Toren Europas, sondern ein Krieg in Europa.

Die Beteiligung Italiens ist für das Bündnis ganz wesentlich. Das ist kein »amerikanischer« Krieg, sondern die europäischen Regierungen, meist unter sozialdemokratischer Führung, stehen in vorderster Reihe.

Der Krieg beschleunigt den Prozeß der Zwangsumsiedlung von Tausenden von Männern und Frauen und verändert damit unwiderruflich die wirtschaftliche und politische Geographie der Arbeitskraft. Das Europa-Konzept, das dieser Krieg durchsetzen soll, entspricht einer Pyramide, in der sich ganz unten die Flüchtlinge befinden. Sie dienen dazu, auch die Löhne und Arbeitsbedingungen derjenigen zu verschlechtern, denen es heute wegen ihres Passes oder ihrer Hautfarbe wenigstens scheinbar noch besser geht. Aber in der Lotterie der Opfer trifft es nicht immer die anderen: Auch die Jugendlichen im Veneto leben heute von prekären Jobs mit ungarantierten Löhnen. Es wird keine glücklichen Inseln geben, auch wenn die Geier sich schon die Profite ausrechnen, die sie in den von den Bomben plattgemachten Gegenden werden machen können.

Der Krieg hat schon Hunderttausende von Männern und Frauen vertrieben und grausam ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verändert. Sie sind in Flüchtlinge verwandelt worden, und haben sofort einen Geschmack von den Regeln des Westens bekommen: Wenn sie mit den Schlauchboot-Pauschalreisen von »Mafiatours« in Apulien landen, werden sie aufgenommen, aber wenn sie als unabhängige Reisende nach Triest kommen, werden sie abgewiesen. Im Westen wird man nur in Lagern mit Stacheldrahtverhau aufgenommen und in Fabriken mit Zeitverträgen eingestellt.

Aktive Bürgerrechte und Wahlrecht sind unter den heutigen Umständen genauso unrealistische Forderungen wie ein anständiger Arbeitsvertrag für Metallarbeiter. Dieser Konflikt wird das Fabrikssystem und die von ihm geprägten Proletarisierungsprozesse tiefgreifend verändern: mit einer Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, mit Arbeitsverträgen wie bei Fincantieri in Marghera, mit internationalen Dezentralisierungsmodellen wie dem Benetton-System, mit der mehr oder weniger plötzlichen Verlagerung ganzer Produktionszyklen ins Ausland, so wie es die ArbeiterInnen im Nordosten schon kennen.

Von diesem Krieg sind die ArbeiterInnen gerade als ArbeiterInnen betroffen: ArbeiterInnen verwandeln sich in Flüchtlinge, die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, verwandeln sich in »ausländische«, und jede ArbeiterIn muß härtere individuelle und kollektive Bedingungen akzeptieren, um auch nur an Arbeitsmöglichkeiten heranzukommen.

Wir können den Krieg nicht kritisieren, wenn wir uns neben die Fahnen der Četnik-, Kroaten-, Padanier- oder Kosovaren-Milizen stellen. Wir können den Tausenden von serbischen, bosnischen oder albanischen ArbeiterInnen nur dann Hand reichen, wenn wir begreifen, daß wir zuallererst der nicht immer nur symbolischen Kontrolle und Erpressung der EinwandererInnen durch die nationalistischen Milizen etwas entgegensetzen müssen. Wenn die serbische Armee Sarajevo bombardiert, wenn die NATO die verschiedenen kroatischen, albanischen und bosniakischen Milizen unterstützt, dann steht dahinter dieselbe Logik: die Nationalismen werden gestärkt, um die ArbeiterInnen zu spalten. Das stärkt nur die »Clans«, die sich auf ein patriarchales Regime stützen, von dem die als Waffe eingesetzten Vergewaltigungen nur der sichtbarste Ausdruck sind.

Darum sind wir gegen die Bomben der NATO auf Jugoslawien, gegen Regimes wie das von Milošević, gegen jede Form von ethnischer Säuberung, gegen jede Art von Nationalismus. Es ist wichtig, daß wir uns umgehend dranmachen, die »Scham« oder die »opportunistische Spendenbereitschaft« zu überwinden und wieder klarzumachen, wer die Verantwortung für diesen Krieg trägt: nämlich alle, die die Bedingungen für den Krieg geschaffen haben, die ihn beschworen und gewollt haben. Im Rahmen einer Strategie, die sich auf den Lohn und das Bürgerrecht, auf die Würde und auf die Freiheit gründet, müssen wir ganz klar den sofortigen, bedingungslosen Frieden fordern. ★

Linke Bellizisten

Die NATO ist »sozusagen der militärische Arm von *amnesty international*«, schrieb der Bürgergesellschaftsfanatiker Ulrich Beck, nachdem im Namen der Menschenrechte der Krieg »gegen Serbien« begonnen hatte.

Es ist nicht nur das geile Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen, das solche Figuren dazu bringt, ihr theoretisches Lebenswerk in einen verräterischen Satz zu schmelzen. Der »nachdenkliche« Beifall der meisten Linken, Alternativen und Liberalen ist ihnen sicher: Endlich ein gerechter Krieg »zur Durchsetzung zivilisatorischer Standards«, so Thomas Schmid, Gründungsmitglied der TAZ im soeben erschienenen Sammelband zum »Krieg im Kosovo«. Aber aufgepaßt: »Die Anwendung militärischer Gewalt stellt für die zivilen Strukturen einer demokratischen Gesellschaft eine außerordentlich ernste Bedrohung dar«, schreibt der Kollege von der ZEIT im selben Buch. (siehe Literaturliste ##)

Genau in dieser nachdenklichen Befürwortung des NATO-Kriegs kommt das jahrelange Geschwätz über Zivilgesellschaft auf den Punkt: Die NATO verteidigt die Errungenschaften der Weltbürgergesellschaft (Habermas in der ZEIT). Die 68er-Renegaten, die heute die Regierungsgeschäfte in den europäischen Kernländern besorgen, vereinigen »Pazifismus« und »Bellizismus«. Die »rechten Linken« an der Regierung führen den Krieg, die »linken Linken« protestieren dagegen und verwalten die Flüchtlinge. Beide Positionen können sogar in einer Person zusammenfließen: D’Alema, dessen frühere kommunistische Partei jahrzehntelang von der CIA mit allen Mitteln inkl. Bombenmassakern an der Zivilbevölkerung von der Regierung ferngehalten wurde, legt einen Friedensplan vor, der sich für das Ende der Bombenangriffe ausspricht und fordert bei dessen Scheitern Bodentruppen.

Bei den Grünen beherrschen besonders Parteilinke wie Ströbele, Buntenbach und Höhn diese staatstragende Einigkeit im herrschaftsfreien Dialog. Sie fordern einerseits Sanktionen (Ströbele wörtlich: »Erst nach sechs Wochen ein Ölembargo zu verhängen ist doch schlimm«) und verteidigen die internationale Bedeutung ihres Staates und ihrer Beteiligung daran: »Wir müssen in der Regierung bleiben, denn wir haben Verantwortung für den Krieg und müssen auch Verantwortung für den Wiederaufbau übernehmen«. Andererseits werden »Angebote zur Friedensarbeit innerhalb der Partei« gemacht, »um den Frust über die grüne Kriegsbeteiligung abzubauen«. Nur Renegatenschweine wie Fischer und Cohn-Bendit können dermaßen unverschämt an einer neuen Art von Auschwitzlüge stricken, Fischer geiferte sogar »No Pasarán« in die Kameras. Gegen die dreckigen ethnischen Säuberungen eines Milošević setzt Schily die militärisch organisierte soziale Säuberung per internationaler Flüchtlingspolitik. Hunderttausende werden in Gefängnislagern zwischengeparkt.

Flüchtlingsbusiness, Lagermanagement, Rückführung ...

»Verteidigung der Menschenrechte« war schon im Lateinamerika der 60er Jahre ideologischer Bestandteil der hochgelobten »Allianz für den Fortschritt« unter Kennedy. Counterinsurgency- und Programme des »Krieges der niedrigen Intensität« mit integrierten Menschenrechtsoffensiven wurden z.B. im Zentralamerika der 70er und 80er Jahre als Konsequenz aus dem Vietnam-Krieg erprobt. Die Schlächterarmeen El Salvadors und Guatemalas, deren sämtliche Kader in den 60er und 70er Jahren eine US-militärische Kriegsausbildung bekamen, wurden jetzt zu Friedensstiftern ergänzt. Wie normale humanitäre Hilfsorganisationen bauten die entsprechenden Einheiten Brücken, richteten Krankenstationen ein und halfen auch schon mal beim Legen einer Wasserleitung. »Civic action-Programme« war das Stichwort für diesen organischen Bestandteil (vorbeugender) Aufstandsbekämpfung.

Die Erzeugung von Flüchtlingsströmen mit nachfolgender humanitärer Hilfe des Militärs als effektivster Organisation vor Ort gehört ebenfalls zum Repertoire der Schweine. Internationale Hilfe bekommt die Funktion, solche Vertreibungsaktionen zu finanzieren und zu legitimieren. Die klassische Aufgabe »humanitärer Organisationen« im Falle von großen Flüchtlingsmassen, nämlich der Aufbau von Zeltstädten und die Versorgung der Vertriebenen, wird heute auf dem Balkan selbstverständlich von der NATO übernommen. Nach acht Wochen Krieg kam am 20. Mai ein schwacher Protest von »Ärzte ohne Grenzen« dagegen, daß die NATO sowohl Krieg führt, als auch die humanitären Operationen anleitet. Genau genommen müßten sie dagegen protestieren, daß die NATO sowohl den Bombenkrieg gegen die Bevölkerung in ganz Jugoslawien als auch den humanitären Krieg gegen die Vertriebenen und Geflüchteten führt. Zusammen mit internationalen Organisationen wie UNHCR und WHO sowie mit den vielen Hiwis von sog. Nicht-Regierungsorganisationen sorgen die NATO-Militärs vor allem dafür, daß die Opfer der Vertreibung auch Opfer bleiben: als politische Subjekte sollen sie nicht zu Wort kommen. Eigenorganisation wird verhindert oder unterbunden – eine Politik, die in der BRD auch gegen Asylbewerber bekannt ist. Unkontrollierte Übertritte über die grüne Grenze sollen verhindert werden. Die Flüchtlinge werden dorthin abgeschoben, wo man sie selber haben will; auch wenn sie sich dagegen wehren oder einige auf dem Transport sterben, wie zu Ostern bei der Räumung des Lagers in Blace an der serbisch-makedonischen Grenze.

Humanitäre Hilfe ist heute in allererster Linie *business*. Gerade auf dem Balkan muß jede Hilfsorganisation mit zivilen und militärischen staatlichen Organen zusammenarbeiten, schon allein wegen der riesigen Dimension (es geht immerhin um 100 000e) und aus Sicherheitsgründen. Das Gebiet ist von mehre-

ren Seiten vollkommen militarisiert. Schließlich soll Albaniens nicht weiterhin als Drehscheibe nach Europa für Flüchtlinge aus der Türkei, und asiatischen Ländern dienen.

Das humanitäre NGO-Business ist nicht die Alternative zum Krieg, sondern im besten Fall dessen Anhängsel, strukturell seine Absicherung. NATO-Militärs, Journalisten und UNO-Funktionäre bilden gemeinsam das Publikum in albanischen Hotels. Hilfsorganisationen stehen untereinander in Konkurrenz um Einfluß, finanzielle Mittel und den besten Ruf.

Moralische Kriege

Spätestens seitdem Napoleon stehende Heere aus Freiwilligen rekrutierte, werden Kriege den eigenen Untertanen gegenüber moralisch legitimiert. Gerade das Gemetzel des Ersten Weltkriegs wäre anders nicht zu veranstalten gewesen. Der hohe moralische Druck, mit dem sich Figuren wie Scharping und Schröder zu Kriegstreibern aufblasen, ist historisch also nicht besonders einzigartig. Aber wieso, verdammt, wirkt diese Scheiße weit bis in das Umfeld der Linksradikalen hinein??!

20 Jahre grün-alternative Politik; 20 Jahre Illusionen der Autonomen, man könne über diese parlamentarische Bande spielen; der Antifaschismus, der den Staat ruft: all das hat die Linke als Antikriegskraft beinahe ausgelöscht. Fischer konnte auf dem Grünen-Parteitag in Erinnerung an den Anschlag von Solingen und die Skins sagen: »Ich frage mich, wenn wir innenpolitisch dieses Argument immer wieder gemeinsam verwendet haben, warum verwenden wir es dann nicht, wenn Vertreibung, ethnische Kriegsführung in Europa wieder Einzug halten...« Klartext: Gegen die Skinheads haben wir die Bullen geholt, nachdem unter staatlicher Kontrolle und erfolgreicher Mobilisierung rassistischer Reserven in der Bevölkerung die Asylgesetze abgeschafft waren. Warum also jetzt keine »internationale Polizeiaktion« gegen Milošević?

Die Linke klatschte Beifall, als Pinochet in London festgesetzt wurde. Für manche begann damit sogar eine neue internationale Ära für »die Menschenrechte«. Öcalan war der nächste. Jetzt ist Milošević dran. Die Bombardierung Serbiens ist pure Menschlichkeit aus ureigenstem Interesse. Weltinnenpolitik!

Die Empörung über die »Kollateralschäden« (Bomben und Raketen auf Krankenhäuser, Knäste und Altersheime und in Wohngebiete) vergißt, daß die gewollte, systematische Zerstörung der Infrastruktur (Elektrizitäts- und Wasserwerke, Straßen, Brücken, Gleise, Raffinerien) mittel- und langfristig viel schlimmere Schäden für die Menschen anrichtet (siehe Irak). Jugoslawien wird gegenwärtig weit stärker zerstört als während des Zweiten Weltkriegs.

Massenhafte Begeisterung für diesen Krieg der NATO fehlt genauso wie breiter Protest. Eine allgemeine Kriegsbereitschaft ist auch nicht erforderlich, Stillschweigen reicht. Kriegsdienstverweigerung ist kein besonderes Thema mehr, denn die Krisenreaktionskräfte der NATO-Länder bestehen aus lauter Freiwilligen. Eine High-Tech-Armee bombt aus der Luft, fast ohne jeden Verlust (wie im Golfkrieg, wo am Ende den 150 000 Toten im Irak offiziell 124 Verluste bei den Alliierten gegenüberstanden).

Die UÇK hat die Rolle des niedrigentlohnten Söldners mit den stärksten Verlusten bekommen. Die Internationalisierung militärischer menschlicher Arbeitskraft ist hier wörtlich zu nehmen: die UÇK rekrutiert sich inzwischen zu großen Teilen aus Proletariern kosovarischer und albanischer Herkunft, die in den letzten 10 Jahren nach Westeuropa ausgewandert oder geflohen waren.

Kick für den Aufschwung, die Proleten in ganz Europa bezahlen »Krieg und Wiederaufbau« (mit den freiwilligen Spenden für das täglich im TV vorgeführte Flüchtlingselend ging es los, jetzt hat Eichel hier die ersten Sparpläne auf den Tisch gelegt), der Marshallplan für den Balkan liegt in der Schublade, das Kapital in den Sektoren Rüstung, Bau und Stahl reibt sich zufrieden die Hände.

Carl Bildt, schwedischer Ex-Premier und von UNO-Chef Annan eingesetzter Vermittler im Kosovo-Konflikt ist Realist: »Der Balkan wird zur neuen Zentralfront der NATO werden. Eine internationale Militärpräsenz wird jahrzehntelang erforderlich sein.« ★

Auszüge aus einem Artikel in der anarchistischen Zeitung *Umanità Nova* aus Italien vom 30.5.99

Die Solidaritätsmesse »Humanitäre« Hilfe in Albanien: ein einträgliches Geschäft

(...) Die Italiener lassen sich »ihre« Lager in Albanien und Mazedonien ein gutes Stück mehr kosten als die anderen Länder. Ein Großteil davon geht für das üppig bemessene Personal drauf. Das Zahlenverhältnis von Helfern zu Flüchtlingen in den italienischen Lagern läßt die anderen beteiligten Länder vor Neid erblassen. Es scheint aber, daß es bei der italienischen Hilfe in Wirklichkeit nicht hauptsächlich um Hilfe für die hier gestrandeten Menschen oder um Solidarität geht, sondern darum, die Rolle Italiens am Verhandlungstisch zu stärken ... und die italienische Präsenz in Wirtschaft und Politik dieser Länder auszuweiten (geht es bei dem Konflikt nicht eigentlich sowieso um den Kampf um die – europäische oder US-amerikanische Hegemonie auf dem Balkan?). Außerdem machen sich die verschiedenen italienischen Institutionen untereinander Konkurrenz.

Und die anderen Länder scheinen trotz niedrigerer Ausgaben aus denselben Gründen dort zu sein. Im Ergebnis haben diese von außen kommenden Ressourcen extreme Folgen für die lokale Situation, vor allem in Albanien. Albanien ist ein sehr armes Land. Es gibt praktisch keine produktive Struktur und einen nicht groß regierungsfähigen Staat. Faktisch wird das Land von außen gesteuert und von supranationalen Institutionen regiert ... Laut einer offiziös in Tirana kursierenden Zahl landen 80 Prozent der ausländischen Mittel (ohne die direkt von ausländischen Agenturen verwalteten) in den Kanälen der Korruption.

Die Kosovo-Flüchtlinge fielen in so einem Land also im wahrsten Sinne wie Manna vom Himmel. Die in Albanien eh schon zahlreich vertretenen »humanitären« Organisationen aus aller Welt haben sich noch vervielfacht und bringen Geld und Leute, die noch mehr Geld ausgeben.

Die Preise für Wohnungen und Dienstleistungen sind stark angestiegen. Der Konsum, den diese Geldströme erzeugen, besteht ausschließlich aus Importen: Albanien selbst wird – nach dem Goldtausch – nichts bleiben. Die entscheidenden »Dienstleistungen« (Restaurants, Hotels, Telekommunikation) befinden sich in ausländischer Hand. Das Hotel Tirana mit seinen mitteleuropäischen Hauptstadtpreisen und seinem Publikum aus Militärs, Journalisten und UNO-Funktionären wird von einer Turiner Firma geleitet. Wenn die Ausländer Albanien wieder verlassen haben, wird nur die Korruption und die Gewalt bleiben. (...)

Aus einem Bericht von Alberto Sciortino von der Organisation Ciss (Cooperazione Internazionale Sud Sud) aus Palermo

Die Entwicklung in Albanien – oder: Wenn die Aufstände sterben

Der Krieg der NATO beschränkt sich nicht nur auf Serbien. Er bedeutet eine Militarisierung Südosteuropas.

Seit der endgültigen Krise der abgeschotteten Wirtschaft Albaniens Ende der 80er Jahre beklagen westliche Wissenschaftler die noch nicht weit genug vollzogene »Transformation« Albaniens. Gemeint ist eine profitable Einbindung in das internationale Ausbeutungsregime. Angriffe auf den Lebensstandard haben die ArbeiterInnen immer wieder mit Streiks aber auch mit Abwanderung beantwortet, anstatt vor Ort als Billigarbeitskräfte zur Verfügung zu stehen.

Albanien ist eines der kleinsten Länder auf dem Balkan, es leben etwa drei Millionen Menschen dort. Ungefähr nochmal soviele albanischsprachige Men-

schen leben in anderen Ländern: die meisten im Kosovo. Vor einigen Jahren hätten viele Albanien als Dritte-Welt-Land bezeichnet, Albanien wird oft als das Armenhaus Europas beschrieben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Albanien bis vor kurzem ein Industrieland war.

Von 1948-61 war Albanien mit der SU verbündet, danach bis Mitte der 70er mit China. Nach dem Ende der Bündnisse versuchte das albanische Regime, eine wirtschaftliche Selbstversorgung zu erreichen. Doch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks war eine Abschottung angesichts der sich globalisierenden Bedürfnisse der ArbeiterInnen nicht mehr möglich.

Ende der 80er Jahre wird vom Regime versucht, das alte zentralisierte Wirtschaftssystem zu zerschlagen. Die Landwirtschaft soll dezentralisiert werden, unproduktive Industrien aufgelöst und Arbeitskräfte freigesetzt werden. Auf diese Maßnahmen reagierten die ArbeiterInnen 1991 mit einem Generalstreik, der 80 Prozent des Lohns durchsetzte, auch wenn die Betriebe nicht mehr produzieren. Weitere Privatisierungsmaßnahmen unterblieben in der Folge oft oder sie liefen anders als geplant: Ehemalige GenossenschaftsarbeiterInnen nahmen die Privatisierer beim Wort und schnappten sich z.B. die Traktoren.

Anfang der 90er bildeten sich in Albanien Geldanlagefirmen, sogenannte Pyramiden, die sich Geld für ihre Investitionen privat von den Leuten liehen, da es in Albanien keine Privatbanken gab und die staatlichen Sparkassen nicht soviel Kredite vergeben konnten. Die Anlagefirmen boten hohe Zinsen, und viele legten ihr Geld an, statt als Billigarbeitskräfte zu schufteten. 500 000 bis 800 000 AlbanerInnen verliehen Geld, das oft aus Landverkäufen, aber auch aus Schmuggel oder Einnahmen aus dem Ausland, wo zu dieser Zeit ca. 500 000 Albaner arbeiteten, herrührte. Das Einlagevolumen wurde auf 2 bis 3 Milliarden Dollar geschätzt.

Als Anfang Januar 1997 die Pyramiden zusammenbrachen, verloren die ArbeiterInnen ihre Ersparnisse. Die erste Anlagefirma kollabierte, die Regierung sperrte die Konten von zwei Firmen, doch die Antwort der ArbeiterInnen blieb nicht aus: Die Einleger versammelten sich in mehreren Städten und forderten ihr Geld zurück. Es kam in mehreren Städten zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Wut richtete sich zuerst gegen den Präsidenten Berisha, weil er die Konten sperren ließ, doch bald war allen klar, daß die Ersparnisse weg waren. Viele Demonstrationen und Krawalle folgten, Polizei-, Gerichts- und SHIK-Gebäude (der verhaßte Geheimdienst) wurden abgefacelt, Gefängnisse geöffnet und Militärbauwerke eingenommen. Die Bevölkerung bewaffnete sich. Es bildeten sich autonome Gemeindeverwaltungen. In den Städten bildeten sich Komitees, um das Zusammenleben und Überleben zu organisieren. Mitte März hatte der Aufstand ein Viertel des Landes eingenommen. Die Regierung mußte abtreten, und Vertreter aus 21 Komitees forderten eine Übergangsregierung mit ihrer Beteiligung.

Die EU-Staaten waren durch den Aufstand alarmiert, alle politischen Parteien in Tirana, sowie Italien und Griechenland, forderten ein militärisches Eingreifen. Die EU schreckte davor zurück, militärisch gegen ein bewaffnetes Volk vorzugehen. Mitte April wurden 7 000 Soldaten (hauptsächlich aus Italien und Griechenland) mit UNO-Mandat nach Albanien geschickt: »humanitäre Maßnahmen« und »Wiederaufbau von staatlichen Strukturen« lautete der Auftrag. Neuwahlen wurden im Sommer durchgeführt, und die Sozialisten bekamen die Mehrheit im Parlament. Aber auch sie konnten die Situation nicht soweit stabilisieren, daß Albanien für das internationale Kapital als eine sichere Region gilt.

Heute, zwei Jahre nach dem Aufstand, wird Albanien durch die Kosovo-Flüchtlinge, die UÇK und den NATO-Aufmarsch vollkommen umgekrempelt. Die albanische Regierung hat inzwischen die gesamte Infrastruktur des Landes der NATO zur Verfügung gestellt. Offizielle Begründung für die Anwesenheit von UNO und NATO-Soldaten ist die »humanitäre Hilfe« fürs Kosovo. Nach einem Bericht des trotzkistischen *Militant* aus den USA befanden sich Mitte Mai 20 000 NATO-Soldaten in Albanien. Der Hafen von Durres, der größte des Landes, sei von NATO-Truppen übernommen, niemand könne das Gelände ohne Erlaubnis der albanischen Armee und der NATO betreten. Die Küste südlich des Hafens sei kilometerweit abgesperrt und in eine NATO-Basis verwandelt.

Die albanischen Mafia-Gruppen sollen befohlen haben, die NATO nicht als Feind zu sehen, sondern mit den Armeen und Hilfsorganisationen Versorgungsdeals abzuschließen. Hilfslieferungen werden abgefangen und anderweitig verkauft. Der Job des Polizeichefs am Flughafen von Tirana ist so lukrativ, daß er für 250 000 Dollar jeweils für 3 Monate verkauft wird.

Zu den Militärs kommen Tausende von Beschäftigten und Funktionären internationaler Organisationen sowie Hunderte von Journalisten. Sie alle bringen sehr viel Geld ins Land.

Die Flüchtlinge selbst müssen für Privatunterbringung von ihren Verwandten in Deutschland oder der Schweiz 500 Mark im Monat aufbringen.

Die albanische Regierung, die seit dem Aufstand das Land ohnehin nicht wieder voll unter Kontrolle bekommen hatte, ist inzwischen pleite. *Jane's Intelligence Review* berichtet, daß die Regierung in ausländischen Botschaften betteln gehen mußte, um die Flugtickets für den NATO-Gipfel im April zu bezahlen.

Bezahlen sollen die ArbeiterInnen und Bauern. Schon vor dem Krieg im Kosovo sind aus vielen Gemeinden immer mehr Wanderarbeiter nach Griechenland oder Mazedonien gependelt. Jetzt zeichnen sich Flüchtlings- und Barackenlager in Albanien ab, aus denen sich billige Arbeitskräfte rekrutieren lassen. Der Krieg macht möglich, was in der Situation vor zwei Jahren nicht durchsetzbar schien: UNO und NGOs schaffen Regelungen für das öffentliche Leben, die NATO kontrolliert die Migrationsbewegungen von ArbeiterInnen, die 1997 bewaffnet einen Staat zerschlagen haben. ★

Auch das jugoslawische Regime hatte Gründe für den Krieg

Die jugoslawische Regierung präsentiert sich als Opfer der NATO-Aggression. Bei nüchterner Betrachtung stellt sich aber die Frage: Warum hat sie sich in Rambouillet für die Bombenangriffe entschieden, statt vor dem NATO-Diktat zu kapitulieren wie alle anderen Balkanstaaten auch? Und warum bleibt sie auch nach über zwei Monaten verheerender Bombardements dabei?

Abgesehen von geopolitischen Überlegungen steht hinter dem Krieg vor allem ein Konflikt um die Organisation der Ausbeutung in Jugoslawien. Seit die Regimes in Osteuropa vor 10 Jahren vor dem offenen und verdeckten Widerstand der ArbeiterInnen kapitulierten und sich mit fliegenden Fahnen dem Westen ergaben, sind dort große Teile der Industrie stillgelegt worden, das bisherige soziale Sicherungssystem zerstört und verschiedene Versuche unternommen worden, Ausbeutung nach westlichem Muster zu organisieren. Dieser Prozeß ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten.

Die Besonderheit Jugoslawiens war zum einen der extrem blutige Verlauf dieser »Transformation«, der jetzt in den NATO-Bombardements gipfelt. Zum anderen hat das Regime Restjugoslawiens aus Sicht des Westens versagt und stellt sich als »reformfeindlich« dar. Statt die Privatisierung der Wirtschaft und die Zerschlagung der Großbetriebe durchzusetzen, ging es immer wieder vor den Protesten der ArbeiterInnen in die Knie. Aus Sicht des Westens mußte diese Art von Politik bestraft werden.

Trotzdem ist der Eindruck falsch, daß das jugoslawische Regime in Rambouillet hart blieb, um mit der nationalen Souveränität eine eigenständige Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Das Regime hat keine zum westlichen Modell alternative wirtschaftspolitische Vision – Milošević selbst war Ende der 80er Jahre einer der Vordenker der jugoslawischen Privatisierungspolitik gewesen. Das Regime hat immer Reformen gewollt und in den letzten zehn Jahren auch mehrere Anläufe gemacht, die aber alle erfolglos steckenblieben.

Die Situation der letzten Jahre stellte sich als umfassende Blockade dar. Obwohl die Großbetriebe seit Jahren rechnerisch bankrott waren und die Produktion auf weniger als die Hälfte des Niveaus von 1989 gefallen war, wurde

fast niemand entlassen. Statt mit radikalen Reformen einen neuen produktiven Zyklus in Gang zu setzen, hat die staatlich-betriebliche Managerklasse von der Substanz gelebt und mit den inoffiziellen Gold- und Devisenreserven des gesamtjugoslawischen Staats das Außenhandelsdefizit finanziert. Die ArbeiterInnen wiederum verbunkerten sich bei ständig sinkenden Einkommen in den Großbetrieben und den Resten des Sozialstaats, setzten aber dem Regime politisch nichts entgegen. Nach den Streikwellen 1987/88 trat die jugoslawische Arbeiterklasse nicht wieder als eigenständige politische Größe in Erscheinung. Trotz massenhafter Desertionen und wiederholter großer Jugendproteste konnte das Regime die Kriege in Kroatien, Bosnien und Kosovo zur nationalistischen Mobilisierung nutzen – und sich gleichzeitig in der Konkurrenz mit der politischen Opposition immer als »links« und arbeiterfreundlich darstellen.

Nach Einschätzung der Wirtschaftsexperten sind die inoffiziellen Finanzreserven Jugoslawiens inzwischen verbraucht. Jugoslawien stand zunehmend alternativlos vor der Aufgabe, die »Transformation« endlich anzugehen – ohne daß dies innenpolitisch leichter durchsetzbar gewesen wäre als in den Jahren zuvor.

In dieser Situation kann die »warme Sanierung« der schrottreifen Fabriken von außen, durch die NATO-Bomben, zur realistischen Option geworden sein. Ein solcher Weg ist extrem riskant, eröffnet aber die Möglichkeit, die Blockade zu durchbrechen: die alten Betriebe abzureißen und im Rahmen eines Wiederaufbauprogramms ganz neu anzufangen. Entscheidend wird für die herrschende Klasse Jugoslawiens sein, ob es ihr gelingt, sich unter den Bomben als einzige anti-imperialistische Kraft darzustellen und sich damit dem internationalen Kapital nach dem Krieg als einzige glaubwürdige Vermittlungs- und Kontrollinstanz über die jugoslawische Arbeiterklasse zu empfehlen.

Osteuropa: schwierige Transformation

Im Laufe der 80er Jahre wurde in den staatskapitalistischen Ökonomien Osteuropas immer deutlicher, daß sich auf den bisherigen Wegen keine verstärkte Ausbeutung mehr durchsetzen ließ – weder durch Steigerung der Arbeitsleistung noch durch Verarmung der ArbeiterInnen. Die Produktivitätsentwicklung stagnierte. Der Rüstungswettlauf stieß in diese Wunde – nur insofern macht das Schlagwort vom »Totrüstern« durch den Westen einen Sinn.

Die Regimes, die es mit den kämpferischsten ArbeiterInnen zu tun hatten – Polen und Jugoslawien –, nahmen schon in den 70er Jahren größere Kredite im Westen auf, um sich das nötige Kapital für einen produktivitätssteigernden großen technologischen Sprung zu holen und damit auch die Klassenzusammensetzung der 60er Jahre zu überwinden. Tatsächlich wurden die westlichen Kredite aber weitgehend in steigenden Arbeiterkonsum umgesetzt. Das Ergebnis war

eine beträchtliche Auslandsverschuldung und gleichzeitig eine immer selbstbewußtere Arbeiterklasse.

Das Zentrum der ArbeiterInnenmacht waren wie im Westen die Großbetriebe. Und ähnlich wie im Westen, wo Kapitalisten und Wissenschaftler seit den 80er Jahren intensiv über »postfordistische« Umstrukturierungen diskutierten, wurde das Problem auch in Osteuropa in den Planungsstäben diskutiert. Diese Technokraten kamen zunehmend zu der Auffassung, daß grundlegende Veränderungen notwendig waren, die sich unter den Bedingungen des realsozialistischen Einparteienstaats nicht durchsetzen ließen. In der Sowjetunion waren die Technokraten die treibenden Kräfte hinter der Perestrojka, in Polen übergaben sie nach den für beide Seiten ergebnislosen Streiks in der Stahl- und Werftindustrie 1988 die Macht relativ umstandslos an den »runden Tisch«.

Nach 1990 gingen die neuen Regimes (in denen sich nationalistische Clowns aus der ehemaligen Opposition mit reformerischen Technokraten aus den alten Regimes abwechselten) umgehend an die Zerschlagung der Großbetriebe: Im gesamten Bereich des ehemaligen RGW ging die industrielle Produktion zwischen 1990 und 1995 drastisch zurück. Der konkrete Weg sah allerdings unterschiedlich aus. Während in der DDR innerhalb kurzer Zeit fast die gesamte alte Produktionsbasis stillgelegt und ein Großteil der ArbeiterInnen in die Auffang- und Recyclingprogramme des BRD-Sozialstaats kanalisiert wurde, sind z.B. in Weißrußland oder Jugoslawien noch fast alle alten Betriebe vorhanden. Allerdings haben diese – abgeschnitten von alten Zulieferstrukturen und Märkten – ihre Produktion stark zurückgefahren. Viele ArbeiterInnen wurden in Zwangsurlaub geschickt. Die allermeisten bekommen Löhne, von denen sie nicht leben können, und sind auf ihren Schrebergarten und/oder Nebenjob in der »Schattenwirtschaft« angewiesen.

Die ersehnten neuen Investoren aber lassen immer noch auf sich warten. Um Osteuropa als Produktionsstandort, d.h. seine Einbindung in die integrierten Produktionsketten Westeuropas interessant zu machen, müßten die osteuropäischen ArbeiterInnen bereit sein, in verkleinerten Firmen hart zu arbeiten und auf politische Streiks, Demos und Aufstände zu verzichten. Mehr noch: Damit massive Investitionen sich wirklich lohnen, müßten neue regionale produktive Klassenzusammensetzungen entstehen. Diese aber sind trotz einiger größerer Investitionen in den fortgeschrittensten »Reformstaaten« nicht in Sicht.

Die Investoren wollen »Sicherheit«. Damit ist letztlich gemeint, daß die nationalen Politiker nicht vor dem Klassendruck in die Knie gehen. Kaum ein westlicher Konzern war so mutig wie Fiat, die die Übernahme der alten Polski-Fiat-Werke im Sommer 1992 einweihen, indem sie einen 56tägigen harten Streik ohne jedes Zugeständnis niederschlugen – und damit durchkamen: Das gesamte Establishment stand geschlossen auf der Seite des Konzerns, und anders als 1980 blieben den ArbeiterInnen die Kirchentüren verschlossen.¹

Aufstieg und Krise Jugoslawiens

Die aus dem antifaschistischen Partisanenkampf siegreich hervorgegangene *Kommunistische Partei Jugoslawiens* unter Tito hatte seit dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 auf ökonomische Westanbindung bei gleichzeitiger Beibehaltung ihrer eigenen Rolle als staatskapitalistischer »roter Bourgeoisie« gesetzt. Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung war die Konsumgüterproduktion, v.a. für den Export. Etliche Zulieferbetriebe arbeiteten als verlängerte Werkbank für die BRD-Industrie. Institutioneller Rahmen war das Anfang der 50er Jahre eingeführte und Mitte der 60er Jahre ausgeweitete Selbstverwaltungsmodell, das einzelnen Betrieben die Möglichkeit gab, als profitorientierte Marktsubjekte direkt am internationalen Markt aufzutreten. Die Selbstverwaltung der Republiken und Provinzen förderte die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen diesen, was durch eine staatliche Umverteilungspolitik von reichen in arme Regionen ausgeglichen werden sollte. Die dabei entstehenden Konflikte drückten sich angesichts des ethnationally definierten Föderalismus zwangsläufig oft als »nationale« aus.

Ab 1968 gab es in Jugoslawien – wie auf der ganzen Welt – eine massive Welle von Streiks und Protesten. Auch die Belgrader Uni wurde unter der Parole »Nieder mit der roten Bourgeoisie!« besetzt. Die Republikführungen versuchten, teils mit Erfolg, diese Proteste nationalistisch zu kanalisieren. Die Bundesregierung reagierte widersprüchlich, einerseits mit einer Säuberungswelle 71/72 gegen »liberale« und nationalistische Funktionäre, andererseits mit verstärkter Kreditaufnahme im Westen, um die Ansprüche der ArbeiterInnen zu befrieden. Im Laufe der 70er Jahre stieg der Lebensstandard in den industrialisierten Regionen Jugoslawiens auf westeuropäisches Niveau.

Die neue Verfassung von 1974 verstärkte die Dezentralisierung – und die nationale Aufladung des institutionellen Konfliktmanagements: *»Über jede Frage wurde zunächst innerhalb der Republik (Provinz) entschieden, und derart nationalisiert kehrte sie auf die Bundesebene zurück, wo dann eine ›Vereinbarung‹ erreicht wurde. Betrachtet man die Institutionen, konnte es keine nationalen Fragen mehr geben.«*²

Nach Titos Tod 1980 legte das Regime die in den Himmel gewachsene Staatsverschuldung offen und trat dem IWF bei. 1981 trat das erste IWF-Strukturanpassungsprogramm in Kraft, das Lohn- und Sozialkürzungen, die Freigabe der Verbraucherpreise und die Abwertung des Dinar vorsah. Erklärtes Ziel war die Steigerung der jugoslawischen Exporte auf Kosten des Binnenkonsums. Im Kosovo, einer der ärmsten und industriell rückständigsten Regionen Jugoslawiens, gingen die Proteste und Streiks gegen das IWF-Programm im März 1981 in Riots mit albanisch-nationalistischen Forderungen über. Der Ausnahmezustand wurde verhängt und die Riots brutal niedergeschlagen.

Die Angaben über den Erfolg der Strukturanpassungspolitik sind sehr widersprüchlich. Einerseits behauptete z.B. die New York Times im September 1984, daß der Lebensstandard seit 1980 um 40 Prozent gesunken sei. Andererseits gibt es Berichte über zahllose Kämpfe, v.a. in Form von innerbetrieblichen wilden Streiks.³ Diese wiederum führten zu ständigen wilden Lohnerhöhungen. Da die Großbetriebe völlig mit den Banken verflochten waren, konnten mächtige Betriebsleitungen sich praktisch selbst Geld drucken, indem sie sich ein unbegrenztes Kreditlimit einräumten und damit die Forderungen der eigenen Belegschaft auf Kosten der Gesamtwirtschaft befriedigten.

Das führte sowohl zur Überschuldung vieler Betriebe und damit des Bankensystems als auch zu einer durch die Lohnerhöhungen ausgelösten Inflationsspirale. 1986 trat die Bundesregierung zurück, und die neue Regierung kündigte einen sechsmonatigen Lohnstopp und Preiserhöhungen an. Sie versprach allerdings auch, daß Löhne bei entsprechenden Produktivitätserhöhungen überproportional steigen könnten, und legte damit die Basis für Spaltungen zwischen rentablen und unrentablen Belegschaften.

Trotz Abwertung des Dinar, einer Arbeitslosigkeit von 1,2 Millionen und 130 % Inflation stiegen die Reallöhne aber weiter, und die Staatsgewerkschaften behaupteten: »Die Arbeiter fressen die Ausrüstung und die Maschinen auf.«

Massenstreiks und Nationalismus

Im Februar 1987 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Lohnkürzungen und die Zurückzahlung zuviel gezahlter Löhne vorsah. Daraufhin kam es zu einer Welle wilder Streiks v.a. in Zagreb und Belgrad und zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Bundesregierung drohte mit dem Einsatz der Armee. Im Juli 1987 fuhren 5 000 streikende ArbeiterInnen einer Schuhfabrik bei Vukovar (eine etwa 50:50 serbisch-kroatisch »gemischte« Stadt und Belegschaft) nach Belgrad und stürmten und besetzten das Bundesparlament.⁴ Insgesamt gab es im Sommer 1987 etwa 4 000 Streiks.

Mazedonien, Montenegro und Kosovo erklärten sich 1987 offiziell für zahlungsunfähig. 1988 nahmen die Streiks noch zu und griffen auf den öffentlichen Dienst (Schulen, Krankenhäuser, Müllabfuhr) über. Unter Parolen wie »Nieder mit dem faschistischen Regime!« und »Es lebe die Arbeiterklasse!« besetzten 30 000 ArbeiterInnen im Oktober 1988 die Stahlwerke in Titograd/Montenegro. Im Dezember 1989 streikten 650 000 ArbeiterInnen in Serbien, Mazedonien und Montenegro. Die Reallöhne stiegen 1989 jugoslawienweit um etwa 25 Prozent; das serbische Durchschnittseinkommen stieg auf das Niveau des slowenischen.

Die Politiker aller Landesteile traten verstärkt nationalistisch auf. Die Jahre 1987-89 waren nicht nur die Zeit der größten Streiks und ArbeiterInnendemos,

sondern auch die Zeit der größten nationalistischen Mobilisierungen. Den Anfang machte die durch eine angebliche »antibürokratische Revolution« an die Macht gekommene neue Parteiführung Serbiens. Der neue Parteichef Milošević war ein in den USA ausgebildeter Bank-Manager, der als Vorsitzender der sogenannten Milošević-Kommission just in dieser Zeit marktorientierte Reformen forderte und die Jugoslawen aufrief, ihre »unbegründete, irrationale und primitive Angst vor der Ausbeutung« durch ausländisches Kapital aufzugeben. Er trat in diesen Jahren bei einer Reihe von (als »Sich-Ereignen des Volkes« bekanntgewordenen) serbisch-nationalistischen Massendemos auf, bei der größten im November 1988 in Belgrad waren eine Million Teilnehmer. Thema der Kundgebungen war die Unterdrückung von Serben in den autonomen Provinzen und den anderen Republiken, die in eine Linie mit dem Bürgerkrieg 1941-44 und letztlich dem jahrhundertelangen Leidensweg des serbischen Volks gestellt wurde. Angesichts zunehmender nationalistischer und separatistischer Tendenzen in den anderen Teilen Jugoslawiens wurde gefordert, daß »alle Serben in einem Staat« leben müßten: entweder durch eine Re-Zentralisierung Jugoslawiens oder durch eine Revision der innerjugoslawischen Grenzen. Auch in den anderen Republiken wurde versucht, den Klassenkonflikt als nationalen umzudeuten, nur daß dort neue nationalistische Oppositionsparteien die Führung übernahmen, während in Serbien die Regierungspartei selbst in die Offensive ging.

Die Bundesregierung Marković versuchte 1989/90 noch ein letztes Mal, gegen die Klassenkämpfe und die 2 000-prozentige Inflation ein IWF-Programm durchzusetzen mit Haushalts- und Lohnkürzungen, Preiserhöhungen, der Abwertung des Dinar, der Schließung von Banken und vor allem der Möglichkeit, unrentable Betriebe in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben und dann umgehend zu schließen. Tatsächlich gelang es in den ersten 9 Monaten 1990, knapp 900 Betriebe mit über 500 000 ArbeiterInnen dichtzumachen.

Gleichzeitig aber zerfiel der jugoslawische Staat: 1990 fanden erstmals »freie« Mehrparteienwahlen statt. Die neuen Regierungen der nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien kamen zu der Einschätzung, daß sie auf eigene Faust die Wirtschaftsreformen leichter würden durchziehen können, und drohten mit Sezession. Der *Bund der Kommunisten Jugoslawiens* löste sich auf. Die serbische Regierung trat angesichts neuer Streiks die populistische Flucht nach vorn an und bezeichnete das Marković-Programm (das auf der Linie der Empfehlungen der Milošević-Kommission lag!) als »anti-serbisch«. Mit dieser Begründung nahm sie einen illegalen Kredit von 1,7 Mrd. US-Dollar bei der Bundeskasse auf und zahlte ausstehende Löhne, was der bisherigen Staatspartei den Wahlsieg sicherte – obwohl die Reallöhne durch drastische Preissteigerungen fielen. Im März 1991 trat die Bundesregierung zurück, ohne daß eine neue gebildet wurde.

Gleichzeitig wurde in Belgrad eine Demo mit 70 000 Leuten gegen »undemokratische« Mediengesetze brutal niedergeknüppelt. Die Regierung ließ Panzer auffahren. Am nächsten Tag ging eine Studentendemo in eine blutige Straßenschlacht über, denn »eine große Zahl von Nicht-Studenten hatte sofort die Gelegenheit aufgegriffen, die Schweine anzugreifen«.

Auf dem Platz der Republik in Belgrad gab es eine einwöchige Mahnwache, »die zu einer regelrechten Volkstribüne wurde, wo pausenlos Studenten, Akademiker, Rechtsanwälte, berühmte Schauspieler und anscheinend auch ein paar vereinzelt Arbeiter Reden hielten. Die Forderungen, die hier vorgebracht wurden, waren rein politisch«.⁵ Nach der Erfüllung dieser Forderungen wurden die Demos beendet. In den Betrieben war aber keine Ruhe. Im April 91 streikten 700 000 Metall- und TextilarbeiterInnen in Serbien und hatten materiell durchaus Erfolg: Das Preisniveau ging 1991 im Vergleich zu den drastischen Preissteigerungen 1990 wieder zurück, für einige Waren sogar unter den Stand von 1989.⁶

Krieg und Sanktionen

Nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens im Juni 1991 und dem kurzen Unabhängigkeitskrieg Sloweniens entwickelte sich in Kroatien ein Krieg zwischen schnell zu einer Armee aufgebauten kroatischen Milizen (die teils aus der alten Territorialverteidigung und Polizei entstanden, teils aus faschistischen Banden) und serbischen Milizen und der jugoslawischen Volksarmee (die sich auf die »serbischen Gebiete« Kroatiens zurückzog) andererseits. Dabei zeigte sich, daß die Volksarmee kaum als Bürgerkriegsarmee brauchbar war: Ein Großteil der Einberufenen kam nicht oder nur nach Festnahme durch die Militärpolizei, tausende desertierten von der Front und erschossen Offiziere oder knallten sich mit Drogen voll.

Die großen Oppositionsparteien, die sich bei den Demos 1991 profiliert hatten, waren noch nationalistischer als die Regierungspartei und schickten teilweise eigene Milizen in den Krieg. Neben kleinen Oppositionsgruppen wie den *Frauen in Schwarz* gab es einen massenhaften »unorganisierten« Widerstand gegen den Krieg. Im Juni 1994 wurde die Zahl der ins Ausland geflohenen Deserteure und Verweigerer auf über 100 000 geschätzt, es sind auch etliche Beispiele von kollektivem Widerstand bekanntgeworden⁷. Außerdem gab es im Frühjahr und Sommer 1992 in Belgrad große Demos, Aktionen und Konzerte gegen Krieg und Nationalismus; die Bewegung nahm aber weder »politischen« Charakter an, noch trat sie als ausdrücklich proletarische Bewegung auf.

Trotzdem trug sie wesentlich dazu bei, daß der Kroatienkrieg beendet wurde und die Armee im Bosnienkrieg nur noch die Infrastruktur stellte, während der eigentliche Krieg von Sondereinheiten und Milizen geführt wurde. Lokale Mili-

zen der ländlichen serbischen Minderheit in Kroatien und Bosnien wurden systematisch von nationalistischen Milizen aus Serbien selbst unterwandert; später agierten immer mehr professionelle Söldnertrupps,⁸ die fein säuberlich nach den national differenzierten jugoslawischen Melderegistern vorgingen, um ganze Gebiete ethnisch zu »säubern«. Auffälligerweise war die Gewalt immer dort am größten, wo die Nationalisierung der Bevölkerung nicht oder nur langsam griff (etwa in Vukovar und dann in Sarajevo). Die ethnischen Teilungslinien wurden seit März 1992 von UNO-Truppen gesichert und Ende 1995 für Bosnien im Vertrag von Dayton festgeschrieben, der Bosnien zu einer ethnisch gesäuberten NATO-Diktatur macht.

Die westlichen Regierungen hatten auf deutschen Druck Anfang 1992 die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens in den alten innerjugoslawischen Grenzen anerkannt und betrachteten Serbien als Aggressor. Im August 1995 besetzte die massiv aufgerüstete kroatische Armee mit US-Unterstützung die bislang serbischen Gebiete Kroatiens und vertrieb Hunderttausende von BewohnerInnen nach Restjugoslawien. Im September 1995 unterstützte die NATO mit Luftangriffen auf bosnisch-serbische Truppen die Verschiebung der Frontlinie zugunsten kroatisch-moslemischer Truppen.

Vor allem aber hatten die EU (seit November 1991) und der UNO-Sicherheitsrat (seit Mai 1992) Wirtschaftssanktionen gegen Restjugoslawien verhängt. Hatte schon die Teilung Jugoslawiens die Betriebe Serbiens im Maschinen- und Fahrzeugbau und in der Chemieindustrie, die hoch integriert mit Betrieben in Slowenien und Kroatien produziert hatten, von ihren Zulieferern und Abnehmern abgeschnitten, so kappten die Sanktionen auch den Zugang zum internationalen Markt (durch das Handelsembargo, den »inneren Ring« der Sanktionen) und vor allem zu internationalen Krediten (durch den Ausschluß aus den internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank, den »äußeren Ring«).

Bis 1994 sank das Bruttoinlandsprodukt auf unter die Hälfte des Werts von 1989; die Auslastung der Industrie lag nur noch bei ca. 30%. Gleichzeitig gingen 1993 etwa 70 Prozent des Bundeshaushalts in den Militäretat. Das führte zu einem völligen Verfall der Reallöhne in Serbien und zur Hyperinflation (1993: 116 Trillionen Prozent). Ende 93 wurden mit dem Dinar nur noch Löhne, Steuern, Mieten und Stromrechnungen bezahlt – alles andere mit D-Mark.

Anfang 1994 machte Jugoslawien noch einmal einen Anlauf zu einer radikalen Wirtschaftsreform unter dem neuen Nationalbankchef Avramović (der lange Jahre bei der Weltbank gearbeitet hatte): Der Dinar wurde im Kurs 1:1 an die D-Mark gebunden und die Inflation (durch Lohnstopp) gebremst. Von 2,26 Millionen Beschäftigten im Jahr 1993 wurden bis Mai 1994 900 000 in Zwangsurlaub geschickt.

Mitte 94 wurde Avramović gefeuert. Er hatte sich dafür eingesetzt, daß Jugoslawien nicht nur auf die akute Krise reagieren, sondern tatsächlich einen

produktiven Neuanfang wagen sollte. Das hätte aber bedeutet, auf die Bedingungen von IWF und Weltbank einzugehen. Während die BR Jugoslawien auf dem Standpunkt steht, einziger Nachfolgestaat des alten Jugoslawien und damit auch IWF-Mitglied zu sein, behaupten vor allem die USA, daß das alte Jugoslawien nicht mehr besteht, und verlangen, daß sich Restjugoslawien um eine Neuaufnahme bemühen muß. Das ist keine reine Formfrage, sondern berührt die jugoslawischen Altschulden und v.a. die Aufteilung der gesperrten offiziellen und mutmaßlich von Restjugoslawien geplünderten geheimen Gold- und Devisenreserven des alten Jugoslawiens unter den Nachfolgestaaten.⁹ Avramovićs Entlassung war eine klare Absage an die Einigung mit dem IWF zu diesem Zeitpunkt.

Eingebunkert

Nach der Beendigung des Bosnien-Kriegs durch das Dayton-Abkommen Ende 1995 wurden die meisten Sanktionen aufgehoben. Trotzdem stieg die Produktion 1996 nur unwesentlich. Die Exporte gingen sogar zurück und bestanden zunehmend aus Produkten niedrigen Verarbeitungsgrades, außerdem wuchs das Außenhandelsdefizit (im 1. Halbjahr 1996 waren die Importe doppelt so hoch wie die Exporte). Das Sozialprodukt lag 1996 bei 55 Prozent des Niveaus von 1989, die Industrieproduktion bei 40 Prozent.

Für die schlechte Situation machten die in- und ausländischen Experten einhellig die nicht erfolgte Zerschlagung der Großbetriebe verantwortlich: *»80 Prozent des Kapitals befinden sich nach wie vor in gesellschaftlichem oder in Staatseigentum, wobei die Unterschiede zwischen beiden Eigentumsformen im gegebenen Zusammenhang nicht wesentlich sind. Hier liegt der Hauptgenerator aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und solange hier nicht Remedur geschaffen wird, kann es keine effiziente Wirtschaftspolitik geben, gleichgültig, wer sie konzipiert und wie sie konzipiert ist. (...) Doch es sind gerade die großen Firmen im gesellschaftlichen Eigentum, die immer wieder Haushaltsmittel, praktisch Schenkungen erhalten, die angeblich der Ankurbelung der Produktion dienen sollen. In Wirklichkeit werden diese Mittel dazu verwendet, um Arbeitern Lohn zu zahlen, die nichts produzieren oder nicht marktgerecht produzieren.«¹⁰*

1990 war auch in der Republik Serbien ein Privatisierungsgesetz verabschiedet worden, das – im Rahmen der Empfehlungen der Milošević-Kommission und dann des Marković-IWF-Programms – den Konkurs der Großbetriebe und die anschließende Privatisierung der verwertbaren Teile vorsah. Krieg, Sanktionen und Hyperinflation hatten diesen Prozeß aber praktisch gestoppt. 1993 erfolgte Privatisierungen wurden später sogar zum Teil wieder rückgängig gemacht, weil die Käufer in der Hyperinflation nur Spottpreise bezahlt hatten. Stattdessen wurde etwa etwa die Hälfte des Kapitals direkt verstaatlicht, die andere Hälfte

wurde z.T. in Belegschafts-AGs überführt oder blieb in anderen teils unklaren Eigentumsformen. Dadurch *»ändern sich allerdings die betrieblichen Anreizstrukturen und Existenzbedingungen keineswegs, was zu gleichbleibenden Verhaltensweisen der Betriebe führt. Die vom privaten Eigentum erwarteten Effizienzsteigerungen bleiben naturgemäß aus«*.¹¹

Auf die Frage warum eine Privatisierung nicht stattfindet, antwortete die Ebert-Stiftung, daß *»wichtige Gruppen an der Verzögerung der Umstrukturierung interessiert sind«*. Vor allem bleibe *»breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten ... kaum eine Alternative zum Festhalten am Status Quo. Von grundlegenden Reformen und weitgehender Privatisierung bzw. der Herstellung tatsächlicher privater Eigentumsrechte müssen sie in erster Linie nur fürchten, ihren Arbeitsplatz im Rahmen der dann fälligen Umstrukturierungen zu verlieren.«* Den Großbetrieben *»kam und kommt ... eine wichtige Rolle bei der sozialen Sicherung und in vielen sozialpolitischen Bereichen zu, womit bei einer Transformation dieser Betriebe auch wichtige Teile des sozialen Netzwerks entfallen. Auch in dieser Hinsicht dient also die Beibehaltung des Status Quo der Aufrechterhaltung des sozialen und damit des politischen Friedens«*. Eigentlich seien aber *»zwischen 800 000 und 1 Million Arbeiter zu viel beschäftigt, d.h. ihre Entlassung würde zu keinerlei Einbußen beim Sozialprodukt führen«*. Das Osteuropa-Institut München schätzte, daß *»im staatlichen bzw. genossenschaftlichen Sektor bis zu 50 Prozent ihrem Arbeitsplatz fernbleiben und in dieser Zeit in der florierenden Schattenwirtschaft tätig sind.«*¹²

Es lassen sich sicher auch andere Motive für Widerstände gegen die Privatisierung finden. So ist die wirtschaftliche Führungsschicht praktisch identisch mit der politischen¹³ und Minister sind oft gleichzeitig Firmendirektoren, so daß etliche von ihnen bei einer Privatisierung wohl wirklich leer ausgehen würden. Andererseits waren viele Manager in Jugoslawien wie in anderen osteuropäischen Ländern schon längst dabei, die Filetstücke aus den Unternehmen herauszuschneiden und sich über unterschiedliche Manöver privat anzueignen.

Viel naheliegender ist die Erklärung, daß das jugoslawische Kapital den offenen Konflikt mit den ArbeiterInnen gescheut hat. Statt zu versuchen, gegen ihren Widerstand einen neuen produktiven und Akkumulations-Zyklus in Gang zu setzen, lebten die Bosse einfach von der Substanz. Unter dem Mantel der Sanktionen haben sie *»Techniken entwickelt, um sich aus den staatlichen Firmen ungeachtet deren tatsächlicher Ertragslage zu bereichern«*.¹⁴ Die ArbeiterInnen wurden nicht frontal angegriffen, sondern einerseits über den permanenten Kriegszustand in Kosovo, Slowenien, Kroatien und Bosnien eingeschüchtert, andererseits in die Reste des jugoslawischen Wohlfahrtsstaats integriert. Statt sie zu zwingen, produktiver zu arbeiten, senkten ihnen die Bosse über niedrige Löhne, verzögerte Lohn- und Rentenauszahlungen, Zwangsbeurlaubungen, Inflation – nach den regelmäßigen Sonderzahlungen vor Wahlen – das Einkommen.

Die ArbeiterInnen reagierten auf das Ende des Kriegs und der Sanktionen mit verstärkten Arbeitskämpfen. Das wiedererwachende Selbstbewußtsein drückte sich Ende 1996 im Wahlsieg des Oppositionsbündnisses Zajedno bei den Kommunalwahlen in den meisten Städten aus. Als sich die Regierung weigerte, das Ergebnis anzuerkennen, organisierte Zajedno Protestdemos, denen sich auch wieder die unabhängigen Gewerkschaften und die proletarischen Jugendlichen anschlossen. Ende Dezember ging die Polizei gewaltsam gegen die Demos vor, und es gab Tote. Trotzdem gingen die Demos weiter und nahmen zunehmend happening-mäßigen Charakter an. Nach weiteren Straßenschlachten Anfang Februar 1997 erkannte die Regierung schließlich das Wahlergebnis an.

Die bürgerliche Opposition war aber nicht in der Lage, diesen Erfolg zu konsolidieren oder gar in einen Machtwechsel umzusetzen. *»Tatsächlich hingen der Erfolg und die Dauerhaftigkeit der Demonstrationen der Opposition wesentlich von sie begleitenden sozialen Unruhen ab. Selbst nach Beendigung der Demonstrationen fand die soziale Unzufriedenheit Ausdruck in einer Welle von Streiks, Blockaden, spontanen Demonstrationen und verschiedenen Formen des bürgerlichen Ungehorsams (organisierte Verweigerung von Steuer- und Gebührensahlungen) durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Lehrer, Kindergärtner, Textilarbeiter, Kriegsinvaliden, Rentner usw.).«* Es gelang dem Milošević-Regime aber, die ArbeiterInnen immer wieder ins Leere laufen zu lassen: *»Der größte dieser Streiks, die über einen Monat andauernde Arbeitsniederlegung durch Lehrer und Erzieher, die für die Auszahlung ihrer seit Monaten überfälligen, ohnehin sehr niedrigen Löhne und eine Verbesserung ihrer sozialen Situation kämpften, wurde allerdings durch geschicktes politisches Manövrieren ohne größere Zugeständnisse an die Streikenden beendet.«*¹⁵ An diesem Punkt zerfiel auch die bürgerliche Opposition wieder an ihren eigenen Streitigkeiten und ließ sich später sogar teilweise in die Regierung integrieren.

Die hiesigen Demokraten und Menschenrechtler behaupten gern, daß die jugoslawische Arbeiterklasse die ganze Zeit »loyal« zum Regime gestanden habe und machen das daran fest, daß im Gegensatz zu den anderen ost-europäischen Ländern sich in Jugoslawien Zajedno oder andere Oppositionsparteien nicht durchsetzen konnten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bleibt realistisch: *»Die Arbeiter streiken und demonstrieren zwar für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Auszahlung von Löhnen, nicht aber für eine politische Opposition, die durch ihre Reformabsichten ihre momentane Situation gefährdet.«* Sie waren zu schlau, um sich einer »demokratischen Opposition« auszuliefern, deren Absicht letztlich die Verschärfung der Ausbeutung war – aber sie waren zu schwach, um aus ihrem defensiven Einbunkern in den realsozialistischen Strukturen herauszukommen.

Den Machterhalt erkaufte sich das Regime eben nur über die Blockade der Reformen und ein riesiges Außenhandelsdefizit: Von 1995 bis 1998 importierte Jugoslawien jeweils ungefähr doppelt so viel, wie es exportierte. 1997 betrug

das Außenhandelsdefizit 2,4 Mrd. US-Dollar bei einem Bruttoinlandsprodukt von 17,5 Mrd. Dollar. Diese Struktur hatte auch der Handel mit Deutschland, dem größten Handelspartner: Deutschland exportierte nach Jugoslawien in den Jahren 1995-98 jeweils ungefähr doppelt so viel wie Jugoslawien nach Deutschland. Importe aus Jugoslawien waren v.a. Kleidung, Stoffe und Obst. Etwa 20 Prozent der Importe waren re-importierte Lohnveredelungen.¹⁶ Mit anderen Worten konsumierte die jugoslawische Arbeiterklasse weit mehr als sie produzierte. Die Ebert-Stiftung bezeichnete die Deckung dieses Defizits 1997 als »*eines der Geheimnisse des serbischen Modells*« und meinte, es gebe »*nur eine Erklärung aus sog. »inoffiziellen« (staatlichen?) Devisenreserven im Ausland ... Aber wenn diese zwangsläufig beschränkten Mittel aufgebraucht sind, droht dem importabhängigen System der Kollaps*«. ¹⁷

Das Anwerben ausländischer Direktinvestitionen hatte nur sehr beschränkte Erfolge. Die größte ausländische Investition des Jahrzehnts war der Verkauf der serbischen Telekom an ein italienisch-griechisches Konsortium. Vor allem konnte der Verkaufserlös (1,57 Mrd. DM) nicht als Kapitalspritze benutzt werden, sondern etwa 1,3 Mrd. DM gingen sofort für die Zahlung ausstehender Renten kurz vor den Wahlen im September 1998 drauf.¹⁸

»*Slobo, du Clinton!*«

In dieser Situation stand das Regime zunehmend mit dem Rücken an der Wand. Es versuchte noch einmal, die nationalistische Karte zu spielen, indem es den seit Ende der 80er Jahre schwelenden, aber während der Kriege in Kroatien und Bosnien nie voll ausgebrochenen Kosovo-Konflikt wieder eskalierte. An der Schraube drehte sicher auch die UÇK mit, die 1997 mit einer Reihe von Anschlügen auf sich aufmerksam machte. Das Belgrader Regime reagierte aber mit massiven Repressionen nicht nur gegen die Guerilla, sondern gegen weite Teile der albanischsprachigen Bevölkerung. Im Dezember 1997 wurden wieder Studentendemonstrationen niedergeknüppelt; ab Februar 1998 wurden im Drenica-Gebiet als Guerilla-Hochburgen betrachtete Dörfer mit Panzern und Artillerie angegriffen. Anders als 10 Jahre zuvor schien die nationalistische Karte 1998/99 aber ausgereizt zu sein: »*Im Laufe der Verhandlungen von Rambouillet zwischen Serben und Albanern Ende Februar haben die nationalistischen Parteien eine Demonstration vor dem Bundesparlament durchgeführt, um die Leidenschaften neu anzuheizen. Doch vergeblich: Nur ein paar Dutzend Menschen folgten dem Aufruf und skandierten im Nieselregen unter dem gleichgültigen Blick der Passanten: Slobo, ne daj Kosovo! (Slobo, gib das Kosovo nicht her!)*«. ¹⁹

Die Karte des Kriegs ließ sich aber durchaus international noch spielen. Schon im Sommer 1997 schrieb die Ebert-Stiftung: »*Allerdings hat sich in den*

letzten Monaten für Milošević eine völlig neue politische Option aus der internationalen Entwicklung ergeben, die dieser offensichtlich auch zu nutzen gedenkt: Die totale Destabilisierung Albaniens hat der internationalen Staatengemeinschaft drastisch die Gefahren und das mögliche Ausmaß von Krisen in der gesamten Balkanregion vor Augen geführt. (...) Im Hinblick auf die anarchische Entwicklung in Albanien könnte nun Milošević ... klarmachen, daß er denjenigen Machtfaktor repräsentiert, der das Problem lösen oder eskalieren lassen kann. (...) Als Preis für eine Lösung des Kosovoproblems könnte Milošević dann eine sofortige Kreditgewährung und günstige Schuldenregelung aushandeln.« Dies ist die »diplomatische« Sicht der Kriegsdrohungen, analog zur bei den europäischen Regierungen beliebten Sicht der NATO-Kriegsdrohungen: Mit dem big stick wird nur gewedelt, um in Verhandlungen das gewünschte Ziel durchzusetzen.

Möglich ist aber auch noch eine andere Sicht, analog zur US-Version der NATO-Kriegsdrohungen: eine Reihe von Provokationen, die dazu führen, daß die Drohung auf jeden Fall wahrgemacht werden muß. Das jugoslawische Regime ist Herr über ein schrottreifes Land. Die »komplette Infrastruktur, Dienstleistungen, öffentliche Versorgungsbetriebe, Rohstoffindustrie usw. ... sind riesige Verlustbringer mit weit fortgeschrittener Dekapitalisierung und geringem Restrukturierungspotential.«²⁰ 1), 2) und 4) in dieser Aufzählung sind die bevorzugten Bombenziele der NATO. Das Bombardement exekutiert eine grausame Sanierung von außen, bei der sich das jugoslawische Regime als Verteidiger der Interessen der jugoslawischen Arbeiterklasse darstellen und damit die Startlöcher für seine Rolle als Regierung, Management oder Gewerkschaft in der Zeit nach dem Krieg graben kann. Nach der ersten Bombardierung der Zastava-Fabrik in Kragujevac titelte die *Frankfurter Rundschau*: »Gewaltsames Ende einer kranken Fabrik.«²¹ In dem Artikel wird beschrieben, daß die Zastava-ArbeiterInnen trotz Rückgang der Produktion von über 200 000 auf unter 8 000 Stück pro Jahr, trotz Zwangsbeurlaubungen und radikaler Senkung der Löhne sich immer noch auf das Werk als sozialen Mittelpunkt bezogen. Erst die NATO-Bomben machten dem ein Ende.

Kurz nach Beginn der Bombenangriffe tauchten in Belgrad Graffiti auf: »Slobo Klinton« (Slobo, du Clinton!). Und eine anonyme Email von einem Belgrader Anarchisten spekulierte: »Ich befürchte, daß der Deal zwischen Milošević und den USA noch viel weiter geht. Ich kann nur raten, aber ich glaube, daß dieser ganze Krieg bei einem der Treffen zwischen Milošević und Holbrooke vereinbart worden ist.«²² In Wirklichkeit sind derartige Vereinbarungen gar nicht nötig. Es reicht aus, daß alle beteiligten Regimes – die USA, die EU-Länder, Jugoslawien – ihre eigenen, jeweils besonderen Interessen haben, damit ein Krieg in Gang gesetzt und – gegeneinander, miteinander, auf jeden Fall gegen die ArbeiterInnen – weitergeführt werden kann. ★

Anmerkungen:

1. Vgl. dazu: B. Gaciarz, W. Panków: »Fiat Auto Polen AG: Konflikte ohne Ende«, in: R. Deppe / M. Tatur (Hrsg.): *Ökonomische Transformation und gewerkschaftliche Politik: Umbruchprozesse in Polen und Ungarn auf Branchenebene*, Münster 1996.

2. V. Pešić: »Krieg um Nationalstaaten«, in: T. Bremer, N. Popov, H.-G. Stobbe (Hrsg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 26. Die Aufsätze in diesem Band, der schon 1995 mit Hilfe der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in Jugoslawien erschien, sind zwar politisch schrecklich europäisch und demokratisch, aber eine sehr informative Innenansicht der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Jugoslawien. Das Teil kostet unerschämte 98,- Mark.

3. Zur Entwicklung in den 80er und frühen 90er Jahren siehe Literaturliste.

4. »*Vukovar ist traditionell ein Symbol für die nationale [d.h. zwischen den nationalen Gruppen] und Klassensolidarität. 1988 haben die Arbeiter aus Vukovar ganz unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrer politischen Ausrichtung und ihrem Glauben einen sehr großen Streik organisiert. Ein Teil davon war eine große Demonstration in Belgrad vor dem jugoslawischen Parlament. Die Arbeiter sind damals ins Parlament eingedrungen und haben es besetzt. Es hat nur wenig gefehlt, und sie hätten die Macht erobert. Und genau aus diesen beiden Gründen – denn Vukovar hat ansonsten absolut keine strategische Bedeutung gehabt, um erobert werden zu müssen – mußte Vukovar zerstört werden. Die nationale und Klassensolidarität mußte zerstört werden. Die Kraft der Arbeiterklasse mußte zerstört werden.*« Der serbische Journalist Dragomir Olujić bei dem in Anmerkung 3 erwähnten Jugoslawien-Seminar 1995.

5. Beide Zitate: *Wildcat* London, a.a.O.

6. zur Wirtschaftspolitik bis 1994 vgl.: J. Reuter: »Die Wirtschaftskrise in der BR Jugoslawien. Reformen im Schatten von Krieg, Embargo und schleppender Transformation«, in *Südosteuropa*, 43. Jhg., 8/1994, S. 490.

7. vgl. zu Desertionen und Reservistenrevolten die Londoner *Wildcat*, a.a.O.

8. Einige der serbischen Milizen waren aus Fußball-Hools von Roter Stern Belgrad hervorgegangen. Ein aufstrebener Mafioso namens »Arkan« Ražnjatović machte aus einer chaotischen Schlägertruppe eine disziplinierte Killertruppe. Vgl. dazu I. Čolović: *Fußball, Hooligans und Krieg*, in *Serbiens Weg in den Krieg*, a.a.O.

9. Zum 94er Sparprogramm und der Wirtschaftsentwicklung bis 1996 vgl. J. Reuter: »Die Wirtschaft der BR Jugoslawien nach der Suspendierung der Sanktionen«, in *Südosteuropa*, 45. Jhg., 8/1996.

10. J. Reuter: »Die Wirtschaft der BR Jugoslawien ...«, a.a.O., S. 594. Reuter bezieht sich genüßlich auf die Kritik der jugoslawischen Wirtschaftszeitungen, die in dieselbe Richtung geht.

11. Friedrich-Ebert-Stiftung: *Die Innenseite des Regimes Milošević: Überleben ohne Reformen*, Politikinformation Osteuropa Online (<http://www.fes.de>), Juni 1997. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung ist übrigens eine der aggressivsten deutschen Organisationen in der »Transformation« Osteuropas: In Polen hatte sie 1995 z.B. 13 hauptamtliche Funktionäre, während die sonstigen deutschen Parteienstiftungen jeweils einen hatten.
12. W. Gruber: BR Jugoslawien«, in: *Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern 1997/98*, Osteuropa-Institut München, Working Papers Nr. 209, April 1998, S. 77.
13. Die meisten Manager sind übrigens nicht in der SPS von Milošević, sondern in der Jugoslawischen Linken seiner Ehefrau Mira Marković. Die JUL, die im Westen manche Leute für antinationalistische »GenossInnen« halten, ist sowohl vom Wähleranteil als auch von der sozialen Zusammensetzung her eine Art jugoslawische FDP.
14. Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.
15. beide Zitate: Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.
16. C. Gerstberger: »BR Jugoslawien (Serbien-Montenegro)«, in: *Mittel- und Osteuropa Perspektiven – Jahrbuch 1998/99*, Band 1, S. 54.
17. Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.
18. Osteuropa-Institut, a.a.O.
19. T. Hofnung: »Mythen und Devisen. Die serbische Krise und das System Milošević«, in *Le Monde Diplomatique*, April 1999, S. 6.
20. Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O.
21. *Frankfurter Rundschau*, 10.4.1999.
22. *Zaginflat* no. 43, 20.04.1998. *Zaginflat* ist ein anarchistisches E-Magazine aus Zagreb, zap_zg@geocities.com; <http://www.geocities.com/CapitolHill/Senate/3707/>

Geopolitische Aspekte des Kriegs in Jugoslawien

Solange das militärische Gleichgewicht zwischen den Blöcken bestand und das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit anhielt, herrschte in Europa eine ungeahnt stabile politische Situation. Im Westen entfaltete sich aber seit den 70er Jahren und mit aller Deutlichkeit seit der ersten Hälfte der 80er Jahre die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, eines Systems, das seitdem halb kollabiert mit krampfhaften Bemühungen gegen seinen Zusammenbruch kämpft. Die Verzweigung der Herrschenden drückt sich auch darin aus, daß sie größere Risiken eingehen bei politischen Aktivitäten, die dem System geographisch und ökonomisch neue Akkumulationsräume erschließen sollen.

Mit dem Umsturz des sowjetischen Systems und der Auflösung des Warschauer Pakts entstand eine neue Machtkonstellation, die dem Westen Handlungsspielräume erschloß. Osteuropa wird in den wirtschaftlichen und militärischen Einflußbereich des Westens integriert; abweichende oder störende Strukturen oder Einflüsse Rußlands werden in diesem Raum nicht mehr geduldet. Dabei wird auch das Risiko eines Konfliktes mit Nuklearwaffen in Kauf genommen. Um ihren Raum dagegen zu schützen und noch mehr »Handlungsspielraum« zu gewinnen, aktivieren die USA jetzt auch wieder die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems (National Missile Defense, NMD), das in den Abrüstungsvereinbarungen START untersagt worden war, und verzichten darauf, die letzten Abrüstungsvereinbarungen durch die Duma ratifizieren zu lassen. Der »Übergang zur Demokratie«, wie sich die Einführung des alten, krisenhaften Systems in den ehemaligen realsozialistischen Länder nennt, beinhaltet die »Stabilisierung«, d.h. die Etablierung politischer Verhältnisse und Strukturen, die sich nicht verändern und für den Kapitalismus günstig sind, und die »Irreversibilität«, d.h. die Zerschlagung aller Strukturen, die die Umkehrbarkeit der Verhältnisse ermöglichen könnten. Es geht um Zerschlagung der Wirtschaftsstrukturen, Deindustrialisierung und Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Die strategischen Implikationen des NATO-Krieges in Jugoslawien weisen aber weit über den europäischen Raum hinaus. Auf dem Rücken des Proletariats der Balkanregion führen die USA unter Einbeziehung ihrer europäischen Alliierten einen Krieg, dessen geostrategische Bedeutung durch die vorgeblichen Anlässe kaum mehr verhüllt werden. Drei wesentliche Ziele treten hervor:

- die geostrategische Rolle Rußlands entscheidend zu schwächen, seinen Einfluß auf sein Territorium zu beschränken (d.h. nicht, daß der Wirtschaftsraum Sibiriens vom US-Einfluß verschont bleiben wird), und Rußland vom direkten Zugang zum Mittelmeer auszuschließen; den osteuropäischen Raum bis an die Grenzen Rußlands und Weißrußlands insgesamt als geschlossenes De-facto-NATO-Gebiet zu definieren, in dem die russischen Einflüsse restlos eliminiert sind; die Ausbeutung der Ressourcen und ihrer Transportwege in diesem Raum und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion bis hin zur chinesischen Grenze zu kontrollieren; in diesem Zusammenhang die Türkei als geostrategischen Dreh- und Angelpunkt zwischen dem Balkan und den turksprachigen Staaten zu konsolidieren.
- die NATO unter US-Dominanz als weltweit einzige militärische Macht zu etablieren, die in der Lage ist, in Europa und anderswo uneingeschränkt und mit selbstdefinierten, von der UN unabhängigen Mandaten zu intervenieren; mit der Neudefinierung der NATO-Strategie und deren Erprobung auf dem Balkan die militärische Intervention zu einer wesentlichen Option politischen Handelns zu machen und damit eine größere unabhängige politische Rolle der EU zu verhindern.
- den osteuropäischen Raum in seiner Gesamtheit auf Dauer irreversibel als frei verfügbare Interessensphäre kapitalistischer Ausbeutung zu stabilisieren; die Zerschlagung des rigiden Status quo der Ausbeutung, den die jugoslawische Regierung nicht durchbrechen konnte; die Prekarisierung der renitenten Proletarier der Balkanländer. Diese sind nicht nur Zielscheibe der geostrategischen kapitalistischen Interessen, sondern selbst auch Schlachtopfer des Krieges und zwar keineswegs nur symbolisch.

Das Öl am Kaspischen Meer

Schon in der Phase des Zusammenbruchs des zaristischen Rußland und der Anfangsphase der Sowjetunion versuchte Großbritannien, Zugriff auf die Erdölvorräte unter dem Kaspischen Meer zu erhalten, indem es ein unabhängiges Aserbeidschan unterstützte. Der Zugriff auf dieses Öl war auch das wichtigste Kriegsziel der deutschen Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Ende der Sowjetunion standen diese Vorräte wieder im Zentrum von Auseinandersetzungen. Die USA und ihre islamischen Aktionäre im arabischen Raum führten einen indirekten Krieg mit Rußland um Macht und Einfluß in diesem Gebiet, das vom Schwarzen Meer/Kaukasus über die Anliegerstaaten des Kaspischen Meers bis zur Trasse östlicher Pipelines nach Pakistan reicht. Dabei spielten sie beliebige ethnische und religiöse Karte aus, rüsteten Aufständische aus und unterstützten Putschisten

Aus *Afghanistan* wurden Rußland und seine dortigen Interessenvertreter in einem fürchterlichen Abnutzungskrieg von islamistischen Gruppierungen hinausgeworfen, die von Anfang an von den USA und Saudi-Arabien finanziert und ausgerüstet worden waren. Nachdem diese Fundamentalisten die USA in die Hand bissen, indem sie weltweite antiamerikanische Operationen unterstützten und ihr Land dafür zum Stützpunkt machten, und sie auch derzeit nicht zu beseitigen sind, zerschlug sich die geplante *Süd-Osttrasse* für den Transport von Erdöl und Gas zum Arabischen Meer.

Am *Kaspischen Meer* standen die ölproduzierenden Länder und die Transitländer der *West- und Südwesttrassen* im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Nach mehreren Staatsstreich, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und plötzlichen Todesfällen hat sich Alijew, früher KGB-Vorsitzender und Mitglied des Politbüros der Sowjetunion, zusammen mit seinen Anhängern als Machthaber in *Aserbeidschan* etabliert; er ist heute ein zuverlässiger Vorposten westlicher Interessen. Ebenso haben in *Kasachstan* und *Turkmenistan* ehemalige Führungskräfte der KPDSU und erfahrene Organisatoren des Staatsapparats die Verhältnisse stabilisiert und sich als Förderer westlicher Wirtschaftsinteressen erwiesen. Von »Demokratie und Menschenrechten« im Sinne der NATO-Doktrin kann bei diesen Staaten keine Rede sein. Wichtiger Drahtzieher der US-Interessen in diesem Raum ist die *Türkei*, die zur Regierungszeit Özals eine großtürkische Offensive einleitete und Kooperationsverträge mit vielen turksprachigen Ländern der Region abschloß. Dem Bau der kürzesten Trasse Aserbeidschan-Adana/Türkei steht nur der Krieg in Kurdistan und der Iran mit seinen konkurrierenden Interessen im Wege.

Besonders umkämpft waren die Trassen vom Kaspischen Meer nach Westen nördlich und südlich des Kaukasus. Die *nordkaukasische Trasse*, die Rußlands Einfluß gesichert hätte, wurde durch den tschetschenischen Aufstand blockiert, ebenso wie die wichtigsten Ölverarbeitungsanlagen Rußlands. Im *Tschetschenienkrieg*, dem in erster Linie und bestimmt nicht zufällig russische Ölarbeiter zum Opfer fielen, konnte Rußland seinen Einfluß nicht stabilisieren. Die Situation ist noch immer labil und gefährdet die verletzte Transport- und Verarbeitungsinfrastruktur des Öls in der nordkaukasischen Region. Ausweichtrassen von Astrachan am Nordende des Kaspischen Meeres nach Noworossijsk können das Problem für Rußland nicht lösen, denn der NATO-Krieg in Jugoslawien verhindert den Weitertransport des Öls über Bulgarien und Jugoslawien zum Mittelmeer. Der Bosphorus wurde von der Türkei für Öltransporte gesperrt; nach einer Niederlage Serbiens würden andere Wege zum Mittelmeer über euroamerikanisches Gebiet laufen.

Die *südkaukasische Trasse* schien lange nicht realisierbar, weil in allen Staaten, die sie durchkreuzt, in den letzten zehn Jahren Bürgerkriege, ethnische Auseinandersetzungen und zwischenstaatliche Kriege stattfanden, die kaum eine

Region ausließen: Bürgerkrieg in Aserbeidschan, Krieg um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbeidschan, Bürgerkrieg in Georgien um die Regierungsgewalt und mit separatistischen Bewegungen um Autonomie von ethnischen Regionen. In all diesen Kämpfen waren russische Truppen, Berater und Ausrüstungen genauso involviert wie amerikanisches Kapital und türkische Militärberater. In allen Ländern des Südkaukasus setzten sich letztlich die westlichen Interessen durch; es wurden Regierungen etabliert, die von der finanziellen Unterstützung des Westens abhängig sind, so daß im April 1999 die Pipeline vom Kaspischen zum Schwarzen Meer durch Aserbeidschan und Georgien eröffnet werden konnte. Für die großen Ölkonzerne des Westens kann so die Öl- und Gasquelle zu sprudeln beginnen, die in Aserbeidschan, Turkmenistan und Kasachstan mit riesigen, in Vorleistung erbrachten Investitionen neu erschlossen wurde. Als Schlußpunkt fehlt nur noch der ungestörte Transfer durch den Balkan nach Zentraleuropa und zum Mittelmeer.

Europa

Für die EU-Staaten ist der jetzige NATO-Krieg der Schlußpunkt der von ihnen eingeleiteten Zerschlagung der Jugoslawischen Föderation. Noch in der Phase des Zusammenbruchs des realsozialistischen Blocks und auch danach war Jugoslawien ein Symbol für relative Unabhängigkeit von der Aufteilung in globale Interessensphären. Gleichzeitig hatte dort die Klassenauseinandersetzung ein Niveau erreicht, auf dem eine Intensivierung der Ausbeutung blockiert war. Somit stellte Jugoslawien ein wirkliches Hindernis für die vollständige Einverleibung Osteuropas und des Mittelmeerraumes und für die Verbindung zum Schwarzen und zum Kaspischen Meer dar. In der ersten Phase reichte die Förderung des ethnischen und religiösen Separatismus und die Aufrüstung der Abspaltungsarmeen aus; doch in der Auseinandersetzung um Bosnien stießen solche Mittel an ihre Grenzen: statt zur Vereinheitlichung einer Sphäre kapitalistischer Expansion führten sie zu einer Aufspaltung in Einflußsphären, was den Interessen der EU zuwiderlief.

Die neue NATO-Strategie

Die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems und die Bemühungen, den Zusammenbruch zu vermeiden, sind der Grund, warum die NATO ihre Ziele und Einsatzmöglichkeiten neu definierte. In 65 Punkten wurde zum 50. Gründungstag die bisherige Strategie verändert, ohne daß diese Veränderungen einem einzigen Mitgliedsparlament zur Ratifizierung vorgelegt wurden.

Bisher war laut Vertrag der Einsatz von NATO-Truppen auf die Territorialverteidigung gegen Angriffe auf einen Mitgliedsstaat beschränkt. In der jetzt in

Washington verabschiedeten neuen Fassung ist dagegen auch von Einsätzen gegen »Risiken umfassender Natur« die Rede, die die »Sicherheitsinteressen des Bündnisses« bedrohen. Im Wortlaut: *»Zu diesen Risiken gehören Ungewißheit und Instabilität in und um den euro-atlantischen Raum. (...) Einige Länder sehen sich ernststen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten gegenüber. Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten können zu lokaler und selbst regionaler Instabilität führen. Die daraus resultierenden Spannungen könnten zu Krisen führen, die die euro-atlantische Stabilität berühren, sowie zu menschlichem Leid und bewaffneten Konflikten. Solche Konflikte könnten, indem sie auf benachbarte Staaten einschließlich NATO-Staaten übergreifen oder in anderer Weise, auch die Sicherheit des Bündnisses oder anderer Staaten berühren. (...) Die Sicherheit des Bündnisses muß jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können auch von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen.«*

Hier wird ein Spektrum von Anlässen beschrieben, das so allgemein und umfassend ist, daß jedes wirtschaftliche Hemmnis, jede politische Veränderung, die kapitalistische Interessen berührt, jeder drohende Erfolg von Arbeiterkämpfen als Begründung für eine NATO-Intervention dienen könnte – und zwar auch außerhalb der euro-atlantischen Region und ohne Mandat der UN. Als Bestandteil der neuen »Friedensordnung« – wie er die Kriegssatzung nennt – werden von US-Botschafter Kornblum ausdrücklich auch die *»Konsolidierung der Demokratie in Zentral- und Osteuropa«*, die *»Bewältigung lokaler Krisen in mehreren Teilen der Welt«* und die *»Zusammenarbeit beim Aufzeigen von Lösungen für eine mögliche weltweite Finanzkrise«* genannt (nzz, 3.6.99). Die USA als einzige derzeitige Weltmacht will Weltinnenpolitik betreiben: Sie definieren die Welt nach ihren Interessen und ahnden alle Verstöße gegen dieselben.

Dadurch ziehen die USA aber auch die Wut weiter Teile der Weltbevölkerung auf sich. Um zu verhindern, daß europäische und andere Staaten diese verhaßte Rolle des Weltpolizisten USA für eigene Interessen ausnutzen, versuchen die USA, die anderen NATO-Staaten voll und weltweit in diese Rolle miteinzubinden. Der Jugoslawienkrieg ist dafür eine Nagelprobe.

Die USA werden zu verhindern versuchen, daß sich dem einen Machtpol jemals wieder irgendein anderer entgegenstellt. Ein Hindernis wird mit militärischen Mitteln aus dem Weg geräumt, der Einfluß Rußlands in Osteuropa wird weiter zurückgedrängt und gleichzeitig werden die europäischen Helfer auf ihre Zuverlässigkeit geprüft. Die USA haben sich wieder als »europäische Macht« etabliert. Wie Clinton am 23.3.1999 sagte, würde dieser Krieg, wenn er erfolg-

reich ist, den Führungsanspruch der USA in Europa entscheidend festigen. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens der Zustimmung des UN-Sicherheitsrats würde garantieren, daß kein kollektives Sicherheitssystem in Europa geschaffen würde.

Die neue Doktrin ist auf alle Staaten anwendbar, die militärisch erheblich unterlegen sind. Genau deshalb wirkt sie als Herausforderung für alle Staaten, sich in den Besitz von Atomwaffen zu bringen, um die Aktionsschwelle für die USA hochzuschrauben.

Die neue NATO-Strategie könnte auch als Muster für den ostasiatischen Raum dienen, wo die USA den Einfluß Chinas auf sein Territorium beschränken wollen. Die Bombardierung der chinesischen Botschaft war möglicherweise ein kleiner, drohender Hinweis an China, daß die USA die Entstehung einer weiteren Weltmacht nicht dulden würden. ★

Zur Situation im Kosovo

Mehrmals in diesem Jahrhundert war die Trennung in »Albaner« und »Serben« für Mord und Vertreibung im Kosovo gut. Als nach dem ersten Balkankrieg das Kosovo wieder an Serbien angegliedert wurde, gingen die neuen serbischen Herren gewalttätig gegen die albanischen Kosovaren vor. Umgekehrt kam es im Ersten Weltkriegs, als die serbische Armee sich zurückziehen mußte, zu Vertreibungen der serbischen Bevölkerung. In der Zwischenkriegszeit wurden Albaner und Türken vertrieben. Insbesondere während des Zweiten Weltkriegs kam es wieder zu massiven Vertreibungen der ethnisch serbischen Bevölkerung aus dem Kosovo, das bis 1943 dem italienischen Marionettenstaat Großalbanien angegliedert und dann Rekrutierungsfeld der SS-Division Skanderbeg war.

Bereits unmittelbar nach der Befreiung von der faschistischen Besatzung führten anti-kommunistische Partisanenverbände bewaffnete Aktionen im Kosovo durch. Diese Widerstandsbewegung konnte zwar mit Hilfe der albanischen Kommunisten niedergeschlagen werden, doch anders als in den übrigen Gebieten Jugoslawiens und Albaniens blieben die Kommunisten im Kosovo zunächst eine verschwindende Minderheit. So stieß auch die Bildung eines einheitlichen jugoslawischen Staates im Kosovo wenn nicht auf offenen Widerstand, so doch zumindest auf verhaltene Ablehnung.

Nach der Abkehr Jugoslawiens vom sozialistischen Block unter Führung Moskaus 1948 komplizierten sich auch die Beziehungen zum Nachbarland Albanien. Der Traum von einer Balkan-Konföderation unter Einbeziehung Alba-

niens und Jugoslawiens war ausgeträumt. Die albanischen Kosovaren galten dem jugoslawischen Staat für lange Zeit als potentielle Kollaborateure mit dem gegenrischen albanischen Regime. Die Säuberungswellen gegen moskauorientierte Kommunisten in den folgenden zwei Jahrzehnten richteten sich im Kosovo speziell auch gegen die Gefahr einer Verschmelzung von stalinistischer und albanisch-nationalistischer Opposition.

Erst Mitte der 60er Jahre entspannte sich die Situation. Ein großangelegtes staatliches Entwicklungsprogramm förderte vor allem den Bergbau und die Energieindustrie. Parallel dazu wurde der Bildungssektor in einem Maße ausgebaut, dem die reale wirtschaftliche Entwicklung hinterherhinkte. Die wenigen neu entstandenen Arbeitsplätze in den geförderten Industrien konnten die Landflucht, die die Modernisierungsmaßnahmen ausgelöst hatten, nicht auffangen. Die weiterhin existierende Subsistenzproduktion und die Familienverbände milderten zwar die zunehmende Arbeitslosigkeit; sie ließ sich Ende der 70er Jahre aber auch in offiziellen Zahlen nicht mehr leugnen.

Diese Entwicklungen gingen einher mit einem rapiden Bevölkerungswachstum in der Region (die höchste Geburtenrate Europas) und einer Abwanderung serbischer wie albanischer Bevölkerungsteile, die für sich im »Armenhaus Jugoslawiens« keine Zukunft sahen und Arbeit in anderen Teilen Jugoslawiens oder in Westeuropa suchten. Der albanische Bevölkerungsanteil im Kosovo erhöhte sich in diesen Jahren von zwei Dritteln auf über 80 Prozent. Diese Abwanderung von Serben aus wirtschaftlichen Gründen wurde von serbischen Nationalisten schon früh als Beweis für die »Vertreibung« seitens der albanischen Bevölkerungsmehrheit benutzt.

Aufgrund immer wieder aufflammender Protestaktionen gestand die jugoslawische Regierung dem Kosovo Ende der 60er Jahre immer größere Autonomie zu, was die Herausbildung einer eigenen Führungsschicht beschleunigte. 1974 erreichte das Kosovo den Status eines autonomen Gebiets innerhalb Jugoslawiens mit eigenem Parlament, Polizei und Vetorecht innerhalb der jugoslawischen Konföderation, aus der es jedoch nicht austreten konnte, da es weiter zur Republik Serbien gehörte.

Nach dem Tode Titos im Mai 1980 verstärkten sich die Bestrebungen der kosovarischen Verwaltung und der Bevölkerung, Republikstatus innerhalb Jugoslawiens zu erlangen. Die Revolten und Demonstrationen der folgenden Jahre waren oft mit einer solchen Forderung verbunden. Anfang der 80er Jahre entstand in der Verbindung von politischem Protest und Streikbewegungen eine Allianz aus Intellektuellen und Arbeitern, die bis Anfang der 90er Jahre für die Aufstandsbewegungen bestimmend war. Nach der Niederschlagung der Bewegungen Anfang der 80er Jahre entstanden zahlreiche Untergrundzirkel, die sich zum »Mutterland« Albanien hinwandten und sich an den Ideen Enver Hodschas orientierten. Diese Gruppen existierten sowohl im Exil als auch im Kosovo

selbst und wurden teilweise vom albanischen Geheimdienst betreut. In diesen militanten »envaristischen« Gruppen sind die organisatorischen Wurzeln der heutigen Guerilla-Armee UÇK zu finden.

Nach 1981 nahm die Auseinandersetzung zwei Wege. Einerseits wurde die albanische Opposition gezielt unterdrückt. Die intellektuellen Köpfe dieser Opposition, Hunderte von Professoren und Lehrern wurden aus dem Staatsdienst entlassen. Andererseits wurde das Kosovo in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als mittelalterliches serbisches »Kernland« zum Symbol eines gezielt geschürten neuen serbischen Nationalismus.

Die breite kosovarische Generalstreikbewegung im Frühjahr 1989 veranlaßte die jugoslawische Bundesregierung, auch formal den Autonomiestatus für das Kosovo aufzuheben, der durch die Ausrufung des Ausnahmestands schon seit Ende der 80er Jahre außer Kraft gesetzt war. Innerhalb des zerfallenden Jugoslawiens war die Region nun wieder zu 100 Prozent ein Teil Serbiens. Gegen die Proteste der Bevölkerung setzte die jugoslawische Regierung bereits damals auf Panzer, Flugzeuge und Verstärkung der Polizeieinheiten. Die Situation eskalierte dennoch (noch) nicht.

Trotz (oder wegen) der fortgesetzten Repression wurde 1990 im Kosovo ein eigenes Parlament gewählt, und die neue Regierung erklärte die Unabhängigkeit der Region. Angesichts der Kräfteverhältnisse innerhalb Jugoslawiens war diese Unabhängigkeitserklärung eher der Ausdruck eines Wunsches als die Feststellung einer Tatsache. Der sich bereits damals abzeichnende Konflikt ging aber zunächst in den Kriegen in den anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens (zunächst Kroatien, später Bosnien) unter. In dieser Zeit entwickelte sich im Kosovo eine Untergrundrepublik, ein »Staat im Werden«. Dieser Parallelstaat organisierte gegen die Serbisierung des Bildungswesens ein eigenes Schulsystem in Privatwohnungen bis hin zur Universität. Es gab ein unterentwickeltes, aber vom serbischen Staat unabhängiges Gesundheitswesen, und die »Republik Kosovë« trieb Steuern ein. Eine wichtige Basis dieser Republik im Untergrund war der Pazifismus, den die Intellektuellen um Rugova quasi zur Staatsräson machten und der eine breite Basis in der Bevölkerung hatte. So verzichtete dieser »Staat« auf Militär oder Polizei und verhinderte die Eröffnung einer zweiten Front im Kosovo während des Kroatien-Krieges.

Nachdem 1995 im Abkommen von Dayton die Grenzen der Republik Serbien und damit Kosovo als Teil Serbiens international festgeschrieben wurden, veränderte sich auch das Verhältnis der Kosovo-Albaner zum bewaffneten Widerstand. Die UÇK, deren Gründung bereits 1992 bekanntgegeben worden war, deren Existenz aber immer wieder angezweifelt wurde, hatte die letzten Jahre damit verbracht, ein Netz von Militanten zu organisieren. 1996 verübte die UÇK Bombenanschläge auf fünf serbische Flüchtlingslager in der Krajina und mehrere Anschläge auf serbische Polizisten. Die Untergrundarmee stützte sich auf die

im Kosovo vorhandenen Clanstrukturen. Das verschaffte ihr eine starke lokale Verankerung und die Möglichkeit, Informationen über »Kollaborateure« zu erhalten, die systematisch liquidiert wurden. War die Bewaffnung zunächst ein Problem, so gelangten nach dem Volksaufstand in Albanien 1997, massenhaft Waffen an die Untegrundkämpfer. Im November 1997 traten UÇK-Kämpfer erstmals öffentlich - verumumt und in Uniform - bei einem Begräbnis auf.

Zu diesem Zeitpunkt, heißt es, kontrollierte die UÇK bereits einen Teil des Kosovo. Daraufhin wurden Anfang 1998 die serbischen Militär- und Polizeieinheiten verstärkt, was die Auseinandersetzungen weiter verschärfte. Am 2.3. wurde eine Großdemonstration in Priština gegen die »serbische Terrorherrschaft« von der Polizei brutal zusammengeknüpelt. Am 4.3.1998 töteten serbische Polizeieinheiten 80 Menschen beim Sturm auf das Anwesen Adem Jascharis, einem albanischen Hardliner, von dem es heißt, er wäre kein politisch organisierter UCK-Militanter gewesen, sondern ein Raufbold, der bereits mehrmals auf Serben geschossen hatte.

An diesem Punkt war die Dynamik im Kosovo nicht mehr zu bremsen. Einerseits bewaffneten sich Teile der Bevölkerung und schlossen sich der UÇK an (was oft einfach hieß, daß sich eine bewaffnete Gruppe fortan UÇK nannte). Andererseits reagierten serbische Polizeieinheiten mit brutalen Übergriffen, um das für sie nicht zu lösende Gewirr sozialer Beziehungen zu zerschlagen. Familien wurden aus ihren Häusern getrieben und ermordet, wie in dem kosovarischen Dorf Lukshan, wo alle zehn männlichen Angehörigen der Familie des ehemaligen Bürgermeisters (zwischen 16 und 40 Jahren alt) erschossen oder erschlagen wurden. Der Terror der Polizei führte wiederum dazu, daß sich weitere Leute bewaffneten, und andere ihr Heil in der Flucht suchten.

Am 9.3.98 kam es noch einmal zu Demonstrationen Hunderttausender von Kosovo-Albanern gegen den Polizeiterror, die teilweise verhindert wurden, andernorts unter starker Präsenz der Bullen stattfinden konnten.

Zu dieser Zeit scheinen auch serbische Paramilitärs, die teilweise schon Erfahrungen aus den vorangegangenen Kriegen haben, ins Kosovo verlegt worden zu sein. In diesem Zusammenhang ist auffällig, daß in Verbindung mit Massakern und Vertreibungen bis Anfang 1999 fast ausschließlich von serbischen Polizeieinheiten die Rede war. Das Militär, von dem es hieß, es würde sich mehr als die Regierung der »jugoslawischen Idee« (eines Vielvölkerstaates) verbunden fühlen, schien dem kriegerischen Treiben größtenteils zuzuschauen.

Im Verlauf der Kämpfe verhärteten sich die Fronten zwischen der albanischen Bevölkerung im Kosovo und der serbischen, die zum Teil erst nach ihrer Vertreibung aus der kroatisch gewordenen Wojwodina dort angesiedelt worden war. Es kam zu serbischen Demonstrationen unter dem Motto 'Kosovo ist serbisch' und zu Aktionen der serbischen Studenten in Pristina gegen die Wiedereinführung albanischer Fakultäten.

Andererseits sahen viele Kosovo-Albaner für sich keine Möglichkeit mehr für ein Leben innerhalb (Rest-)Jugoslawiens. Ihre Forderungen richteten sich nicht mehr auf die Wiederherstellung des alten Autonomiestatus, sondern grundsätzlich gegen das »serbische Terrorregime«, insbesondere nachdem der ultrarechte serbische Nationalist Vojislav Seselj, der im Bosnienkrieges als Milizenchef für das Programm ethnischer Säuberungen eingetreten war, stellvertretender Ministerpräsident geworden war.

Bis zum Sommer wurden die Vertreibungsaktionen ausgeweitet. Die serbischen Bullen richteten zahlreiche Straßensperren ein, kontrollieren Autos und Busse, wobei Insassen geschlagen und zum Teil schwer verletzt wurden. Die Säuberungen wurden im Kosovo als Kampf gegen die »Terroristen« durchgeführt. Ganze Dörfer wurden mit schwerer Artillerie angegriffen und zerstört, »um die Polizeieinheiten nicht unnötig zu gefährden«. Wo die Menschen aus den Häusern getrieben wurden, wurden diese anschließend unbewohnbar gemacht oder angezündet.

Die Terroraktionen der serbischen Bullen und Paramilitärs haben das geleistet, was sie sollten. Sie lösten eine Flüchtlingswelle aus. Im Sommer 1998 befanden sich mehrere 10 000 Menschen auf den Straßen oder in den Wäldern des Kosovo, andere flüchteten nach Montenegro oder Albanien. Insgesamt waren ca. 100 000 Menschen (das UHNCR sprach von etwa zehn Prozent der Bevölkerung) auf der Flucht. In Mitrovica löste die serbische Polizei ein Camp, in dem sich 40 000 Flüchtlinge befanden, gewaltsam auf. Flüchtlinge, die das Krankenhaus von Pristina aufsuchten, mußten sich zunächst einem Polizeiverhör stellen.

Als die NATO im Herbst 1998 mit Luftangriffen gegen Serbien drohte, zog das Regime zunächst Teile des Militärs und der Polizei aus dem Kosovo zurück. Im März 1999 erklärte die NATO die Verhandlungen von Rambouillet für gescheitert und begann mit massiven Luftangriffen auf das gesamte jugoslawische Territorium. Ein Schwerpunkt dieser Angriffe lag im Kosovo. Dennoch verlegte die serbische Armee neue Verbände in die Region und begann dort eine neue Offensive gegen die albanische Bevölkerung. Umgekehrt unternimmt auch die mittlerweile zur »Bodentruppe der NATO« avancierte UÇK nationalistische Säuberungen gegen den serbischen Bevölkerungsteil.

Die Verschärfung der Vertreibungsmaßnahmen und die Luftangriffen haben die soziale Struktur des Kosovo endgültig zerstört. Der Krieg offenbart sich als Vernichtungskrieg gegen eine widerständige soziale Struktur. Die bewaffneten und mobilen Arbeiter-Bauern des Kosovo stellen einen auch fürs westliche Kapital gefährlichen Sprengstoff dar. Insofern liegt die Vernichtung der kosovarischen Gesellschaft und die angestrebte Kontrolle der Flüchtlinge durch die NATO sowohl in der Logik des serbischen Regimes wie in derjenigen der NATO. ★

Geschichtsrevisionismus und Krieg

»The World Turned Upside Down« – Die Welt stand Kopf:

Mit dieser Metapher charakterisierte der Historiker Christopher Hill in den 70er Jahren jenes emanzipatorische Aufbegehren, das in der englischen Revolution mit seinen radikalen Forderungen nach sozialer, wirtschaftlicher, politischer und religiös-kultureller Gleichheit zwischen den Menschen und Geschlechtern zu seinem Ausdruck fand.¹ Diese Parolen haben die Geschichte der Neuzeit seither über Jahrhunderte in Atem gehalten.

Seit einigen Wochen steht die Welt wieder einmal Kopf, aber im schreienden Gegensatz zu diesem bahnbrechenden Revolutionsereignis der Neuzeit. Nicht Gleichheit wird eingefordert und keine Potentaten stürzen, sondern die Mächtigen von heute kehren die dunkelsten Seiten der Weltgeschichte nach oben. Die Barbarei, die schon zweimal in diesem Jahrhundert Weltkriege mit ausgelöst hat, kehrt wieder – in Gestalt von »ethnischen Säuberungen« und grauenhaften Massakern, aber auch im fast rückstandslosen Wegbrennen von Flüchtlingsstrecks und der Vernichtung der Insassen von Linienbussen und Schienenfahrzeugen im High Tech-Krieg.

In solchen Konstellationen hat die kritische, der *conditio humana* verpflichtete, Geschichtsarbeit ihren Platz zu räumen. Nachgefragt werden statt ihrer historische Mythen, Begriffsumdeutungen und zynisch gefertigte Ikonen, die die Akteure der Gemetzel zu Menschenrechtsaposteln stilisieren und ihre Untaten als moralische Veranstaltungen im Dienst der Menschheit lobpreisen.

Der Geschichtsrevisionismus hat diesen Weg in die neue Barbarei entscheidend mitgebahnt. Seine Vordenker sind an ihrem insgeheim verfolgten Ziel angelangt und haben ihre Botschaft umzusetzen begonnen. Für sie ist der Krieg eine selbstverständliche Fortsetzung von Machtpolitik mit anderen, noch gewalttätiger zupackenden Mitteln. Bis sie so weit waren, mußten die Adepten des historischen Revisionismus in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten unterschiedliche Etappen durchlaufen.

Mit diesen Entwicklungsphasen will ich mich im folgenden kritisch auseinandersetzen, und zwar in der Absicht, sie auf ihre Funktionen im Kontext der aktuellen Kriegspropaganda zurückzubeziehen und einen Beitrag zur Stärkung des Widerstands zu leisten. Denn erst in den vergangenen zwei Monaten hat sich das Bild gerundet. Seit der Geschichtsrevisionismus offen als Produzent

und Lieferant von Kriegspropaganda daherkommt, überstürzen sich nicht nur die Selbstzeugnisse seiner Akteure, sondern gewinnt er auch in seinen Aussagen und Zielkonstruktionen an Schärfe und Klarheit. Wenn wir uns heute, in diesen Wochen des Kriegs, kritisch mit dem Geschichtsrevisionismus auseinandersetzen, dann geht es nicht mehr um einen wie polemisch auch immer ausgetragenen Wissenschaftsstreit. Auf der Tagesordnung stehen Identitätsfragen, die nicht wir aufwerfen, sondern die uns der zum Instrument der Psychologischen Kriegführung vollendete Geschichtsrevisionismus aufzwingen hat.

1) Die mentale Eliminierung der sozialistischen Alternative

Am Anfang stand die mentale und institutionelle Beseitigung aller Ansätze zu einer sozialistischen und somit antiimperialistischen wie antinationalistischen Politik. Dabei können wir im Rückblick zwei Entwicklungsetappen unterscheiden.

In der ersten Phase ging es zunächst nur darum, den Realsozialismus zu delegitimieren. Dabei hatten die Geschichtsrevisionisten leichtes Spiel. Niemand bestreitet, daß die staatskapitalistischen Regimes Ost- und Südosteuropas sowie Ostasiens Ruinen der sozialistischen Utopie waren, die die großen geschichtlichen Alternativentwürfe zu einer befreiten und egalitären Gesellschaft unter sich begraben hatten. Aber weder unsere Trauer darüber noch unsere seit Jahrzehnten daran geübte Kritik waren das Anliegen der Geschichtsrevisionisten, als sie sich daranmachten, die Elfe der Totalitarismustheorie an den Realsozialismus anzulegen. Gleichwohl sind ihre Theoretiker dabei so vorgegangen, daß auch die durch den Realsozialismus zerstörten Alternativen einem allgemeinen Verdikt verfielen, weil sie ja mehr noch als dieser selbst als Ansätze zu einer eigentumslosen und herrschaftsfreien Gesellschaft Todfeinde der Gesellschaftsordnung der »freien Welt« darstellten.

Geschichtlich entstand die Totalitarismustheorie als antikommunistische Leitdoktrin des Kalten Kriegs.² Nach ihrem Desaster in der internationalen Sozialrevolte der 60er Jahre wurde sie 1979/80 im Kontext des Raketen-Nachrüstungsbeschlusses der NATO neu aufgelegt. Ihre endgültige Wiedergeburt erlebte sie exakt zehn Jahre später im Angesicht des Untergangs des Realsozialismus. Bis Mitte der 90er Jahre erhielt sie sogar parlamentarische Weihen durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags und wurde zum herrschenden Kanon vieler Denkfabriken in Deutschland und Europa.

In methodischer Hinsicht war und ist die Totalitarismuskonstruktion ein langweiliges wie schlicht gestricktes politikwissenschaftliches Konstrukt, das lediglich zur Erzeugung kompromißloser Freund-Feind-Schemata taugt.

Es handelt sich erstens um eine manichäische Schwarz-Weiß-Typologie aus Bild und Gegen-Bild. Als Vorderseite fungiert der repräsentativ-demokratische

Verfassungsstaat, und von hier aus wurde die »totalitäre Diktatur« mit ihren Schlüsselmerkmalen (Ein-Parteiherrschaft, Terror, fehlende Gewaltenteilung, Mißachtung der individuellen Menschenrechte usw.) entworfen.

Dabei blieb zweitens der normative Bezugspunkt der Vorderseite unhinterfragt und unhinterfragbar. Es war und ist streng verboten, die Machtstrukturen des »freien Westens« ihrerseits kritisch zu durchleuchten oder mit denen des Realsozialismus zu vergleichen.

Das Modell ist drittens völlig statisch und unfähig, gesellschaftspolitische Veränderungen zu reflektieren. Die auf die politischen Herrschaftsstrukturen eingegrenzten Merkmalsbündel weisen keinerlei Querbeziehungen zu jenen Bezugssystemen auf (Wirtschaft, gesellschaftliche Verhältnisse, Kultur), die erst in ihrem Ensemble eine bestimmte Gesellschaftsformation begreifbar machen. Die heute so entscheidende Tatsache, daß der Realsozialismus aller Spielarten offensichtlich ungeheure Energien darauf verwenden mußte, um die durch ihn gebändigten ethnischen Nationalismen am gegenseitigen Abschlichten zu hindern, hat in der Debatte der Totalitarismustheoretiker nie eine Rolle gespielt.

Viertens kann die Totalitarismustheorie in ihren essentialistischen Aussagen niemals kritisch-empirisch überprüft werden, weil sie sich grundsätzlich oberhalb von Evidenz und Wirklichkeit befindet.

Fünftens ist der Freiheitsbegriff der Totalitarismustheorie auf die »Wirtschaftsfreiheit« der »freien Märkte« beschränkt und transportiert Freiheitsrechte letztlich nur für Kapitaleigner und Vermögensbesitzer. Soziale Rechte und soziale Gleichheit sind dieser Doktrin grundsätzlich fremd.

Die Totalitarismustheoretiker verwechseln sechstens die Totalität des historischen Prozesses als dialektische Vermittlung von Allgemeinem, Besonderem und Individuum mit der unumschränkten Herrschaft des Partikulären, beispielsweise dem macchiavellistischen Pragmatismus der instrumentellen Vernunft. Realsozialistische Diktaturen sind aber genauso wie die als repräsentativ-pluralistisch gefaßten Diktaturen des Kapitalismus nur Herrschaftsformen eines Besonderen, die sich das Allgemeine und die Individuen unterwerfen. Die von der sozialistischen Utopie angestrebte Totalität einer befreiten und herrschaftslosen Gesellschaft kann allein aus diesem Grund durch die Konstruktionen der Totalitarismustheorie nicht tangiert werden.

Im Verlauf der 90er Jahre hat diese makabre Wiedergeburt trotz ihrer Kanonisierung durch Parlamente und Denkfabriken wieder zunehmend an Attraktivität verloren. Der deregulierte Kapitalismus der restaurierten Einen Welt hat seinen sozialen Antagonismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Wiederkehr von Massenarmut, Massenerwerbslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen hat drastischer als alles andere gezeigt, daß der Kapitalismus mehr denn je nur ein Klassenverhältnis darstellt, das die entschiedene Negation seiner eigenen Grundlagen immer wieder neu erzeugt.

Deshalb mußte nachgesattelt werden. Das Totalitarismus-Verdikt wurde noch einmal selektiv geschärft. Das Experiment der russischen Revolution und des nachgefolgten sowjetischen Aufbaus wurde auf das Bestreben der leninistisch-stalinistischen Führungsgruppen reduziert, möglichst viele Menschen abzuschlachten und einen möglichst nachhaltigen Terror über die Überlebenden auszuüben. Massenmorde und Gulag sind in dieser Sichtweise zum einzigen und ausschließlichen Ziel geworden, das die Akteure und Erben des roten Oktober verfolgt hatten. Im Kontext dieses monströsen Reduktionismus wurde selbst die imperialistische Barbarei des ersten Weltkriegs als entscheidende Voraussetzung des Umsturzes von 1917 aus der Geschichte getilgt.

Das »Schwarzbuch des Kommunismus« kreierte den »Roten Holocaust«.³ Bei der Formulierung dieser Parole ging es gar nicht mehr um die nachträgliche Denunziation einer kläglich gescheiterten realsozialistischen Vergangenheit und der in ihr verborgenen stalinistischen Abgründe. Im Kontext dieser übersteigerten Variante der Totalitarismustheorie wurde vielmehr der Blick nach vorn gerichtet und die Botschaft verkündet, daß jeglicher Versuch zur sozialistischen Überwindung des Kapitalismus unweigerlich zum Massenmord führe und quasi naturnotwendig potentielle Massenmörder hervorbringe.

Daß diese ungeheuerliche Doktrin nach wie vor ernsthaft vertreten wird, zeigt die neueste Publikation über den »Roten Holocaust und die Deutschen«, als deren Herausgeber der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, verantwortlich zeichnet.⁴

Mit diesen Kanonisierungen zur Ausgrenzung aller überhaupt denkbaren sozialistischen Alternativen war der Weg zur »positiven« Gestaltung von Geschichtsdoktrinen und Geschichtsbewußtsein in der wiederhergestellten Einen Welt vorgezeichnet. Was dabei herauskam, war die arbeitsteilige Rekonstruktion imperialistisch-chauvinistischer und ethnisch-nationalistischer Legitimationsmuster. Dabei agierten nicht wenige der neuen Sinnstifter an beiden Fronten gleichzeitig. Georg Brunner beispielsweise, der umtriebige Direktor des Kölner Instituts für Ostrecht, schleuderte einerseits der »totalitären« Linken den normativen Verfassungsppluralismus in seiner ganzen Unantastbarkeit entgegen, während er andererseits im Dienst der außenpolitischen Funktionseleiten die elementaren Normen der Verfassung und des Völkerrechts zugunsten eines interventionistischen »Volksgruppenrechts« demontierte.⁵

2) Die Wiederherstellung des imperialistischen Großmachtchauvinismus – Der Weg zur »Berliner Republik«

Gegen die Re-Konstruktion der revisionistischen Leitbilder und Entwürfe regte sich zunächst erheblicher Protest, weil sie im Gleichschritt mit einer unverkenn-

baren Tendenz zur Legitimation der nazistischen Massenverbrechen daherkam. Es kam zum sogenannten Historikerstreit, der zunächst in einem Patt zwischen den – allerdings deutlich in die Defensive geratenen – »Verfassungspatrioten« und den Verfechtern eines neudeutschen Großmacht-Chauvinismus endete. Mit diesem Status quo war es 1989/90 wieder vorbei. Im Sog des DDR-Anschlusses und des darauffolgenden Untergangs der UdSSR liefen die meisten Historiker, die den »Rückruf« in eine restaurierte Großmachtgeschichte bislang abgelehnt hatten, stillschweigend oder offen zu den Propagandisten einer national-machtstaatlichen Kehrtwende über.

Seit Beginn der 90er Jahre hat der legitimationswissenschaftlich verbreiterte Hauptflügel der neudeutschen Geschichtswissenschaft deshalb in rasendem Tempo und oftmals im gleichzeitigen Nebeneinander typische Entwicklungsstadien zur Restauration einer an den großdeutschen Mythen orientierten Machtstaatsgeschichte durchlaufen.⁶

Zunächst wurde die Grundannahme ausgehebelt, daß Deutschland seit der Reichsgründung unter Bismarck einen autoritär-imperialistischen Sonderweg eingeschlagen habe. Darauf folgte die Abrechnung mit den Forschungsergebnissen der um Fritz Fischer gruppierten Historikerschule, die zu Beginn der 60er Jahre nachgewiesen hatte, daß die Hauptverantwortung für die Auslösung des ersten Weltkriegs bei den deutschen Eliten gelegen hatte. In einem dritten Schritt konnte sodann die Weimarer Republik als Produkt eines ungerechtfertigten Diktatfriedens, der Versailler Verträge, delegitimiert werden. Damit war eine vierte Entsorgungsoperation eng verbunden: Der aberwitzige Versuch, die Präsidialkabinette der frühen dreißiger Jahre und die anschließende Machtübergabe an die Nazis mit der Notwendigkeit der Abwehr einer drohenden »bolschewistischen Revolution« zu rechtfertigen.

Im Anschluß daran widmeten sich die Geschichtsrevisionisten einem besonderen Steckenpferd – der offenen Rehabilitation der NS-Diktatur. Der deutsche Faschismus wurde in Anlehnung an modernisierungstheoretische Konzepte in eine Art sozialer Revolution umgedeutet. Die NS-Bewegung habe die deutsche Gesellschaft endlich modernisiert, ihr eine ordentliche Aufstiegsmobilität verpaßt und sie an den Segnungen des technischen Fortschritts teilhaben lassen, hieß es in einer stattlichen Zahl von Einzelveröffentlichungen und Sammelpublikationen, die von den großen Medienkonzernen, allen voran der Verlagsgruppe der Axel Springer AG, massenhaft und medienwirksam vertrieben wurden.

Wenn dem so war, dann konnten die auf die Niederlage der NS-Diktatur gefolgten Nachkriegsjahrzehnte nur noch in den schwärzesten Farben gemalt werden. Sie wurden als ein mehr als vierzigjähriges Interregnum mit provinziell-föderalistischem Demokratieverständnis, zahnloser Außenpolitik, geopolitisch inadäquater Westbindung und Büßermentalität den NS-Verbrechen gegenüber dargestellt. Es war höchste Zeit, so lautete die Botschaft, wieder »selbstbewußt«

zu werden und zur »Normalität« imperialistischer Großmachtverhältnisse zurückzukehren.

Entsprechend wurde der Anschluß der DDR als Einlösung eines jahrzehntelang frustrierten Kontinuitätsversprechens gefeiert: Der »Rückruf in die Geschichte« wurde als Rückkehr zu imperialistischer Machtstaatlichkeit geschichtsmächtig. Das »geeinte« Deutschland avancierte in den Visionen der Geschichtsrevisionisten zur Vormacht »Mitteleuropas«, zur führenden Supermacht des alten Kontinents, deren Mission darin bestehe, die von zentrifugalen Tendenzen bedrohte Europäische Union eisern zusammenzuhalten.

Das war aber nur die eine Seite des Selbstverständnisses. Die andere basiert auf einer wieder aufgelegten Doktrin des Eingriffsrechts der mitteleuropäischen Vormacht in die Nachbarschaft der Europäischen Union. Nachdem die Linke mit der normativen Keule des repräsentativ-pluralistischen Verfassungsstaats zum Schweigen gebracht war, konnte unter Einbindung ihrer Renegaten daran gegangen werden, eben diese normativen Grundlagen der BRD-Existenz zu zerstören und das im Grundgesetz verankerte Verbot des Angriffskriegs zu beseitigen. Die Art und Weise, in der die Geschichtsrevisionisten zu diesem Zweck die nationalen Minderheitenrechte in ein von der deutschen Vormacht definiertes »Volksgruppenrecht« umdeuteten, ist bis jetzt kaum kritisch wahrgenommen worden.⁷ Auf diesem sensiblen Terrain des neudeutsch-imperialistischen Großmachtchauvinismus fehlte denn auch die publizistisch-propagandistische Begleitmusik weitgehend.

Voraussetzung für die Etablierung eines neudeutschen »Volksgruppenrechts« war das sogenannte Schengener Abkommen, durch dessen Ratifizierung ein neuartiges Grenzregime zwischen der Binnenregion der Europäischen Union und ihrer äußeren Umgebung konstituiert wurde. Das Schengener Abkommen ist im wesentlichen durch die deutsche Handschrift geprägt. Es blockiert und sortiert nicht nur Flüchtlingsströme, sondern definiert auch einen unter direkter BRD-EU-Kontrolle stehenden »Cordon sanitaire« des DM-Euro-Blocks. Um das Grenzregime zu stabilisieren, hat die BRD mit zunehmender Intensität in die Innenpolitik der an die Europäische Union assoziierten Regierungen der Grenzländer eingegriffen.⁸

Von hier aus folgte in den letzten Jahren der nächste Schritt. Für das an die EU-Assoziierten anschließende äußere Vorfeld der Schengener Grenze sind neue Interventionsszenarien in Kraft gesetzt worden, die im Fall von Nationalitätenkonflikten oder anderer Destabilisierungsphänomene gestaffelte Integrations-, Entwicklungs- und Kriseneingriffe auf der Basis des restaurierten »Volksgruppenrechts« vorsehen. Das »Volksgruppenrecht« ist eine aus der geheimen Neben-Außenpolitik der Weimarer Republik und der frühen NS-Diktatur übernommene und wieder aufgelegte Doktrin, die je nach Maßgabe der deutsch-europäischen Vorfeldinteressen das Recht auf nationale Selbstbestimmung zum

Sezessionsrecht so umbiegt, daß die den deutsch-europäischen Herrschaftsinteressen jeweils genehmen ethnisch-nationalistischen Minderheitengruppen mißliebige multinationale Territorialstaaten des Schengener Vorfelds destabilisieren und zerstören können. Den Verlautbarungen regierungsnaher Vordenker zufolge leben in Europa einschließlich seiner Randzonen etwa 100 Millionen Menschen, die innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten Minderheiten darstellen und als Resonanzboden für eine nach den Interessen der deutschen Vormacht ausgerichteten »territorial-räumlichen Neuordnung« angesehen werden.⁹

Die ersten Experimente auf diesem Gebiet sind seit Anfang der 80er Jahre bei der Zerstörung der Jugoslawischen Föderation durchexerziert worden. Vor allem die Strukturkrise Jugoslawiens verleitete die Planereliten des Auswärtigen Amts, des Bundesinnenministeriums und des Bundeskanzleramts zur Wiederbelebung der konzeptionellen Grundlagen einer ethnisch parzellierenden deutschen Neben-Außenpolitik. Während das Münchener Südost-Institut, das Institut für Ostrecht der Uni Köln und das Internationale Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus den ethnisch-nationalistischen Erosionsprozeß der Jugoslawischen Föderation fortlaufend analysierten und dabei das Interventionsmodell des »Volksgruppenrechts« wiederentdeckten, ermutigte die Hanns-Seidel-Stiftung seit Mitte der 80er Jahre die slowenische und kroatische Irredenta [*polit. Bewegung, die den Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland anstrebt*]: Jeder Schritt weg von der Föderation wurde mit der Unterstützung ihrer Bemühungen um Erleichterungen der IWF-Auflagen gegenüber den nordjugoslawischen Teilrepubliken honoriert.¹⁰ Dieses Konzept ging Ende der 1980er Jahre auf, als sich Serbien als größte Teilrepublik der Jugoslawischen Föderation seinerseits zu einer nationalistischen Flucht nach vorn entschloß. Es war ein mit politischer Praxis eng verzahnter stiller Geschichtsrevisionismus deutscher Denkfabriken, der den entscheidenden äußeren Anstoß zur Zerstörung Jugoslawiens gegeben hat.

Während sich die Agonie Jugoslawiens nach einer Abfolge immer grausamerer Teil-Bürgerkriege langsam in Gestalt der Kosovo-Krise auf ihren Höhepunkt zubewegte, wurde seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre dieses Experiment auf das gesamte ost- und südosteuropäische Vorfeld der Schengener Grenze ausgedehnt. 1996 wurde auf Initiative der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung das Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) gegründet, das seither zusammen mit der Bertelsmann-Wissenschaftsstiftung und dem Münchener Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) für das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium als Vordenker einer neuen Minderheitenpolitik tätig ist und inzwischen auch bei der neuen rosa-grünen Bundesregierung höchstes Ansehen genießt.¹¹ In diesen Regionen seien die Bevölkerungen ethnisch nicht homogen, heißt es. »Friedensstiftende« Eingriffe in die dort immer wieder virulent werdenden ethnischen Spannungen und Nationalitätenkonflikte setzten genaue Kenntnisse über die jeweiligen ethnischen Zusammenhänge und

Konfliktursachen voraus. Um entsprechende Interventionen seitens der »Internationalen Gemeinschaft« vorzubereiten, wurden seit 1996/97 Krisenszenarien erarbeitet, die inzwischen sogar die Nationalitätenkonflikte in der Kaukasus-Region einbeziehen. 1997 haben darüber hinaus im Fall Kosovo, das zum Krisenbrennpunkt erster Ordnung deklariert wurde, erste »Vermittlungsaktionen« zugunsten der groß-albanischen Sezessionsbewegung stattgefunden. Während der BND seit 1996 die UÇK militärisch ausrüstete,¹² stellte das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen in einem Positionspapier fest, daß der Sezessionswille der UÇK zu unterstützen sei und der Anschluß des Kosovo an Albanien wegen der überwiegend albanischen Besiedlung dieser an Albanien angrenzenden Region ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden könne.¹³

Durch die Aktivitäten des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen und des Centrums für angewandte Politikforschung haben SPD und Grüne somit rechtzeitig zum ethnisch-sezessionistischen Paradigma der Denkfabriken und Stiftungen im CSU-BND-Umfeld Anschluß gefunden. Das Ziel der rosa-grünen Regierung ist jetzt offensichtlich, ihre Vorläufer bei der Neuinszenierung einer ethnisch parzellierenden Außenpolitik zu übertrumpfen. Jugoslawien soll endgültig in »ethnisch homogene« Komponenten zerstückelt werden, um dann den Wiederaufbau Südosteuropas unter dem Vorzeichen einer zudiktierten »Neuordnung« des Balkans vorantreiben zu können, wobei Kroatien an der Seite Sloweniens die Rolle eines deutsch-europäischen Satellitenstaats erster Ordnung zugedacht ist.¹⁴ Das Modell der »ethnischen Homogenisierung« wird inzwischen von den Geschichtsrevisonisten und wieder auferstandenen »Volkstumshistorikern« offensichtlich als Generalkonzept zur »Befriedung« von Nationalitätenkonflikten angesehen und von den solcherart »beratenden« Politikern der rosa-grünen Regierung als besonders überzeugende Variante der Einmischung favorisiert. Dabei stört es sie nicht einmal, daß diese Konzeption der ethnischen Zerstückelung zu territorialen Lösungsvorschlägen und Grenzziehungsmodellen führt, die exakt mit den Grenzziehungen seitens der faschistischen Achse von 1940/1941 übereinstimmen.

3) Geschichtsmythen zur Selbsterstörung der Jugoslawischen Föderation

Die – insbesondere von der BRD betriebene – äußere Intervention spielte und spielt bei der Zerstörung des multinationalen und multikulturellen Jugoslawien eine bedeutende Rolle. Dennoch waren und sind die entscheidenden Krisenpunkte hausgemacht, wenn sie auch ihrerseits wiederum durch brutale Eingriffe des Internationalen Währungsfonds ausgelöst wurden.

Seit Anfang der 80er Jahre geriet die Jugoslawische Föderation zusammen mit ihren Teilrepubliken in eine schwere Zahlungsbilanz- und Überschuldungskrise. Der IWF intervenierte daraufhin prompt wie überall auf der Welt bei

vergleichbaren Konstellationen. Es kam zu heftigen Massenkämpfen der jugoslawischen Bauern-ArbeiterInnen gegen die Schere von Massenerwerbslosigkeit und beschleunigtem Strukturwandel, die eine außergewöhnliche Intensität und Qualität erreichten.¹⁵ Die Nomenklaturas und die Funktionseleiten der Teilrepubliken fühlten sich zunehmend bedroht, zumal die Streikenden nicht nur die Betriebe, sondern auch die Gewerkschafts- und Parteihäuser besetzten. Sie waren weder in der Lage, die von der Föderationsregierung mitgetragenen Deregulierungsaufgaben des IWF uneingeschränkt durchzuführen, noch wußten sie, was sie dem Massenwiderstand der Bauern-Arbeiter entgegensetzen sollten.

In dieser dramatischen Situation griffen die Führungsschichten der Teilrepubliken nacheinander zur Büchse der Pandora und öffneten ethnisch-sezessionistische Ventile. Ihr Ziel war zunächst, die Folgekosten der IWF-Sanierung auf die anderen Teilrepubliken abzuwälzen und der bedrohlich gewordenen Zange zwischen Massenkämpfen und IWF-Auflagen zu Lasten der noch ärmeren Teilrepubliken zu entkommen. Vor allem die reichen Teilrepubliken Nordjugoslawiens (Slowenien und Kroatien) begannen ihre Transferzahlungen an die ärmeren Teilrepubliken einzustellen. Diese Politik des »beggar my neighbour« wurde zunehmend ethnisch-rassistisch mit der »angeborenen« Unterlegenheit der in der Einkommenshierarchie und Produktivität niedriger rangierenden Teilrepubliken und Autonomen Provinzen begründet.

Jetzt schlug die Stunde der Geschichtsrevisionisten auch in den jugoslawischen Teilrepubliken. Ihnen wurde die Aufgabe zugewiesen, den ethnisch-nationalistischen Kurswechsel in massenwirksame Legitimationsmuster umzusetzen und das durch die Sozialkämpfe ins Wanken geratene Loyalitätsverhältnis zwischen den Eliten und den Bauern-Arbeitern auf »völkischer« Basis neu zu begründen. Besonders früh taten sie sich in Kroatien hervor. Ihr wichtigster Exponent war der spätere Präsident des sezessionistischen Kroatiens, Franjo Tudjman. Tudjman war ehemaliger Major der jugoslawischen Partisanenbewegung. In den 50er und 60er Jahren machte er Karriere als Historiker und leitete das Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb. In dieser Zeit profilierte er sich mit Studien über den NS-Völkermord in Südosteuropa. Anfang der 80er Jahre bekehrte er sich zum ethnischen Sezessionisten.¹⁶ Als ein von anderen kroatischen Nationalisten gestarteter Testballon, die nicht-slawischen Illyrer des Altertums zu den Urahnen der »Kroatischen Nation« zu stilisieren, zerplatzte, scheute sich Tudjman nicht, auf die klerikalfaschistischen und antisemitischen Traditionsbestände des von den Nazis gegründeten und ausgehaltenen Kroatischen Ustascha-Staats zurückzugreifen, um die Herauslösung Kroatiens aus der Jugoslawischen Föderation zu rechtfertigen.¹⁷

Auch die pro-albanische Irredenta des Kosovo versuchte zunächst, ihre Option zum Anschluß an Albanien mit einer gemeinsamen illyrischen – das heißt nichtslawischen – Sprache und Geschichte sowie der angeblich überwie-

gend albanischen Besiedlung des Kosovo seit dem Mittelalter zu rechtfertigen.¹⁸ Dieser kulturgeschichtlich begründete und allen historischen Tatsachen widersprechende Separatismus verlangte aber seit dem antijugoslawischen und antiserbischen Aufstand von 1981 nach einer härteren Gangart. Auch hier wurden die Politiker-Clans sofort großzügig mit den entsprechenden Geschichtsmethoden bedient. Die bis dahin abgeleugnete Tatsache, daß die 1943 gegründete »Zweite Liga von Prizren« genauso wie die 1944 aufgestellte albanische SS-Freiwilligen-Division (SS-Division Skanderbeg) die »ethnische Säuberung« des Kosovo von den Serben betrieben hatte, wurde jetzt als vorbildlich gerühmt. Auf dieser Grundlage schlossen sich 1995/96 pro-albanische Ex-Stalinisten und Neofaschisten zusammen und proklamierten die UÇK als bewaffnete Irredenta, deren Aufgabe es sei, das Kosovo zum Piemont einer »groß-albanischen Erneuerung« zu machen.¹⁹

Aber auch die Führungsschichten Serbiens, der größten Teilrepublik, haben den Geschichtsrevisionismus ausgiebig als Legitimationswissenschaft für eine verhängnisvolle Wiedergeburt des großserbischen Nationalismus bemüht. 1986 verfaßte die Serbische Akademie der Wissenschaften eine Denkschrift, in der sie den großserbischen Führungsanspruch erneuerte, so wie er schon in den 20er und 30er Jahren das multinationale Jugoslawien als Produkt der Pariser Vorortverträge ruiniert hatte. Dabei wurde ausgerechnet dem Kosovo eine besondere Rolle zugewiesen. Wider alle geschichtliche Evidenz wurde behauptet, es sei das »Jerusalem« Serbiens, weil auf dem Amselfeld das erste Jugoslawische Kaiserreich von den Türken in der Schlacht von 1389 vernichtet worden sei und das Kosovo seither immer wieder als Ausgangspunkt zur Erneuerung serbischer Staatlichkeit fungiert habe. Nichts davon hält der historischen Evidenz stand: Das erste Serbische Reich hatte sich schon Jahrzehnte zuvor in Fürstentümer aufgelöst, und auf dem Amselfeld hatten Serben (genauso wie Albaner und andere Nationalitäten) auf beiden Seiten gekämpft. Der Rekurs auf die Schlacht auf dem Amselfeld als der Begründerin der großserbischen »Staatsidee« ist ein Mythos.

Trotzdem sollte auch diese historische Mystifikation auf makabre Weise geschichtsmächtig werden. Sie legitimierte 1989 die Aufhebung des Autonomie-Statuts für Kosovo und die Einführung eines brutalen serbischen Apartheid-Regimes, das einen an sozioökonomischen Entwicklungsgefällen festgemachten Sozialkonflikt ethnisierte und damit die Voraussetzungen für die Auslösung eines blutigen »Volkstumskampfs« lieferte.

4) Zwei Varianten des ethnischen Sezessionismus im High-Tech-Krieg

Wir stehen somit im Jugoslawien-Krieg vor der paradoxen Situation, daß die äußeren Interventionsmächte – und dabei die BRD vorneweg – die inneren

Nationalitätenkonflikte ungeheuer verschärfen, indem sie durch ihren Luftkrieg ein Neuordnungsmodell herbeibomben, das auf die endgültige Zerstückelung Jugoslawiens in ethnisch homogen parzellierte Ministaaten hinausläuft. Dies ist der Weg in die Barbarei, denn nationalstaatliche Grenzziehungen nach ethnischer, sprachlicher und kulturell-religiöser Homogenität können nur durch Massenvertreibungen und Massenmord durchgesetzt werden.

Den entscheidenden Beitrag dazu haben die Matadore des historischen Revisionismus sowohl im Innern der Jugoslawischen Föderation als auch auf der Seite der NATO, insbesondere der BRD, geleistet. Der imperialistische Chauvinismus der Großmächte und die Irredenta der ehemaligen Teilrepubliken der Jugoslawischen Föderation werden strukturell gleichartig mit historischen Mythen und bevölkerungspolitischen Neuordnungsmodellen bedient. Ihr gemeinsames Ziel ist das Schlachthaus nie endender »Volkstumskämpfe« um privilegierte Positionen im neoliberal deregulierten Wirtschaftskrieg.

Es mag durchaus sein, daß viele der Akteure, insbesondere die von außen eingreifenden Aggressoren der NATO, sich dieser Zusammenhänge nicht bewußt sind. Aber genau dies ist die logische Konsequenz ihres Handelns, und im übrigen ist auch in diesem Fall Unwissenheit kein Argument. Eric Hobsbawm hat schon 1991 in einer international breit rezipierten Studie über »Nationen und Nationalismus – Mythos und Realität seit 1780« auf die wichtigste Lektion aus den in diesem Jahrhundert begangenen Menschheitsverbrechen hingewiesen: Wer glaubt, nationalstaatliche Grenzen auf »ethnisch homogener« Grundlage ziehen zu können, öffnet den Weg zur Barbarei und initiiert eine neue Ära rassistisch-nationalistischer Massenverbrechen.²⁰

5) Adressaten und Akteure des kriegerschen Geschichtsrevisionismus

Zuletzt noch ein Blick auf die sozialen Adressaten und Akteure des kriegsverwendungsfähig gewordenen Geschichtsrevisionismus. Denn erst die Kenntnis dieser Zusammenhänge gibt uns die Chance, hier und auf dem Balkan eine plausible Widerstandsperspektive zu entwickeln.

Bezogen auf das zerfallende Rest-Jugoslawien ist die Situation klar. Die wichtigsten Adressaten sind die gewendeten Nomenklaturas der Teilrepubliken, die in der Struktur- und Schuldenkrise der 80er Jahre zunächst den ethnischen Nationalismus als Ventil entdeckten, 1989 den Sozialismus endgültig als Auslaufmodell verabschiedeten und rasch Zulauf durch die massenhaft strukturell arbeitslos gewordene Intelligentsia sowie die wirtschaftlichen Krisengewinner erhielten. Die Adressaten wurden somit zunehmend mit den Akteuren des Geschichtsrevisionismus identisch. Sie haben seither an den Hochschulen, Akademien, in den politischen und paramilitärischen Organisationen sowie in den

Medien die historischen Legitimationsmuster des ethnischen Sezessionismus wieder erfunden, aktualisiert, verfeinert und massenhaft verbreitet.

Blicken wir auf die Adressaten und Akteure der in der NATO zusammengeschlossenen äußeren Interventionsmächte, so ergibt sich ein völlig anderes, aber nicht weniger charakteristisches Bild. In allen an der NATO-Intervention beteiligten europäischen Regierungen und in den NATO-Stäben selbst sitzen auffällig viele gewendete Linke und Vertreter neosozialdemokratischer Regimes. Aber auch diejenigen Ex-Linken, die nicht bis in die Korridore der politischen Macht gelangt sind, haben im Kriegskonzert des historischen Revisionismus einiges mitzureden, wie die Lektüre ihrer wichtigsten europäischen Medien (*La Repubblica*, *Libération*, *taz*, *Lettre Internationale*) nachdrücklich ausweist.

Beschränken wir uns aber im folgenden auf die BRD. Die neuen politischen Machthaber (Schröder, Fischer und Scharping, aber auch die Exponenten im zweiten Glied wie Joscha Schmierer, die volkstumpolitischen Beraterstäbe der Grünen im Umfeld des EZM usw.) haben ein ausgesprochen funktionales Verhältnis zum Geschichtsrevisionismus als Legitimationslieferanten ihres militäristischen Kurses entwickelt.

Sie gehen erstens in ihren Büchern, Aufsätzen und öffentlichen Statements unverhohlen von den Standortbestimmungen der jungkonservativen Großmacht-Revisionisten aus, wie diese sie gegen Ende der 80er Jahre festschrieben, und sind somit ohne alle Polemik als politisch handelnde Vollstrecker der Geschichtsmythologen Nolte, Zitelmann, Brunner, Backes & Co. auszuweisen. Bei ihnen ist der »Rückruf in die Geschichte« genauso angekommen wie der Habitus einer »Selbstbewußten Nation«, die die Schattenseiten ihrer Vergangenheit eliminiert, sich zur Großmachtrolle bekennt und sich angesichts zunehmender innenpolitischer Blockaden am ersten besten Koalitionskrieg beteiligt, um diese neu erworbene Unverfrorenheit unter Beweis zu stellen.

Hinsichtlich ihrer »volkstumpolitischen« Optionen im Interventionsgebiet halten sich die politischen Adepten des historischen Revisionismus dagegen bis jetzt bedeckt. Die Entscheidung zur Zersplitterung Restjugoslawiens in »ethnisch homogene« Satellitenregimes ist vorläufig nichts für die Öffentlichkeit. Das Experiment soll ungestört durchexerziert werden, weil es offensichtlich paradigmatischen Charakter für alle weiteren Kriseninterventionen jenseits der Schengener Grenze in Ost- und Südosteuropa sowie demnächst der Kaukasus-Region hat. Dennoch sind diese Ziele für die Kriegspropaganda zentral, ohne aber in ihrer machtpolitischen Instrumentalisierung benannt zu werden: Die Anwendung militärischer Gewalt wird ausnahmslos mit dem Bestreben gerechtfertigt, die Menschenrechte extrem gefährdeter nationaler Minderheiten zu schützen, und dabei steht außer Frage, daß der solcherart aus der Taufe gehobene Menschenrechtsimperialismus einen entscheidenden Bezugspunkt darstellt, der den gewendeten Linken eine neue Identität beschert. Der Haken ist dabei, daß nur

bestimmte, den eigenen imperialistischen Interessen zugeordnete, Minderheiten unterstützt und aufgewertet werden, während die anderweitigen Opfer von Vertreibung und Terror den konvertierten Menschenrechtsinterventionisten genauso gleichgültig sind wie die Kosovo-Bevölkerung den NATO-Strategen.

Der völkische Nationalismus fungiert somit für die an die Schalthebel der Macht gelangten Renegaten der Linken und Neosozialdemokraten als erstrangiges außenpolitisches Interventionsinstrument. Ihn auch für das eigene Land zu reklamieren, blieb einer anderen Renegatengruppe von Ex-68ern vorbehalten, die noch nicht saturiert ist und sich immer offenkundiger an das traditionell-faschistische Spektrum annähert (Horst Mahler, Bernd Rabehl und andere).

Drittens bedienen sich die Bonn-Berliner Adepten des historischen Revisionismus einer ausgefeilten Kriegspropaganda. Die gleichen Funktionseliten, die unter rosa-grüner Regie die deutsche Vergangenheit endgültig entsorgen, bemühen eine Vielzahl historischer Legitimationsmuster, die ihrer linken Vergangenheit entstammen. Fischer schreit »No pasarán«, um dem Krieg gegen Jugoslawien antifaschistische Weihen angedeihen zu lassen. Er und andere Regierungsmitglieder setzen die Sozialistische Partei Serbiens mit der SS sowie Milošević mit Hitler gleich, und selbst die Parole »Nie wieder Auschwitz« ist getestet worden. Vor allem bei den historisierenden Vordenkern der rosa-grünen Regierung ist dieses besonders maßlose Legitimationsmuster außerordentlich beliebt. Die gleichen Leute, die in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten die historisch-kritische Aufarbeitung der bevölkerungspolitischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Hintergründe von Holocaust und NS-Völkermord bekämpften und zu einer unerklärlichen black box stilisierten, tragen jetzt Auschwitz als heiligen Schrein vor sich her, um ihren Aggressionskrieg damit zu rechtfertigen.

Das alles ist angesichts der gigantischen Zerstörungen und der Massaker an Zivilisten durch Streubomben und Cruise Missiles ungeheuerlich, hat aber durchaus System. Die rosa-grüne Regierung hat allen linken Traditionen abgeschworen, aber ihre Parteien sind nach wie vor der soziale Ort für viele Linke, und die müssen um jeden Preis zur Akzeptanz dieses schmutzigen Kriegs gewonnen werden. Daß dieser Mechanismus im Prinzip auch nach acht Wochen Luftkrieg noch funktioniert, hat der vor kurzem zu Ende gegangene Sonderparteitag der Grünen eindrucksvoll bestätigt. In ihrer Rhetorik, ihrer Körpersprache und ihrer extrem personalistischen wie moralisierenden Umdeutung ihres Kriegskurses haben die Konvertiten die gleichen Techniken angewandt, mit deren Hilfe sie sich in den 70er Jahren als Agitatoren des Frankfurter »Revolutionären Kampfs«, des »Kommunistischen Bunds«, der »Vierten Internationale« und des »Kommunistischen Bunds Westdeutschlands« profiliert hatten.

Diese Art der moralisierenden Kriegspropaganda erinnert stark an die Julitage des Jahres 1914, wo Spitzenvertreter der Sozialdemokratie alles daransetzten, um dem bevorstehenden Krieg mit der vorrangigen Wendung gegen den in

der Arbeiterbewegung verhaßten russischen Despotismus die adäquate moralische Legitimation zu verleihen. »Sonst kriegen wir die Sozialdemokratie nicht mit«, gab einer der Kriegskonsensplaner aus der SPD-Führung zu Protokoll, und tatsächlich ist die Rechnung aufgegangen.²¹ Die zu Kriegsbeginn sehr starke und von der Sozialdemokratie kontrollierte Friedensbewegung ist unter wesentlicher Beteiligung der SPD-Führung innerhalb weniger Tage zerstört worden.

Soweit die drei wichtigsten Stränge der aktuellen Kriegspropaganda und Neuordnungsplanung. Sie sind durch selbst-gleichgeschaltete Medien abgesichert, die allzu groteske Entgleisungen stillschweigend korrigieren und inzwischen das »Nie wieder Auschwitz«-Gebrüll der linken Renegaten etwas gedämpft haben. Dessen ungeachtet können wir davon ausgehen, daß wir es bei den Akteuren und Propagandisten des Kriegs mit einer rundum erneuerten Führungsschicht der politischen Klasse zu tun haben, die sich in der Pose selbst-ernannter Kreuzritter des Menschenrechtsimperialismus sehr sicher fühlen. Es handelt sich um die dynamischen Moderatoren einer neo-imperialistischen Etappe, die wieder auf Krieg setzen und, wohl munitioniert durch regierungsnahen Institutionen des Geschichtsrevisionismus, eine neue Ära der Barbarei einläuten.

6) Was können wir tun?

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien werden wesentliche imperialistische Ziele verfolgt, die sich ergänzen und teilweise überschneiden. Erstens ist die NATO als Militärbündnis der Metropolen in Aktion getreten, um dem Deregulierungsdiktat des Internationalen Währungsfonds Geltung zu verschaffen, Jugoslawien als Störfaktor einer entsprechend diktierten Neuordnung auf dem Balkan auszuschalten und sich an diesem exemplarischen Fall als unverzichtbarer militärisch-rüstungsindustrieller Machtpfeiler der neuen Weltordnung auszuweisen, der die bisherigen völkerrechtlichen Normierungen der Vereinten Nationen in den Boden stampft. Diese ökonomische Bestrafungsaktion ist zugleich mit geostrategischen Interessen verknüpft: Der Industriestaat Jugoslawien soll zerstört und zerstückelt werden, bevor er nach den Duma-Wahlen im September dieses Jahr zu einem neuen Bündnis mit dem dann kommunistisch oder nationalistisch geführten Rußland antreten und so die neue unipolare Weltordnung des kollektiven Imperialismus gefährden könnte.

Unter diesem Baldachin dominierender kollektiver imperialistischer Interessen versuchen zweitens die USA als potenteste Führungsmacht der NATO, den Balkan als Sprungbrett zu weiterreichenden geostrategischen Interessen insbesondere in der Kaukasus-Region zu sichern. Gleichzeitig soll den EU-Partnern klargemacht werden, daß sie ihre kontinentalen Neuordnungsmodelle an den

Rändern ihrer Schengener Grenze nur in enger Abstimmung mit den USA durchzusetzen vermögen.

Drittens sind die herrschenden Klassen der BRD bestrebt, sich in Fortsetzung ihrer seit 1989/90 praktizierten ethnisch-rassistischen Neben-Außenpolitik am Exerzierfeld Balkan als Führungsmacht innerhalb der Europäischen Union und des Euro-DM-Blocks durchzusetzen. Ihr Einsatz ist dabei besonders brisant, weil er in die Neuordnungskonzepte des Weltsystems ethnisch-rassistische Selektionsmodelle hineinbringt, die mit dem ethnischen Rassismus der nach-jugoslawischen Kleinstaaten prinzipiell übereinstimmen, den Balkan deshalb endgültig in ein Schlachthaus von »Volkstumskämpfen« verwandeln und zugleich die entscheidenden Legitimationsgründe für die Kreuzritter des neuen Menschenrechtsimperialismus liefern.

Nicht zuletzt aber dient der neue Kriegskurs allen Aggressionsmächten, insbesondere aber den europäischen Partnern, als innenpolitisches Ventil, das vom Scheitern aller neosozialdemokratischen Reformmodelle der letzten Monate und Jahre am Veto der Wirtschaft ablenken soll, die mehr denn je nur einen harten ordo-liberalen Stabilisierungskurs und die allgemeine Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse für alle Vermögenslosen zuläßt.

Was können wir dagegen tun? Mittelfristig geht es zweifellos darum, den Primat der Innenpolitik und der sozialen Kämpfe wieder zurückzugewinnen. Damit dies gelingt, muß aber erst einmal der Krieg gestoppt und das bedingungslose Ende der Bombardierungen erkämpft werden. Wir müssen eine neue außerparlamentarische Massenbewegung in Gang bringen, die den kriegführenden Parteien und Institutionen ihren Anhang und ihre Mitläufer wegnimmt, die Akteure des Kriegs isoliert und für ihre Verbrechen zur Verantwortung zieht. Dabei wird die kritisch-analytische Auseinandersetzung mit den moralisierenden Geschichtsmythologien der europäischen neosozialdemokratisch-grünen Kriegsparteien eine entscheidende Rolle spielen. Nur wenn wir ihre Kriegspropaganda aushebeln, werden wir überhaupt erst in der Lage sein, den Kriegstreibern durch den Nachweis ihrer tatsächlichen Absichten die Legitimationsbasis zu entziehen. Dabei müssen wir vor allem denjenigen, die als funktionelle Grenzträger zum Massenprotest Betroffenheit und Zerrissenheit heucheln, ansonsten aber weiterhin knallhart die Kriegsmaschinerie ölen, entschieden entgegentreten.

Der erste Schritt zum Widerstand war und ist die große Verweigerung. Wer jetzt die Grünen, die Sozialdemokratie und die anderen kriegsbefürwortenden Parteien und Organisationen nicht verläßt, wird sich in Zukunft vorhalten lassen müssen, daß sie/er in einer entscheidenden historischen Situation versagt hat.

Die Mobilisierung des Massenwiderstands wird zweifellos dadurch erschwert, daß wir uns mit dem Objekt der NATO-Aggression nicht identifizieren können. Diese Schwierigkeit müssen wir in Kauf nehmen und falsche Kompromisse und Bündnisse von vornherein vermeiden. Das postsozialistische Regime Serbiens

hat wesentlichen Anteil an der Selbstzerstörung der Jugoslawischen Föderation gehabt, indem es wie die anderen Teilrepubliken auf die schwere Struktur- und Gesellschaftskrise der 80er Jahre mit der Wiederentdeckung und Instrumentalisierung des ethnischen Nationalismus reagierte und die Bevölkerungsmehrheit des Kosovo einem rigorosen Apartheid-Regime unterwarf.

Zwar trifft es zu, daß sich die serbische Regierung unter Milošević zugleich auf wirtschaftspolitischem Gebiet auf einen bemerkenswerten Konfrontationskurs mit dem Internationalen Währungsfonds einließ, indem sie seine Auflagen durch eine dosierte Inflationspolitik unterließ, den Schuldendienst einstellte und seit Mitte der 90er Jahre einen für den gesamten Balkan einmaligen Wachstumsschub zu verzeichnen hatte. Hauptzweck des jetzt gegen Jugoslawien entfesselten Luftkriegs der NATO ist es zweifellos, unter dem Vorwand der Menschenrechtsintervention zugunsten der Kosovo-Albaner diesen Sonderweg in Grund und Boden zu bombardieren und das globale Deregulierungsmodell des IWF mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Dies dürfen wir unter keinen Umständen zulassen, aber es darf uns nicht zur Solidarisierung mit einem Regime verleiten, das die sozialistische Perspektive gegen einen ausgrenzenden und menschenverachtenden ethnischen Nationalismus ausgetauscht hat.

Unser Kampf gegen diesen Krieg mit allen seinen bedrohlichen Weiterungen verlangt deshalb nach einer eigenständig formulierten Perspektive, die sich nicht nur auf unsere eigene Lebenssphäre bezieht. Aktionen und Kampagnen gegen die moralisierenden Kriegstreiber und den sich dahinter neu aufbauenden militärisch-industriellen Interventionskomplex der NATO bleiben zweifellos vorrangig. Aber sie sollten durch die Kontaktaufnahme mit den hier lebenden Menschen aus Ex-Jugoslawien und den sozialistischen ex-jugoslawischen Oppositionsgruppen ergänzt werden, um für den Balkan selbst eine Alternative zu den von innen und außen gleichzeitig geschürten Massenvertreibungen und Massakern zu entwickeln.

Diese Alternative kann nur im Kampf für die (Wieder-)Herstellung von sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, ethnischer und politischer Egalität in einer sozialistisch-jugoslawischen und darüber hinaus in einer Balkan-Föderation bestehen. Wir können die Geschichte der Jugoslawischen Partisanenbewegung und die Versuche Titos und Dimitroffs von 1948 zur Konstruktion einer antistalinistisch-föderativen Alternative auf dem Balkan nicht länger aus unserem Gedächtnis ausklammern. Dies mag gegenwärtig utopisch wirken. Aber als sich die Reste der Jugoslawischen Kommunistischen Partei nach dem Nazi-Überfall vom April 1941 zum gleichzeitigen Kampf gegen alle inneren und von außen importierten ethnischen Rassismen entschlossen, war die Situation mindestens so aussichtslos wie gegenwärtig. Und wenn wir in den Widerstand gegen diesen Krieg keine eigenständigen Alternativen einbringen, werden wir weder den Neuordnungsszenarien des NATO- und BRD-Imperialismus begegnen noch unsere Abgrenzung gegen den Nationalismus des Milošević-Regimes und seiner Anhänger aufrechterhalten können.

Sozialismus oder Barbarei! Diese ehrwürdige Parole der untergegangenen Arbeiterbewegung hat genauso wie der Internationalismus der Einkommenslosen und Ausgebeuteten einen neuen Bedeutungsinhalt gewonnen, wie ihn vor zwei Monaten noch kaum jemand von uns für möglich gehalten hätte. Als politisch bewußte Menschen werden wir uns entsprechend zu entscheiden haben. Als historisch Arbeitende aber sollten wir unsere Nischen verlassen und uns der Herausforderung stellen, die uns die Geschichtsrevisionisten hier und auf dem Balkan aufgezwungen haben. Wenn wir uns stattdessen bequem wegducken, uns mit allerlei klug durchdachten Ausflüchten für unzuständig erklären oder für uns den Dauerzustand eines Hin-und-Her-Gerissenseins reklamieren, dann wird unsere historische Arbeit ihren Sinn und ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Historisches Arbeiten ist kein Selbstzweck. Die Auseinandersetzung mit dem Vergangenen soll uns zu allererst befähigen, die scheinbar so chaotischen Verhältnisse der Gegenwart zu durchschauen und kritisch-emanzipatorisch zu handeln. ★

Anmerkungen:

1. Christopher Hill, *The World Turned Upside Down. Radical Ideas During the English Revolution*. Harmondsworth 1975.
2. Vgl. zu den folgenden Abschnitten Karl Heinz Roth, *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie*, Hamburg 1999.
3. Vgl. Stéphane Courtois, *Livre noir du Communisme*, Paris 1997. Dt. unter dem Titel: *Das Schwarzbuch des Kommunismus: Unterdrückung, Verbrechen und Terror*; mit dem Kapitel »Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR« von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, München 1998.
4. Horst Möller (Hg.), *Der rote Holocaust und die Deutschen: die Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus«*, München 1999.
5. Georg Brunner, *Bericht über die Entwicklung des Minderheitenschutzes in Osteuropa, in: Minderheiten in Europa*. Landtagsforum des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 7.6.1991, Hg. Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Kiel 1991 S. 9 ff.
6. Vgl. vor allem Uwe Backes u.a. (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit – Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./Berlin 1990; Karlheinz Weißmann, *Rückruf in die Geschichte: die deutsche Herausforderung*, Frankfurt a.M./Berlin 1992; Heimo Schwilk (Hg.), *Die selbstbewußte Nation: »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*, Frankfurt a.M./Berlin 1994.
7. Dabei gibt es gerade zu dieser Thematik eine umfangreiche Gutachten-, Handbuch- und Tagungspublizistik, die ihre revisionistischen Ziele offen benennt. Vgl. vor allem die Publikationen des Instituts für Ostrecht an der Universität Köln, des Juristischen Seminars der Universität Würzburg, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, des Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus, der Kul-

turstiftung der Deutschen Vertriebenen, des Österreichischen Volksgruppenzentrums, der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, des Vereins für das Deutschtum im Ausland, usw.

8. Vgl. dazu die kritischen Analysen der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), Berlin/Göttingen 1996 ff.

9. Vgl. Gerhard Seewann (Hg.), *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*, München 1995; Rainer Hofmann, *Minderheitenschutz in Europa. Völker- und staatsrechtliche Lage im Überblick*, Berlin 1995.

10. Vgl. die Konferenz- und Tagungsberichte in: *Mitteilungen der Hanns-Seidel-Stiftung*, München 1984-1988.

11. Vgl. Walter von Goldendach/Hans-Rüdiger Minow, *Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas*, 2. Aufl. Berlin 1998; Hans-Rüdiger Minow, Ethischer Imperialismus, in: *konkret*, Jg. 1999, H. 5, S. 55-57.

12. Christophe Chiclet, Aux origines de l'Armée de libération du Kosovo, in: *Le Monde Diplomatique*, Mai 1999, S. 6-7.

13. Die Denkschrift wird ausführlich zitiert bei Rüdiger Minow (Anm. 11).

14. Die FAZ veröffentlicht laufend entsprechende Vorschläge und Denkschriften.

15. Vgl. dazu und zum folgenden die ausführliche Dokumentation in: *Die Ethnisierung des Sozialen: Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges* (Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Bd. 6), Berlin/Göttingen 1993.

16. Vgl. seine wichtigsten Publikationen aus dieser Zeit: Franjo Tudjman, *Stirbt Kroatien?* Hamburg: Ost-Dienst, 1981; ders., *Nationalism in contemporary Europe*, New York NY 1981; ders., *Die Nationalitätenfrage im heutigen Europa*, Bokatron 1986.

17. Franjo Tudjman, *Das historische Schicksal des Volkes*. Ausgewählte Aufsätze, übersetzt aus dem Kroatischen von Marko Zarić, Bad Kissingen 1997.

18. Vgl. zu diesem und zum folgenden Abschnitt die neue Studie von Noel Malcolm, *Kosovo. A Short History*, London 1998. Obwohl der Verfasser zugunsten der Kosovo-Albaner Partei ergreift, referiert er in seiner Auseinandersetzung mit den Geschichtsmythen der ex-jugoslawischen Nationalismen den aktuellen kritischen Forschungsstand.

19. Vgl. dazu Anm. 12.

20. Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 157 f.

21. Vgl. dazu Dieter Fricke/Hans Radandt, Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 1956, H. 4, S. 757 ff.; Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, *Deutschland im ersten Weltkrieg*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 268 ff.

Das dritte internationalistische Lager: Ein weiterer Klassenkampf

Der Titel bezieht sich auf den Text eines bereits verstorbenen Genossen¹, der im Zweiten Weltkrieg damit konfrontiert war, daß sich Leute in diesem Krieg engagiert haben. Solche Entscheidungen werden immer wieder getroffen in Kriegen, die regelmäßig den unerbittlichen Gang des Kapitals erschüttern. Eines Kapitals, dessen Durst nach Profit nicht zu stillen ist, und das den Druck nicht abstellen kann, den der ihm seit seiner Entstehung innewohnende Widerspruch ausübt: der Klassenkampf. Damals, als sich die überwiegende Mehrheit einschließlich der meisten Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Gruppierungen usw.), die vorgaben, im Namen der Arbeiter zu sprechen, sie zu führen und zu organisieren, in den Stürmen mittreiben ließ und das eine oder das andere kriegführende Lager unterstützte, bestand eine Minderheit darauf, daß das einzig konsequente Engagement, egal in welcher Form, der Klassenkampf im eigenen Land gegen die eigenen Ausbeuter ist. Diese Minderheit behauptete völlig zu Recht, daß man nur so diejenigen zusammenzubringen kann, die – durch geographische Grenzen und ideologische Barrieren voneinander getrennt – in die Armee oder in die Produktion eingezogen worden waren, um gegeneinander zu konkurrieren bei der Verfolgung der augenblicklichen Ziele der herrschenden Klasse, die sie als Bürger ihrer Nation beansprucht. Es hat zwar seit einem halben Jahrhundert keinen Weltkrieg mehr gegeben; etliche lokal begrenzte Konflikte gaben jedoch Gelegenheit, an dem festzuhalten, was die Kraftlinie jeder militanten Aktion bleiben muß: dem proletarischen Internationalismus.

Der Krieg ist zweifellos die größte Abschlachterei der menschlichen Gesellschaften, insbesondere derer, die sich für »zivilisiert« halten. Er setzt beim Menschen die bestialischsten Instinkte frei, wobei es nicht einmal nötig ist, den Gegner zu »dämonisieren«. Der Mord, der im zivilen Leben unter Strafe steht,

¹ Pierre Lannerat, Mitglied der Gruppe »Socialisme ou Barbarie«, ist in den 50er Jahren nach Kanada, später in die USA gegangen. Er hat über den Zweiten Weltkrieg einen Text geschrieben, der betont, daß man sich auf keine Seite stellen sollte: »Le troisième camp international devant la deuxième Guerre Mondiale«.

wird zur Heldentat; Grausamkeit und Folter werden gedeckt, weil sie angeblich für die Informationsbeschaffung erforderlich sind; das Blutbad an Soldaten wird zum notwendigen Opfer und das an Zivilisten zur kalten Taktik, um den Gegner zurückzudrängen. Vergewaltigungen, Plünderungen und Zerstörungen aller Art werden als Naturgesetz einer Armee im Einsatz beschönigt. Territoriale Eroberungen, Exodus von Völkerschaften, Deportationen – einschließlich des Aussortierens nach ethnischen, religiösen oder ganz einfach nationalen Gesichtspunkten – im Namen nationalistischer Ideologien und/oder patriotischer Tarnung von ökonomischen oder strategischen Machtinteressen: kein Krieg kommt ohne sie aus, keine Seite ist frei davon, egal mit welchen Ideologien oder welcher Propaganda sie versucht, sich als ehrenhafter, menschlicher, sauberer als die andere darzustellen. Der Zweck heiligt alle Mittel, und was ein Staat oder eine Seite von Verbündeten dort praktiziert und beweihräuchert, während sie es hier verurteilen, wird rein pragmatisch entschieden. Schon lange vor dem nicht erklärten Krieg der NATO gegen Serbien um das Kosovo sind der Beispiele Legion, wo das Humanitäre als ideologischer Deckmantel dient (das ist gar nicht so neu, denn der Krieg hat sich immer mit edlen Gefühlen geschmückt). Die modernen Medien und Kommunikationstechniken haben dem einfach eine neue Dimension gegeben, die es selbst den kriegführenden Lagern und ihren Unterstützern gestattet, sich mit einer falschen Objektivität zu schmücken und unterschiedliche Versionen des Einheitsdenkens [pensée unique] zu präsentieren, die geeignet sind, einem der Lager unter der jeweiligen Flagge Unterstützung zuzuführen.

Außerdem – all das ist im Gebrodel der Informationen und Stellungnahmen schon zu einem Gespinnst von Allgemeinplätzen geworden – genau weil die individualistischen Reaktionen in die Ideologien des Konflikts integriert sind, muß man über Aktionsformen in Form von Auflehnung hinausgehen. Sich aufzulehnen ist zweifellos gesund, aber es bleibt relativ machtlos angesichts des Ausmaßes an materiellen und menschlichen Zerstörungen. Selbst wenn das wenige, was man beitragen kann, virtuell oder real das gute Gewissen befriedigt, läuft heute doch alles in die Richtung, in die es die humanitäre Mainstreamideologie, die alles zudeckt, haben will. Wenn sie objektiv sein will, kann diese moralische oder ethische Haltung bestenfalls auf einen Pazifismus hinauslaufen, der seine Auflehnung höchstens im kollektiven Verteilen von Flugblättern und relativ ohnmächtigen Demonstrationen ausdrücken kann, die ebensogut mißbraucht werden können. Wenn wir darüber hinauskommen wollen, brauchen wir eine Analyse, die nicht nur die Absichten der Kriegführenden klärt, sondern den Versuch macht, die dem kapitalistischen System zugrundeliegenden Tendenzen zu bestimmen und die Klassenfeinde zu identifizieren, egal, auf welcher Seite und in welchem Lager sie kämpfen; nur diese Feinde dürfen wir mit Recht als solche bezeichnen und bekämpfen.

Der jetzige Kosovo-Krieg ist – auch wenn er sich kaum so zu nennen wagt – ein reines Produkt der modernen kapitalistischen Gesellschaft, die die Welt in ihren verschiedenen Formen und im Rahmen ihrer unterschiedlich großen und

unterschiedlich mächtigen Staaten dominiert. Innerhalb dieser Welt gibt es den allgegenwärtigen und beherrschenden Imperialismus der USA, dessen ökonomische Macht ein wenig angegriffen ist und der vor allem durch seine erdrückende militärische Macht abgesichert ist; diese kann aber aufgrund von inneren und äußeren Widersprüchen nicht die volle, furchtbare Wirksamkeit entfalten, die er bräuchte. D.h., die militärische Macht löst in keiner Weise die ökonomischen Probleme im innersten Kern des Weltsystems. Die Veränderungen der verschiedenen Formen dieses weltweiten Kapitalismus haben in den vergangenen 50 Jahren manchen örtlich begrenzten Krieg ausgelöst: während der Entkolonisierung wurden Einflußsphären neu definiert; in jüngster Zeit wurde die sowjetrussische Einflußzone auseinandergenommen. Die Kriege auf dem Balkan sind ein Ausdruck dieser Entwicklung. Aber dort zeigen sich nur die Folgen, auf die wir noch zurückkommen werden.

Das zentrale Problem ist der Profit oder genauer gesagt die Profitrate: Kapital ohne Profit ist nicht länger Kapital, und je mehr es als Kapital existiert, desto mehr muß es den Gesamtprofit steigern, d.h. die Ausbeutungsrate der Arbeit mit allen Mitteln vergrößern, damit die Profitrate nicht sinkt. Wenn sie weiterhin unerbittlich fällt, ist das die Ankündigung für den Tod des Kapitals und damit des kapitalistischen Systems. Natürlich wird das System von den Institutionen und Personen verteidigt, die seinen Fortbestand sichern wollen, da sie nur so ihre ökonomische, soziale und politische Macht erhalten können. Gegentendenzen bilden zum einen das bewußte Handeln der Herrschenden, um diesen Fall der Profitrate aufzuhalten, zum andern mehr oder weniger objektiv die Auswirkungen der Widersprüche innerhalb des Systems und die Folgen der getroffenen Maßnahmen zur Lösung dieser Widersprüche. Diese Gegentendenzen gruppieren sich nach zwei Faktoren, die die Profitrate bestimmen: die Bedeutung des fraglichen Kapitals einerseits und die Ausbeutungsrate der Arbeit andererseits.

Seit mindestens drei Jahrzehnten versucht das Kapital weltweit mit allen Mitteln die Mehrwertrate zu steigern, d.h. den Teil zu vergrößern, den das Kapital zu seiner Reproduktion und Ausweitung einbehält. Was die Kapitalisten »Produktivität« nennen, ist ein Schlüsselwort für diesen weltweiten Druck, man bräuchte ein ganzes Buch, um seine Wirkungen zu beschreiben: den Zusammenbruch aller totalitären oder demokratischen Systeme einer minimalen sozialen Absicherung der Arbeiter; die Auslagerung von Industrien in Gebiete, wo die Arbeitskraft weniger kostet; die damit zusammenhängende Entwicklung der Reservearmee der Arbeitslosen. Aber dieser Weg hat seine Grenzen, die vom Niveau der Produktionstechniken, den Methoden der Arbeitsorganisation, die sich daraus ergeben, und dem Widerstand der Arbeiter, d.h. dem Klassenkampf bestimmt werden.

Der andere Weg ist die Verringerung der Kapitalsumme durch Zerstörung des existierenden Kapitals in der einen oder anderen Form, d.h. durch seine

Reduzierung auf Null. Das geschieht durch die Akkumulation von Rüstungsgütern, also durch eine Akkumulation von nicht-produktivem Kapital, dessen Kosten aus Steuern gedeckt werden, die mehr von den Löhnen der Arbeiter als von dem Teil des Mehrwerts, den die Kapitalisten verbrauchen, abgezogen werden. Die Rüstungsgüter wiederum werden zerstört: weil sie überaltert sind (man denke z.B. nur an die enormen weltweiten Kosten für die Produktion von 100 000en von Atombomben, deren Einsatz immer zweifelhafter wird) oder sie werden in Kriegen verbraucht, und müssen dann ersetzt werden, d.h. weitere Investitionen in unproduktives Kapital. Hinzu kommen noch die materiellen Zerstörungen aller Art: von konstantem Kapital, das in Fabriken und Transportmittel investiert wurde, sowie alle anderen »Kollateral«schäden von der Zerstörung von Wohnungen, diverser Infrastruktureinrichtungen bis hin zur Vergiftung der Böden. Die Verluste an Menschenleben, Lieferanten von Arbeitskraft und Kanonenfutter, d.h. variablem Kapital, können sich widersprüchlich auswirken: einerseits rechtfertigt der Kriegszustand auf allen kriegführenden Seiten Opfer zur Verteidigung des Vaterlandes, d.h. zur Steigerung der Ausbeutungsrate, was durch die Verschiebung von Bevölkerungen verstärkt werden kann; andererseits kann eine zu weitgehende Zerstörung von Menschenleben die spätere Warenproduktion beeinträchtigen, weil die Verknappung der Arbeitskraft das Kapital dazu zwingt, einen höheren Preis für die knapper gewordene Ware Arbeit zu zahlen, was dann wieder die Mehrwertrate senkt. Darüber hinaus können der Krieg und seine Zerstörungen auch die »normale« kapitalistische Ökonomie mehr und mehr auflösen, vor allem durch die Entwicklung einer unkontrollierten Untergrundwirtschaft, deren Auswirkung auf die traditionellen Funktionsweisen des Kapitalismus schwer zu durchschauen ist. Auf jeden Fall wird die große Mehrheit der Ärmsten – der ewigen Opfer – immer ärmer, und die Minderheit der Reichsten immer reicher. Daraus entstehen im sogenannten »Wiederaufbau« auf einer mehr oder weniger ausgedehnten lokalen Ebene die Bedingungen für die Neukonstituierung des Kapitals nach dem Krieg.

Bezogen auf die Gesamtheit dieser Probleme kann man einwenden, daß der Krieg im Kosovo im Verhältnis zum Weltkapital unbedeutend ist, daß hier zu wenig Kapital vernichtet wird, als daß es einen Einfluß auf die globale Profitrate haben könnte. Schon mit einigen Zahlen ändert sich dieser Blickwinkel. Die Gesamtkosten der »lokalen« Kriege der letzten 50 Jahre sind höher als die akkumulierten Kosten aus den beiden Weltkriegen. Und diese Zahlen beziehen nicht die Kosten aus der Zerstörung von anderen materiellen Gütern (konstantes Kapital) und an menschlichem Leben (variables Kapital) mit ein.

Wir berühren hier die »objektive« ökonomische Funktion des Kriegs, wobei wir die zusätzliche, weniger objektive, Frage aufwerfen können, ob es bei Ländern wie Vietnam, dem Irak und Serbien nicht auch wesentlich darum geht, daß die Großmächte im Schlepptau der USA Länder mit einem gewissen unabhängi-

gen kapitalistischen Entwicklungsgrad in eine halbkoloniale Situation zurückzuführen. Eine Frage, die die friedlichen Zerstörungen von Entwicklungsökonomien durch Krisen einschließt, wie die asiatische Krise oder die derzeitigen Verheerungen in Afrika durch innerkapitalistische Konflikte. Wenn man – häufig aus Zufall – erfährt, daß beim letzten Angriff auf den Irak mehr Bomben abgeworfen wurden als im gesamten Vietnamkrieg, oder allein der Tarnkappenbomber, der von den Serben abgeschossen wurde, mehr gekostet hat als das Brutto-sozialprodukt von Albanien betrug, bevor es im Wirtschaftschaos versank, kann man daraus den Schluß ziehen, daß der jetzige Krieg einen gewaltigen Verbrauch oder eine Vernichtung von Kapital bedeutet; auch wenn man das Ausmaß der durch die »chirurgischen Schläge« verursachten Schäden nicht beziffern kann, d.h. die Investitionen in konstantes Kapital (Fabriken und Infrastruktur). Jenseits der »unmittelbaren wirtschaftlichen und strategischen Notwendigkeiten« und ideologischen Schleier, die zur Rechtfertigung dienen, hat auch der jetzige Krieg wie jeder Krieg seinen tieferliegenden Grund in der Bewegung zur Verteidigung des weltweiten Kapitals. Wie alle anderen Konflikte dieser Art ist er eine Sauerstoffgabe wie viele andere vor ihm in den letzten 50 Jahren. Es stellt sich die Frage, ob diese Linderungsmittel ausreichen werden, um eine dauerhafte Wirkung zu erzielen, oder ob ein Konflikt größeren Umfangs notwendig sein wird, wenn man auch zur Zeit schlecht erkennen kann, wo und wie bei der gegebenen immensen militärischen Überlegenheit der USA und der weltweiten Entwicklung in nächster Zukunft ein allgemeinerer Konflikt ausbrechen könnte.

Man kann schon aus dem Ablauf dieser lokalen Kriege oder anderer Konflikte, die nicht dieses Stadium erreichen, erklären, warum solche Konflikte an bestimmten Orten ausbrechen und warum es zu ihren Merkmalen gehört, daß sie den Eindruck einer gewissen relativen Ohnmacht und einer großen Konfusion vermitteln, und zwar je mehr die wirklichen Ziele hinter humanitären verdeckt werden. Diese werden im übrigen nie erreicht werden, weil sie nicht mit maximalem Aufwand verfolgt werden und besonders in die Augen springende Heucheleien enthüllen würden. Obwohl die USA über keinen Erbfeind mehr unter dem Banner des Antikommunismus verfügen, seit das Wettrüsten und der Klassenkampf die östliche Zone des Kapitalismus implodieren ließen, müssen sie allem zuvorkommen, was künftig ihre Vorherrschaft bedrohen könnte, und gleichzeitig die Probleme lösen, die die niedrige Profitrate stellt: nach Innen durch Druck ohnegleichen auf die Arbeitsbedingungen, nach Außen, indem sie alles tun, um sich die dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen zu günstigen Preisen zu sichern.

Ziemlich paradox daran ist, daß IWF und Weltbank, die von den USA dominiert werden, die Staaten zwingen, ihre Haushalte und Handelsbilanzen auszugleichen, während sie selbst eines der höchstverschuldeten Länder der Welt sind. Ebenso paradox ist, daß gerade die von den USA militärisch besetzten Länder Japan und Europa über kurz oder lang in der Lage zu sein scheinen, die wirtschaftliche und militärische Macht der USA ernsthaft zu bedrohen. Diese

Drohung besteht darin, daß sie über Rohstoffquellen und eine autonome Produktionskapazität verfügen, die der Kontrolle der USA entgleitet, und eine politische Vereinigung und ein militärisches Wiedererstarken vorbereiten. Eines der Konfrontationsfelder ist Eurafrika, was zahlreiche lokale Kriege auf diesem Kontinent erklärt: wenn Europa diesen Kontinent wirtschaftlich so kontrollieren kann, wie die USA den südamerikanischen, wird es zur großen Weltmacht.

Der andere Pol ist der asiatische; die jüngste Krise hat, als das rund um Japan errichtete ökonomische Gebäude durch einen Dominoeffekt zusammenbrach, einer tendenziell autonomen Zone einen Schuß vor den Bug versetzt. Die Sache ist natürlich komplexer, denn diese Krise wurde von der globalen Entwicklung des Kapitals hervorgerufen, aber das gewollte oder ungewollte Resultat ist, daß der wirtschaftliche Aufstieg des asiatischen Pols gebremst ist.

Eine der Grundlagen der US-Weltpolitik ist die Kontrolle über die globalen Ölreserven und zwar insbesondere im Mittleren Osten, wo die wichtigsten Vorräte liegen. Billiges Öl ist lebensnotwendig für die USA, nicht nur für die Ölkonzerne, sondern auch als Garantie des sozialen Friedens in einer Volkswirtschaft, die auf der intensiven Nutzung des Autos und der Lufttransporte und der militärischen Vorherrschaft beruht. Der Mittlere Osten wird so von einem Gürtel von Staaten umschlossen, die von den USA abhängig sind. Israel, die Türkei, Griechenland, Ägypten und Pakistan sind Teil dieses Gürtels. Der Irakkrieg, die Konflikte mit dem Iran und mit Afghanistan sind die »schwachen« Punkte dieser Politik. Die Auflösung des sowjetischen Blocks hat die USA dazu gebracht, die Grundlagen einer Art zweiter Schutzlinie zu skizzieren, insbesondere weil einige der kaukasischen Staaten und Kasachstan auch Ölstaaten sind: deshalb haben sich die USA schon frühzeitig in Bulgarien und Albanien festgesetzt. Die Kriege in Ex-Jugoslawien und zuletzt im Kosovo zielen darauf, diese Schutzzone zu erweitern und damit gleichzeitig den letzten Rest von russischem Einfluß in dieser Region auszulöschen und die Tendenz zur Schaffung eines autonomen vereinten Europas zu blockieren. Hinter der scheinbaren Einheit der Alliierten unter dem NATO-Banner zeichnen sich unterschwellige Konflikte ab zwischen einer Macht, die ihre Präsenz noch aufzwingen kann, den USA, und einer anderen, die sich nur auf Umwegen über scheinbar sekundäre Fragen behaupten kann, aber die, ganz wie der Wirtschaftskrieg über spezifische Fragen behauptet, enthüllen, daß alles auf einen größeren Konflikt hinauslaufen wird. Es ist schwer zu sagen, worin die Neuformulierung der Rolle der NATO beim »Schutz« der Integrität der europäischen Staaten besteht; aber diese Formulierung könnte die bewaffnete Intervention in Staaten autorisieren, wo eine revolutionäre Bewegung die Eingliederung in eine kapitalistische Welt anfecht: der Systemfeind ist also klar definiert; allein die Klasse der Arbeiter kann durch ihren Kampf die staatlichen Strukturen in Gefahr bringen; deshalb wird präventiv angegriffen, bevor sie die ganze weltweite kapitalistische Sphäre infiziert.

Dies bringt uns über einen scheinbaren Umweg auf die wesentliche Frage, die wir uns zu Beginn des Artikels gestellt haben, nämlich: was können diejenigen gegen den Krieg tun, die in ihm nicht Partei ergreifen wollen und die nicht an einer x-beliebigen Aktion mitmachen wollen, aus Angst, dabei indirekt eines der Kriegslager zu unterstützen, die keine Gelegenheit versäumen, in eigenem Interesse die Heterogenität des Widerstands gegen den Krieg auszubeuten. Eine Klassenaktion darf nicht von vergangenen oder derzeitigen politischen Optionen geleitet werden und noch weniger von humanitären Gründen: die Solidarität mit dem Elend der Welt, so nobel, wünschbar und nützlich sie scheinen mag – abgesehen davon, daß sie genauso in die Manipulationen des »Einheitsdenkens« integriert ist – bestätigt nur die Folgen des Kriegs. Man darf sich weder im Feind noch in der Solidarität irren. Der Krieg ist teuer, selbst wenn er in dieser Dimension geführt wird, und die Arbeiter werden die Rechnung bezahlen, sei es über eine Steuererhöhung oder Inflation oder die Blockierung der Löhne und Zahlungen aller Art, sei es durch den Aufschub von Versprechungen betreffs der öffentlichen Ausgaben. Es ist den Regierenden zuzutrauen, daß sie uns, um ans Ziel zu gelangen, die Kosten des Kriegs nicht durch Gewaltmaßnahmen, sondern auf Umwegen tragen lassen. (Sie wissen, daß eine Mehrheit gegen den Krieg ist, davon zeugt der Appell ans Humanitäre in allen seinen Formen, insbesondere die Solidarität mit den Flüchtlingen, wo unter der Decke der Emotion freiwillig die Folgen eines kapitalistischen Krieges finanziert werden – was jeder ablehnen würde, wenn dies beispielsweise in Form einer Sondersteuer geschähe).

Wir müssen die Situation ausnützen und, während die Regierenden konfus sind und Unterstützung verlangen, uns gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen und präzise Forderungen aufstellen, weil sie ein wenig verwundbarer sind und mehr »Leistung« brauchen. Das ist Klassenkampf an unserem eigenen Arbeitsplatz und nicht nur wilde Rödelei, Erklärungen und Demonstrationen. Dieser Kampf muß mit allen individuellen oder kollektiven Mitteln geführt werden, die der Situation angemessen sind, (alle Formen von Sabotage, Widersetzlichkeit, usw.) gegen diejenigen, die uns ausbeuten, und um die Bedingungen unserer Ausbeutung. Es geht nicht einmal darum, ihn mit dem stattfindenden Konflikt zu verbinden, weil die großen ideologischen Appelle nicht (mehr) angebracht sind; es geht einfach darum, die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen abzulehnen, was die unausweichlichen Folgen der Kriegsbeteiligung sein werden.

Unser Feind ist hier, es sind die, die unser Leben kommandieren. Und es wird dabei auch um die kleinen Dinge des Alltags gehen: hier müssen wir Widerstand leisten und überall angreifen, wo wir können. ★

Dieser Text erscheint in der nächsten Ausgabe des französischsprachigen Bulletin Échanges«, BP 241, 75866 Paris Cedex 18, France. Abonnement: 60 FF für 4 Ausgaben.

Indonesien / Ost Timor: der nächste »Brandherd«

»Irgendwelche Menschenrechtsverletzungen wurden durch die NATO nicht verhindert... Sie haben das türkische Folterregime durch Waffenlieferungen bei den Verbrechen gegen die Bevölkerung in Kurdistan unterstützt. Genauso wie sie das indonesische Regime, das in Ost-Timor Zigtausende von Menschen abschlachtete, mit Waffen beliefert haben. In diesen und anderen Fällen haben sie auf die Menschenrechte geschissen.«¹ – es sei denn, sie passen ihnen grade in den Kram. Denn es scheint, als ob die zur Zeit sehr kritische Lage in Ost Timor schnell zum »humanitären« Vorwand werden kann, um eine für das Weltkapital unhaltbare Situation **in Indonesien** in den Griff zu kriegen. Eine aus VertreterInnen aller Parteien bestehende Delegation des Bundestags warnte vor dem Brandherd Ost Timor und forderte einmütig ebenso wie die Ost-Timor-Solidaritätsbewegung² und die Vertreter der nationalen Befreiungsbewegung in Ost Timor in den letzten Wochen die Entsendung einer (bewaffneten) »internationalen Friedenstruppe«.

Ost Timor: eine lange vergessene Tragödie

Ost Timor war eine Kolonie Portugals und wurde nach der »Nelkenrevolution« von 1974 ziemlich überraschend in die Unabhängigkeit entlassen. Nach kurzer Zeit kam es, unter anderem durch Intrigen Indonesiens vorbereitet, zu einem blutigen Bürgerkrieg zwischen der UDT und der Fretilin, zwei Parteien, die sich beide für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatten. 1975 marschierte die indonesische Armee ein und 1976 wurde Ost Timor formell annektiert; ein Schritt, der von der UN nie anerkannt wurde. Ost Timor steht seitdem auf der Liste der »Territorien ohne eigene Regierung«, Portugal wird als diplomatischer Repräsentant Ost Timors angesehen.

200 000 Menschen sind an den Folgen der Invasion Indonesiens umgekommen: umgebracht, verhungert, an harmlosen Krankheiten verreckt – und das bei einer damaligen Bevölkerungszahl von etwa 800 000. Ost Timor war schon immer ein armes Land, Portugal hatte kein großes Engagement bei seiner »Entwicklung« gezeigt. So gab es 1975 zum Beispiel in Ost Timor grade mal 20 km asphaltierte Straße³. Die Landwirtschaft war weitgehend Subsistenzwirtschaft, was während der ersten Phase des Kampfes gegen die indonesische Armee schnell zur Hungerfalle für die Bevölkerung wurde. Mit dem Zerstören von Wäldern, Raub von

Vieh und massenhafter Vertreibung wurde innerhalb kurzer Zeit eine erste Welle von Proletarisierung gewaltsam durchgesetzt. Trotz vieler staatlicher Maßnahmen etwa auf der Ebene der Infrastruktur ist Ost Timor immer noch wenig industrialisiert. Immer wieder kam es zu Übergriffen durch die indonesische Armee bis hin zu regelrechten Massakern, so wurden z.B. 1991 mehr als 200 Menschen während einer Trauerfeier auf dem Friedhof von Dili erschossen.

Die Bevölkerung in Ost Timor ist mehrheitlich katholisch; allerdings erst seit der Zugehörigkeit zu Indonesien. Das liegt daran, daß Indonesien die Zugehörigkeit zu einer von fünf anerkannten Religionen verlangt. Viele Menschen sind aus anderen Teilen Indonesiens zugewandert, zum kleinen Teil im Rahmen von offiziellen *Transmigrasi*-Programmen, zum größten Teil in der Folge davon oder spontan. Sie profitierten dabei zum Teil von zuungunsten der Alteingesessenen veränderten Eigentumsrechten auf dem Land und vom aufgeblähten Öffentlichen Dienst. Niemand weiß genau, wie viele das insgesamt sind, Schätzungen gehen bis zu 200 000⁴, also mehr als 20% der Bevölkerung. Während die Migranten aus Sulawesi und Java Moslems sind und auch aus einer anderen Kulturgeschichte schöpfen, unterscheiden sich die Leute aus Westtimor kaum von den Osttimoresen, viele von ihnen sprechen sogar die einheimische Hauptsprache Tetun. Allerdings können sie kein Portugiesisch und sprechen im Durchschnitt besser Bahasa Indonesia. Zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern gab es immer wieder blutige Auseinandersetzungen, so flohen z.B. im September 1995 1 000 Leute aus Ost Timor, nachdem Märkte und einige Moscheen niedergebrannt worden waren.

Die Invasion der indonesischen Armee in Ost Timor erfolgte einen Tag nach einem Treffen Soehartos mit dem damaligen US-Präsident Ford⁵. Und zwanzig Jahre lang gab es zwar UN-Resolutionen zuhauf (bei denen sich die USA regelmäßig der Stimme enthielten), aber in Wirklichkeit kümmerte sich außer Portugal kein Schwein(estaat) um Ost-Timor. Erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre änderte sich das langsam, die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Vertreter des Papstes in Ost Timor und an Jose Ramos Horta (Mitbegründer der Fretilin und deren Vertreter bei den UN) im Jahre 1996 war kein Zufall. Die Hauptgründe: Indonesien war in dieser Zeit endgültig zu einem der aufstrebenden Tigerstaaten Asiens geworden und gleichzeitig war das Ende der Ära Soeharto abzusehen. Die Besetzung Ost Timors war so lange okay, als alles im Griff einer starken Militärdiktatur schien; sie wurde neu entdeckt, als offensichtlich wurde, daß eine Änderung der politischen Verhältnisse im drittgrößten Land der Erde unausweichlich war.

Der »Brandherd«

... heißt natürlich nicht Ost Timor, sondern Indonesien. Indonesien ist nicht Jugoslawien, aber es gibt so viele Parallelen, daß schon von daher eine ähnliche Entwicklung möglich scheint. Dies bestätigt sich in der aktuellen Situation, die

sich sowohl in Ost Timor, als auch in ganz Indonesien zuspitzt. Indonesien ist ein Vielvölkerstaat, es gibt keine ethnische Mehrheit. Indonesien ist inzwischen ein mehrheitlich proletarisches, industrialisiertes Land; von der »Asienkrise« am schlimmsten getroffen.⁶ Während sich in Süd Korea erste Aufwärtstrends bemerkbar machen, Thailand sich immerhin auf einer »schwarzen Null« hält, gibt es in Indonesien noch keine Anzeichen für Besserung. Die Gründe sind einfach: Zwar sind die Ausbeutungspotentiale in Indonesien riesig (die Arbeiterlöhne dürften derzeit die niedrigsten der Welt sein), das Investitionsrisiko ist es allerdings auch: zusehr verweigert sich die indonesische Gesellschaft und vor allem die Arbeiterklasse den Bedingungen, die das Weltkapital fordert. Oder mit anderen Worten: die ArbeiterInnen sind zwar billig, aber nicht willig genug. Es gibt trotz oder besser wegen enorm hoher Arbeitslosigkeit und Armut (über die Hälfte der Bevölkerung fällt unter die Weltbankdefinition von Armut) täglich Streiks, Demonstrationen, Landbesetzungen und andere Kämpfe. Und es gibt in fast allen Landesteilen die andere Seite der Verelendung: Akte proletarischer Selbstzerfleischung entlang von Ethnien, Religionen, zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten, und manchmal für Außenstehende völlig unverständlicher Mord- und Totschlag zwischen Einwohnern benachbarter Dörfer. Die soziale und politische Situation Indonesiens ist explosiv und kleine Explosionen gibt es jeden Tag.

Warum die Regierung Habibie praktisch von sich aus im August letzten Jahres mit dem Vorschlag eines Autonomiestatuts für Ost Timor vorgeprescht ist, läßt sich nur erahnen. Es gab im Rahmen der Studentenbewegung Anfang letzten Jahres auch einen Aufschwung einer entsprechenden Bewegung in Ost Timor mit einem Höhepunkt im Juni und Juli, was unter anderem zur Flucht von zigtausenden Zuwanderern aus Ost Timor führte. Wahrscheinlich spielte bei Habibies Entscheidung aber die Hauptrolle, daß er innenpolitisch schwach und erfolglos operierte und einen außenpolitischen Befreiungsschlag versuchte. Denkbar ist auch, daß er sich einfach einen Unruheherd, noch dazu einen wirtschaftlich uninteressanten, vom Hals schaffen wollte. Es gibt auch im Aceh (Nordsumatra) und in Irian Jaya (Westpapua) Befreiungsbewegungen und wieder aufflammende blutige Auseinandersetzungen mit dem Militär. Aber beide Regionen sind reich an Öl (Aceh) oder anderen Bodenschätzen und haben ein großes Steueraufkommen.

Das Angebot von Autonomie im Rahmen des indonesischen Staates allerdings läßt die Bewegung in Ost Timor nicht abschwellen. Ab Januar 99 wird mit der UN und Portugal verhandelt während sich gleichzeitig Pro-indonesische Milizen – z.T. ausgerüstet und wohlwollend geduldet durch das Militär oder Militärkreise – daran machen, Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie überfallen Dörfer, greifen Plätze an, wohin die Leute geflüchtet sind, darunter auch Kirchen. Sie paradieren bewaffnet durch Dili, unbehelligt durch Polizei oder Militär. Sie markieren Häuser von Aktivisten der Unabhängigkeitsbewegung und verbreiten

Flugblätter mit Todesdrohungen. Insgesamt sind in diesem Jahr mehr als hundert Menschen von diesen Milizen ermordet worden.

Am 5. Mai wurden gleichzeitig ein Abkommen mit Portugal und den UN über ein Autonomiestatut und ein Abkommen über die Vorbereitung und Durchführung einer »Befragung« der Ost Timoresen durch die UN (praktisch ein Referendum; Termin 7. oder 8. August) über die von ihnen gewünschte Zukunft (Autonomie in Indonesien oder Unabhängigkeit) geschlossen. Während Teile der Bevölkerung in Ost Timor terrorisiert werden, mutieren die Führer der »Befreiungs«organisationen angesichts ihrer enormen Aufwertung durch die Verhandlungen zu Staatsmännern. So verbietet der Chef der Falintil (bewaffneter Arm der Fretilin) und Vorsitzende des CNRT (Conselho Nacional de Resistencia Timorese), Xanana Gusmao, vom Knast in Jakarta aus den Studenten in Dili, eine Demonstration gegen den Terror der Milizen zu organisieren: »Wir müssen alles zu diesem Prozess [Vorbereitung der Befragung im August] beitragen, der Orientierung des UN-Teams folgend. Zu diesem Zweck wiederhole ich meinen Appell, ruhig zu bleiben. Ich wiederhole meinen Appell an die Jugend von Dili, Befehle zu befolgen und verlange, daß sie verantwortlich und mit Disziplin handelt.«⁷ Statt auf die Aktionen der »Jugend von Dili« setzen er und die anderen Chefs auf die Zukunft als Staat und fordern die Entsendung einer bewaffneten Friedenstruppe nach Ost Timor. Dabei scheuen sie auch nicht davor zurück, unverhüllt den Einmarsch der NATO zu fordern. Jose Ramos Horta in einem Interview mit der *Iowa Gazette*: »Die NATO-Intervention [in Jugoslawien] ist die erste seit 50 Jahren, für die aus rein humanitären Gründen argumentiert werden kann«, und die *Gazette* weiter: »Ramos-Horta sagt weiter, er wünschte, daß die USA oder andere NATO-Mitglieder seinem Vaterland von etwa 800 000 Menschen die gleiche Art von Hilfe geben würden wie dem Kosovo.«⁸ Und der Premierminister von Portugal, Antonio Guterres, antwortet: Portugals Teilnahme an den NATO-Aktionen in Bosnien und Jugoslawien gäben dem Land die »moralische Autorität«, die Intervention der UN in Ost Timor zu fordern.⁹

Die UN will einige hundert unbewaffnete Polizisten schicken, die die indonesischen Sicherheitskräfte bei der Vorbereitung des Referendums und der Aufrechterhaltung der Sicherheit beraten und unterstützen sollen. Dies ist natürlich eine – wahrscheinlich bewußt – riskante Angelegenheit. Jeder der interessiert ist, kann Anschläge auf unbewaffnete Gruppen durchführen und Interessierte gibt's genug. Von den pro-indonesischen Milizen, die das Referendum verhindern wollen, bis hin zu Kreisen im Militär, denen eine bewaffnete Auseinandersetzung Indonesiens mit »Aggressoren von außen« gerade recht käme, um beispielsweise einen Militärputsch durchzuziehen und im Land Kriegsrecht durchzusetzen.

Weitgehend ungeklärt ist die Rolle, bzw. das Schicksal der Migranten in Ost Timor. Während im Abkommen über das Autonomiestatut jedeR zum Ost Timoresen erklärt wird, der/die vor 75 dort gelebt hat oder bei Inkrafttreten seit 5

Jahren dort lebt, ist es im Abkommen über das Referendum nur noch der/diejenige, der/die dort geboren ist oder Eltern oder Großeltern oder einen Ehepartner hat, der dort geboren ist. Das ist also schon eine weitgehend ethnische Definition, die die Exiltimoreesen ein-, aber viele MigrantInnen ausschließt. So legt man ethnische Säuberungen an. Weiterhin müßten diese Verträge für ihre völkerrechtliche Gültigkeit noch im indonesischen Parlament beschlossen werden – was praktisch nur im Nachhinein geschehen kann, weil das neue Parlament erst im August zusammentreten wird (gesetzt den Fall, daß die Wahlen einigermaßen erfolgreich über die Bühne gehen, was bei der Niederschrift dieses Artikels, eine Woche vor den Wahlen, noch lange nicht sicher ist). So gut wie alle Parteien, einschließlich Megawatis PDI Perjuangan, sind aber im Moment noch gegen eine Unabhängigkeit Ost Timors. Und schließlich gibt es den möglicherweise größten Anlaß für Krieg in einem Abkommen zwischen Australien und Indonesien über die Ausbeutung eines neuentdeckten riesigen Ölfeldes zwischen Ost Timor und Australien, das unter Portugals Protest geschlossen wurde. Australien hat jedenfalls vorsorglich eine neue schnelle Eingreiftruppe aufgebaut, die in Darwin stationiert werden soll.

Nieder mit den humanitären Kriegstreibern!

Früher waren Kriege gerecht, heute sind sie humanitär – das heißt, jeder beliebige Anlaß kann zur Rechtfertigung hingebogen werden. Die Situation in Indonesien liefert Rechtfertigungen *en masse*. Aber hinzu kommt, daß es diesmal gar kein Zögern bei den radikalen Staatshumanisten mehr gibt. Von der Indonesien-/Osttimorsolidaritätsbewegung über die zu Staatsmännern geläuterten Rebellenführer vor Ort bis zur PDS – diesmal fordern sie alle den Krieg. Niemand kann sich heute mehr rausreden – wer jetzt »bewaffnete Friedenstruppen« von den USA, der Deutschen Bundesregierung oder von wem auch immer fordert, der fordert die Vorbereitung und Durchführung eines Krieges gegen Indonesien, der zusammen mit den reaktionären Kräften in Indonesien gegen die Arbeiterklasse geführt werden wird. Ob das Weltkapital und seine bewaffnete Truppe dieser Forderung nachgibt – das ist heute gewiß noch Spekulation. Aber wenn sich die Balkankrise mit Bomben lösen läßt, warum nicht auch die Asienkrise?

Karl Eugen, 31. Mai 1999

Hinweis: tägliche Berichterstattung über den Klassenkampf in SO-Asien und China, in Indonesien und die Situation in Ost-Timor in unserem Nachrichtendienst Asien Aktuell:
<http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/aaktuell.html>

Anmerkungen:

1. Flug der FAU Köln, nach: *kumm erus*, Nr. 10.
2. »Allein der Rückzug der indonesischen Streitkräfte aus Ost-Timor kann den paramilitärischen Banden den Boden entziehen... Eine solche Friedenstruppe sollte vorzugsweise eine multinational zusammengesetzte Polizeieinheit sein, deren Aufgabe es sein muß, umgehend die Entwaffnung aller am Konflikt beteiligten Kräfte vorzunehmen.« Watch Indonesia, Berlin, *An die Deutsche Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages*, 19.4.99.
3. Craig Johnson, *East Timor: Environmental Degradation linked to Human Rights Violations, the Ability of NGOs to affect Policy and a causal Explanation for the Lack of Action*, 1996.
4. Dr. George J. Aditjondro, *Migrants, Freedom Fighters, and Military Instigators: A Case Study on Migrants and Resistance in East Timor*, 1996.
5. Johnson, a.a.o.
6. Zu den Gründen dafür siehe *Finanzkrise in Asien: Das Kapital schlägt zurück, oder: Hoffen und Beten*, in Wildcat-Zirkular Nr. 44.
7. CNRT Statement May 10, 1999.
8. *The Gazette*, Cedar Rapids, Iowa, 9.4.99.
9. LUSA, portugiesische Nachrichtenagentur, 9.4.99.

Leserbrief aus Potsdam

THEKLA 10 (Zerowork) habe ich recht gründlich gelesen und hoffe, das meiste richtig verstanden zu haben. Für mich waren diese Artikel in zweierlei Hinsicht sehr interessant. Einmal ist es eine kurze Geschichte des Kampfes der amerikanischen Arbeiter der 60er und 70er Jahre. Zum zweiten wird diese Geschichte unter dem Blickwinkel des Klassenkampfes analysiert und bewertet.

Wir sind es gewohnt, die Ökonomie als den treibenden Faktor der Gesellschaft zu sehen und das hat zu einer 'ökonomischen' Interpretation der Geschichte und leider auch der Politik geführt. Geht man vom Klassenkampf aus, dann sieht manches anders aus. An vielen Stellen scheint mir das sehr plausibel zu sein, auch wenn ich manchem nicht zustimme.

Ich habe aber einige Probleme:

1.) Was bedeutet der Begriff 'Arbeit', was 'Ablehnung der Arbeit'? Letzten Endes kann die menschliche Gesellschaft nicht ohne Arbeit existieren. Natürlich lehnt man sich gegen aufgezwungene (entfremdete) Arbeit auf. Eine grundsätzliche Ablehnung scheint mir überzogen zu sein, auch wenn man heute von der Notwendigkeit einer neuen Bestimmung der Arbeit spricht.

2.) Sehr interessant fand ich die Problematik der 'Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse'. Damit kann man eine Reihe verschiedener sozialer Widerstandsbewegungen zusammenfassen und den Unternehmern und ihrem staatlichen Apparat gegenüberstellen. Es ergibt ein deutlicheres Bild der gesellschaftlichen Konfrontationen, was hinsichtlich der Entstehung des Neo-Liberalismus wichtig ist. Für mich wird dabei jedoch die treibende Kraft und die Motivation verschwommener. Hat dieser Begriff den Betroffenen geholfen, ihre eigene gesellschaftliche Position besser zu verstehen, aktivierte er sie?

3.) Was m.E. in diesem und späteren Heften völlig fehlt, sind Aussagen zur Zukunft. Die Kämpfe und Auseinandersetzungen werden deutlich und scharf dargestellt. Aber wie soll es weiter gehen? Auf eine spontane Entwicklung setzen? In einer späteren Arbeit (THEKLA 17, S. 55), in der es um die Entwicklung in den 80er Jahren geht, wird dargestellt, dass die Streikbewegung der amerikanischen Arbeiter aufhörte, dass ihre Kampfstrukturen zerstört wurden, dass die Klasse selber verelendet. Wie weiter? Das Problem steht heute vor allen linken Bewegungen, aber wenn man das Ziel nicht anders als utopisch formulieren kann, sollte man wenigstens das tun. Der Kampf muss einen Sinn haben.

Eines habe ich jedenfalls verstanden: Wir müssten sehr viel mehr über die Geschichte der heutigen Arbeiterklasse wissen, um die aktuellen Problem zu verstehen, besonders wir in den 'Neuen Ländern'. Und ich hoffe, dass jemand eine entsprechende Geschichte der Klassenkämpfe der Bundesrepublik schreibt.

G., Potsdam

Empfehlenswerte Literatur zum Jugoslawienkrieg

- Martin Rheinländer: Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo; in: *Die Aktion* II/1999
- Christophe Chiclet: Die UÇK - eine militärische Karriere; in: *Le Monde Diplomatique* (14.5.1999)
- Catherine Samary: Krise im Kosovo - Der aufhaltsame Zerfall; in: *Le Monde Diplomatique* (10.7.1998)
- Peter Gowan: Die NATO-Mächte und die Tragödie auf dem Balkan, deutsch in: *Junge Welt*, 28. und 29.5.1999.
- V. Pešić: »Krieg um Nationalstaaten«, in: T. Bremer, N. Popov, H.-G. Stobbe (Hrsg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 26. Die Aufsätze in diesem Band, der schon 1995 mit Hilfe der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in Jugoslawien erschien, sind zwar politisch schrecklich europäisch und demokratisch, aber eine sehr informative Innenansicht der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Jugoslawien. Das Teil kostet unverschämte 98,- Mark.
- Nützliche Angaben finden sich auch, obwohl das jugoslawische Regime ziemlich einäugig als Opfer des IWF dargestellt wird, bei: M. Chossudovsky: »Die Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens und die Rekolonisierung Bosniens«, in: *NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt, Special der Marxistischen Blätter*, April 1999. Darin auch weitere informative Texte.

Zur Entwicklung in den 80er und frühen 90er Jahren:

- »From wagecuts to war«, in der Londoner *Wildcat* No. 18, Summer 1996;
- »Class Decomposition In The New World Order: Yugoslavia Unravelled«, in *Aufheben*, No. 2, June 1993;
- »Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien«, in *Wildcat* 61, April-Mai 1993.
- A. Simić (Revolutionäre Gruppe Torpedo aus Serbien): »The workers' movement in Serbia and ex-Yugoslavia«, ein Beitrag zur von FAU und Osteuropa-Archiv Berlin organisierten Konferenz »Krise, Krieg und die Weltwirtschaft – die Aussichten der organisierten Arbeiterklasse in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien« in Berlin im November 1995. Wir können euch eine elektronische Version dieser Texte schicken, wenn ihr eine Email schickt an: wildcat@link-lev.de.
- »Die Ethnisierung des Sozialen. Das Beispiel Jugoslawien«, *Materialien für einen neuen Antimperialismus* Nr. 6, März 1993.
- Osteuropa-Archiv Berlin: *Jugoslawien: Klassenkampf, Krise, Krieg*, Berlin 1992.

RADNICI I RADNICE PROTIV RATA I PROTIV NACIONALIZMA

Ovaj rat se odvija u Evropi, ne negde daleko od nje. Učešće Italije je odlučujuće za Nato alijansu. Ovo nije "amerčki" rat, u njemu učestvuju evropske vlade, većina od njih ima socijaldemokratske vode.

Ovaj rat ubrzava proces pomeranja hiljade žena i muškaraca i trajno modifikuje ekonomsku i političku geografiju radne snage. Evropa koju daje ovaj rat je konstrukcija piramide čiju bazu sačinjava radna snaga izbeglica korisna da snizi plate i radne uslove onih koji izgledaju zaštićeni svolim pasošem ili bojom kože. Žrtvovani nisu samo drugi: povremeni rad sa nesigurnim platama već su realnost i mladih u Veneto regionu.

Neće biti srećnih ostrva, iako grabljivci već proračunavaju koliko koristi se može izvuci iz područja opustošenih bombama.

Ovaj rat je silom pomerio stotine hiljada žena i muškaraca, okrutno menjajući uslove njihovh života i rada. Oni su transformisani u izbeglice koji su odmah osetili pravila igre zapada: prihvaćeni su u oblasti Pulje zahvaljujući putovanjima organizovanih od organizacija tipa "Mafiatour" u gumenim čamcima, a odbijeni u Trstu jer su individualni putnici.

Zapadni smeštaj se može dobiti u bodljikavom žicom izolovanim zonama i u fabrikama na određeno vreme.

Aktivno državljanstvo, pravo glasa su zahtevi koji izlaze van okvira prihvatljivog ugovora o radnom odnosu. Ovaj rat će u srži promeniti organizaciju fabrika i proces proletarijate koji on usmerava ka pogoršanju materijalnih uslova života. Ugovori o radnom odnosu tipa Fincantieri u Margheri; model međunarodne decentralizacije tipa Benetton, nagli premeštaj celih proizvodnih ciklusa su nešto što radnici severoistočne Italije već pzonaju.

Upravo radnici su pogodeni ovim ratom.

Svaki radnik će morati prihvatiti sve teže uslove za pojedinca i za zajednicu, ne samo zato što radna mesta sve više postaju izbeglička već i zbog samog načina davanja posla, ako hoće da radi. Ne može se kritikovati ovaj rat sa zastavama četničkim hrvatskim, padanskim ili kosovskim milicijama, ne može se graditi veza sa hiljadama radnika srpskog, bosanskog ili albanskog porekla bez razumevanja da je osvoni zadatak suprostaviti se ne samo simboličnim ucenama nacionalističkih milicija protiv imigracije. Bombardovanje Sarajeva od strane srpske artiljerije kao i podrška Nato-a raznim hrvatskim, albanskim i bosanskim etničkim milicijama, pokazuju istu logiku jačanja nacionalizma kao nacina podele radne snage u evropskom kontekstu. Tako se pojačava moć određenih grupa koje se baziraju na patrijarhalnim režimima u kojima je silovanje najevidentnije.

Zbog svega toga smo protiv bombardovanja Nato-a nad Jugoslavijom, protiv rezima tipa Milošević, protiv bilo kakvog oblika etničkog čišćenja, protiv kog nacionalizma. Važno je odmah raditi na rušenju barijera srama i lažne pomoći i dati odgovornost za ovaj rat onima koji su tražili, prizivali i odredili uslove za njega. U okviru strategije zasnovane na platama, na državljanstvu, na slobodi i dostojanstvu treba odmah i jasno zahtevati mir bez uslova.

Krieg in Jugoslawien

Der humanitärste Krieg, seit es die NATO gibt

Auch das jugoslawische Regime hatte Gründe für den Krieg

Geschichtsrevisionismus und Krieg

Das dritte internationalistische Lager

Geopolitik - Lage im Kosovo - Albanien

Indonesien/Ost-Timor: der nächste Brandherd?